

Torsten Koplin, DIE LINKE	24	Antrag der Fraktion	
Thomas Schwarz, SPD	25	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Jeannine Rösler, DIE LINKE	25	Bildungsetat vollständig ausschöpfen –	
Egbert Liskow, CDU	26	Einstellung von Lehrkräften vorziehen	
Udo Pastörs, NPD	26	– Drucksache 6/5517 –	55
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	27		
B e s c h l u s s	28	Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	55, 59
		Minister Mathias Brodkorb	56
		Marc Reinhardt, CDU	57
		Simone Oldenburg, DIE LINKE	58
		Susann Wippermann, SPD	59
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU		B e s c h l u s s	60
Krise auf dem Milchmarkt bewältigen			
– Drucksache 6/5523 –	28		
Thomas Krüger, SPD	28, 37	Unterrichtung durch die Landesregierung	
Minister Dr. Till Backhaus	29	6. Bericht über den Zustand der Wälder	
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	32	und die Lage der Forstwirtschaft	
Andreas Texter, CDU	34	in Mecklenburg-Vorpommern	
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	35	– Drucksache 6/5327 –	60
Stefan Köster, NPD	37		
B e s c h l u s s	38	Minister Dr. Till Backhaus	60
		Beate Schlupp, CDU	62
		Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	62
		Jörg Heydorn, SPD	63
		Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	64
Antrag der Fraktion		B e s c h l u s s	66
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
Umwelt vor Überdüngung schützen –			
Stickstoff-Überschüsse in der			
Landwirtschaft über ergänzende			
ökonomische Instrumente reduzieren			
– Drucksache 6/5520 –	38		
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ...	38, 44		
Minister Dr. Till Backhaus	39		
Beate Schlupp, CDU	41		
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	42		
Thomas Krüger, SPD	43		
Udo Pastörs, NPD	45		
B e s c h l u s s	46		
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD			
Forschung und Entwicklung auf Landes-			
und Bundesebene vorantreiben –			
Maßnahmen zur Wachstumsfinanzierung			
und Existenzgründung unterstützen			
– Drucksache 6/5524 –	46		
Wolfgang Waldmüller, CDU	46, 54		
Minister Harry Glawe	47		
Helmut Holter, DIE LINKE	48		
Jochen Schulte, SPD	51		
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	52		
Udo Pastörs, NPD	53		
B e s c h l u s s	54		

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 126. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 95:** Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, auf Drucksache 6/5610.

**Abschlussbericht der Enquete-Kommission
„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 6/5610 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende Herr Jörg Heydorn.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sag mal, die CDU ist aber auch reichlich dezimiert.)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Dann beginnt der Vorsitzende mal mit der Berichterstattung. Es ist ja eine inzwischen überall bekannte Tatsache, Mecklenburg-Vorpommern, unser Bundesland, ist in besonderem Umfang vom demografischen Wandel betroffen. Das heißt, wir haben auf der einen Seite eine starke Alterung der Bevölkerung und wir haben es auf der anderen Seite noch mit dem Phänomen zu tun, dass wir in vielen Bereichen unseres Bundeslandes sehr dünn besiedelt sind. Deswegen hat der Landtag in seiner 8. Sitzung am 1. Februar 2012 die Einsetzung einer Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ beschlossen, die den Auftrag bekam, konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln, die die Versorgung und die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Menschen in unserem Bundesland zum Inhalt hatte, also die Frage: Wie kann man hier Lebensqualität sichern und wie kann man die Menschen so stellen, dass sie gut am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können?

Die Enquetekommission hat inzwischen zwei Zwischenberichte vorgelegt. Der erste Zwischenbericht war im März 2014 und er ist mit großer Mehrheit durch die demokratischen Fraktionen beschlossen worden. Gleiches gilt für den zweiten Zwischenbericht. Auch dieser ist quasi mit großer Mehrheit durchgetragen worden. In unserer Sitzung am 3. Juni 2016 hat sich die Kommission mit großer Mehrheit zu diesem Abschlussbericht bekannt.

Wenn man auf unsere Arbeit zurückblickt, muss man ein paar Dinge, denke ich, noch mal erwähnen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja?)

Das Erste, wir haben eine relativ umfassende Findungsphase gehabt. Also es war die Frage zu klären, wie weit man die Arbeit ausdehnen soll, und vor allen Dingen war auch die Frage zu beantworten, was für eine Arbeitsweise wir praktizieren sollen. Jeder, der in irgendeiner Form in der Kommission vertreten ist, schleppt seine Papiere an, legt sie auf den Tisch, dann sichtet man das gemeinsam und legt fest, dass irgendwie weitergearbeitet wird, bildet Arbeitsgruppen und so weiter und so fort. Wir ha-

ben uns letztendlich dazu entschlossen, ein bestimmtes Verfahren zu implementieren, dass im Wesentlichen darauf fußt, dass wir Expertengutachten vergeben zu einzelnen Themen, zu denen wir uns verständigt haben, die dann die Grundlage sind, die Dinge weiter zu beraten.

Wenn man das im Nachhinein betrachtet, war das eine sehr effiziente Geschichte, denn wir haben noch ein paar andere Dinge beschlossen. Wir haben gesagt, das Thema „demografischer Wandel“ und Handlungsempfehlungen dazu sind von einer derartigen Bedeutung, dass wir versuchen sollten, uns als demokratische Parteien innerhalb der Enquetekommission nicht gegeneinander zu stellen, sondern gemeinsame Lösungen zu finden, das heißt also eine konsensorientierte Arbeitsweise. Eine solche konsensorientierte Arbeitsweise bedeutet natürlich auch immer, dass man viel verhandeln muss, denn jeder will ja in irgendeiner Form seine Sache untergebracht wissen. Das heißt, damit ist in erheblichem Umfang Aufwand verbunden. Im Nachhinein muss man aus meiner Sicht sagen, es hat sich gelohnt, denn diese konsensorientierte Arbeitsweise

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Können wir öfter mal machen.)

beeinflusste auch sehr stark die Arbeitsatmosphäre in der Kommission, das heißt, man war da sehr sachorientiert unterwegs.

(Udo Pastörs, NPD: Und konsensorientiert.)

Herr Pastörs, Sie sind wie immer in der Regel ahnungslos in der Sache, immer dezidiert in der Auffassung und oft auch harsch im Ton.

(Michael Andrejewski, NPD:
Eine Selbstbeschreibung. – Zuruf von
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Sie haben natürlich vor, das in dieser letzten Landtagssitzung fortzusetzen. Aber vielleicht ...

(Stefan Köster, NPD: Bekommen Ihre
Mitarbeiter jetzt gerechte Löhne, ja oder nein? –
Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht können Sie sich ja ein bisschen mäßigen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn man die Kernaspekte betrachtet, die nach wie vor von Bedeutung sind, dann muss man sagen, es gibt Hinweise, dass das Thema Abwanderung im Osten nicht mehr die Rolle spielt, wie das noch vor einigen Jahren der Fall war.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Es ist
keine Jugend mehr da, die wegläufen kann.)

Ich möchte verweisen auf das Gutachten vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, das jetzt festgestellt hat, dass das Thema „Abwanderung aus dem Osten“ gestoppt ist, dass der Osten auch wieder Zuwachs hat. Aber das betrifft nur einen geringen Teil unserer Städte und Gemeinden, nämlich 15 Prozent, also insgesamt in den ostdeutschen Bundesländern haben wir

diesen Zuzug. Andere ländlich periphere Räume sind nach wie vor von dem Thema Abwanderung betroffen.

Ich will jetzt auf ein paar Dinge eingehen, die sich meines Erachtens durch die gesamte Arbeit an den Themen der Enquetekommission ziehen, und auf ein paar Grundsätze, die hier erarbeitet worden sind, die ich für besonders wichtig halte.

Es heißt, die Kommission hat sich zu der Erkenntnis durchgerungen, dass die Möglichkeiten, Versorgungsangebote und Unterstützungsangebote zu machen, bei uns im Land sehr unterschiedlich sind. Im Kern kann man sagen, je größer die Gemeinde, desto mehr Möglichkeiten gibt es, institutionelle Angebote aufrechtzuerhalten und anzubieten. Das bedeutet auf der anderen Seite, je kleiner ein Gemeinwesen ist, desto größer ist das Ausmaß an Selbsthilfe.

Dabei muss man sich die Frage stellen: Was bedeutet letztendlich Selbsthilfe? Überlässt man die Leute sich selbst oder welche Angebote muss man machen, um hier zu einer entsprechenden Unterstützung zu kommen?

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und das ist der zweite Punkt: Durch alle Themen der Enquetekommission zieht sich die Notwendigkeit eines qualifizierten Beratungsangebotes. Wir sagen, es muss Beratungsangebote geben, an die sich die Menschen wenden können und die ihnen sagen, wie man bestimmte Dinge macht, also wie ich einen Dorfladen entwickle, wie ich zum Bürgerbus komme, wie die versicherungsrechtlichen Sachen dabei sind und so weiter und so fort. Denn eins fällt bei uns im Land auf: Auch in den ländlichen Regionen gibt es auf der einen Seite Dörfer, bei denen man den Eindruck hat, die Dinge funktionieren. Da ist Leben, da ist Gemeinschaft, die organisiert wird, und in der Nachbargemeinde, die sich offenkundig durch nichts unterscheidet, passieren diese Dinge nicht. Wenn man der Frage nachgeht, woran das liegt, dann hat das immer mit Menschen zu tun.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auf der einen Seite gibt es Leute, die wissen, wie es geht, und auf der anderen Seite scheint das nicht der Fall zu sein. Wir sind der Meinung, dass man diejenigen, die diese Kenntnisse nicht haben, nicht alleinlassen kann, sondern denen unterstützende Beratungsangebote zur Verfügung stellen muss,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wo sie sich hinwenden können und die Frage beantwortet bekommen, wie man bestimmte Dinge auf die Reihe bringt.

Ein weiterer Punkt, der sich für uns durch alle Themen zog, war das, was wir als Kümmererstrukturen bezeichnet haben. Das heißt, man muss im Grunde so ein Netz von Kümmerern,

(Udo Pastörs, NPD: Netzwerke.)

sowohl ehrenamtliche als auch professionelle Kümmerer, im ganzen Land aufziehen, ausgehend von der Landesebene, runter auf die Kreisstrukturen, auf die Ämter und

bis in die Gemeinden, wo letztendlich Menschen sich darum kümmern, wie es den Leuten in ihren Örtlichkeiten geht

(Udo Pastörs, NPD: Sie machen das umgekehrt,
Sie machen das von unten nach oben.)

und wie man den Dingen nachgeht, die man vor Ort für wichtig erachtet.

Bei dem Thema Kümmererstrukturen will ich noch kurz eingehen auf die Ehrenamtsstiftung, die ja hier gegründet worden ist und unseres Erachtens bei dem Thema eine ganz wichtige Rolle übernehmen kann.

(Udo Pastörs, NPD: Das nennen
die Versorgungswerk.)

Lassen Sie mich noch mal zu den Inhalten der Zwischenberichte kommen, also das, was wir da gemacht haben. Wir haben im ersten Zwischenbericht angefangen, der Frage nachzugehen, wie denn die Lebenssituation von älteren Menschen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ist. Was für Altersbilder herrschen vor? Mit welcher Einkommens- und Vermögensentwicklung haben wir es heute zu tun? Und vor allen Dingen: Mit welcher Einkommens- und Vermögensentwicklung werden wir in den nächsten Jahren zu rechnen haben? Das ist eine Erkenntnis, die man würdigen muss.

Wir haben im Augenblick eine Situation, dass Rentnerinnen und Rentner in erster Linie Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben. 96 oder 98 Prozent stehen ausschließlich derartige Einkommen zur Verfügung und die werden in den nächsten Jahren nicht mehr werden, sondern wir werden es künftig mit einer älteren Bevölkerung zu tun haben, deren Biografien häufig gekennzeichnet sind von Arbeitslosigkeit und von geringen Verdiensten, und das macht sich beim Einkommen bemerkbar.

Das zweite Thema, was wir in dem ersten Zwischenbericht behandelt haben, ist das Thema Wohnen. Und da kann man sehr gut erkennen, wie eins ins andere greift, denn natürlich muss man von dem, was man in der Tasche hat, auch die Wohnung bezahlen. Eine Erkenntnis, die wir bei der Beschäftigung mit dem Thema Wohnen im Alter gehabt haben, ist, Wohnen wird perspektivisch nicht billiger. Das ist das eine. Eine weitere Erkenntnis ist, dass uns in erheblichem Umfang altengerechte Wohnungen in Mecklenburg-Vorpommern fehlen, das heißt Wohnungen, die in erster Linie möglichst barrierearm zugänglich sind. Da haben wir einen großen Nachholbedarf

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das sind öffentliche Räume.)

und da kann man erkennen, dass die Arbeit der Enquetekommission durchaus ihre Wirkung gehabt hat. Das heißt, in der Zeit, als wir das Thema erörtert haben, wurde der Doppelhaushalt des Landtages verabschiedet, und da sind zum ersten Mal Fördermittel für diese Zwecke auch als Zuschuss eingestellt worden. Das, denke ich, ist der richtige Weg.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig.)

Das heißt, „Wohnen im Alter“ war dann auch Gegenstand dieses ersten Zwischenberichts. Im zweiten Zwischenbe-

richt haben wir uns mit dem Thema „Mobilität im Alter“ beschäftigt. Und auch das Thema Mobilität ist davon gekennzeichnet, dass die Mobilitätsangebote immer da besonders gut sind, wo viele Leute wohnen. Das heißt also, wir werden, wenn wir zukunftsweisende Mobilitätskonzepte umsetzen wollen, dazu kommen, dass wir in bestimmten Bereichen ein gutes ÖPNV-Angebot haben, was auch auf vertakteten Linien läuft, und so weiter und so fort. Wir werden in den ländlichen Regionen Mobilitätsangebote konzipieren müssen, die stark auf das Thema Selbstorganisation setzen. Auch da muss man die Leute unterstützen, und das – um das ein Stück weit abzukürzen – muss man gut miteinander vernetzen und verzahnen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Außerdem wurde von uns im zweiten Zwischenbericht das Thema „Alter und Gesundheit“, ein sehr spannendes Thema, beraten. Ich will daran erinnern, dass gerade die Frage, wie man mit den Krankenhäusern bei uns in den ländlichen Regionen umgehen sollte, hier für kontroverse Debatten gesorgt hat. Aber auch da, muss man sagen, hat die Enquetekommission Handlungsempfehlungen hervorgebracht, die durchaus wegweisend sind, wenn man das Thema der Versorgung in den Segmenten Gesundheit und Pflege bei uns in Mecklenburg-Vorpommern perspektivisch sicherstellen will.

Im Abschlussbericht beschäftigten wir uns mit dem Thema „Bildung und Arbeit“, auch wesentliche Aspekte. Auf der einen Seite werden wir in unserer Gesellschaft zukünftig in wesentlich größerem Umfang auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen sein. Das heißt: Welche Qualifizierungsangebote brauchen diese Menschen? Wie müssen Arbeitsplätze ausgestattet sein? Und so weiter und so fort. Das waren die Punkte, mit denen wir uns beschäftigt haben.

Ein anderer Punkt war das Thema „bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe“, was sich auch in alle Bereiche hineinträgt. Also egal, in welches Konzept man heute guckt, spätestens auf Seite 3 stößt man auf bürgerschaftliches Engagement, was einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung und Sicherstellung bestimmter Angebote bringen soll. Und da muss man natürlich die Fragen stellen: Wie kann das denn funktionieren? Wie kann es funktionieren, wenn bürgerschaftliches Engagement quasi überall nachgefragt wird? Wo kriegt man die Leute her? Welche Rahmenbedingungen und Strukturen braucht man für bürgerschaftliches Engagement? Nach unserer Vorstellung ist das Thema Ehrenamtsstiftung auch in dem Bereich ein wesentlicher Baustein, über den das Land letztendlich Möglichkeiten der Gestaltung haben wird und haben kann.

Abschließend war noch das Thema „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ zu behandeln. Hier geht es darum: Welche infrastrukturellen Angebote muss man vorhalten? Welche sind wichtig? Welche haben wir? Welche gilt es perspektivisch zu entwickeln? Das war dann Inhalt des Abschlussberichtes.

Wenn man sich die Frage stellt, was jetzt das Ergebnis dieser Enquetekommission ist – eine Enquetekommission hat ja keinen beschließenden Charakter –: Das, was wir machen, sind Empfehlungen, aber sehr qualifizierte Empfehlungen sind da erarbeitet worden und diese Empfehlungen werden genutzt. Sie werden genutzt von Par-

teien, von den Fraktionen hier im Landtag, um sich politisch künftig aufzustellen. Sie werden aber auch genutzt von externen Organisationen, die natürlich mit dem Material, was die Enquetekommission erarbeitet hat, ihre eigene Argumentation unterfüttern können.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Material ist sehr umfassend, es ist auch leicht zugänglich. Alles, was wir getan haben, kann man über die Landtagsseite im Internet finden. Da steht alles drin. Wir werden uns jetzt noch darüber Gedanken machen, wie man diese Dinge besser zugänglich macht, denn wichtig ist, dass das, was wir sehr umfassend zusammengestellt haben, möglichst einer breiten Nutzung zugeführt wird, weil, wie gesagt, gute Sachen dabei sind.

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

Abschließend bleibt mir nur, mich bei allen zu bedanken für die sehr konstruktive Zusammenarbeit. Das gilt sowohl für die Landtagsmitglieder und die externen Mitglieder der demokratischen Fraktionen als auch explizit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen und natürlich besonders für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Enquetesekretariats, die uns über die Jahre gut und qualifiziert begleitet haben. Viele Dinge wären nicht so gelaufen, wenn diese Leute nicht da gewesen wären. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert von der Fraktion der CDU.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Viereinhalb Jahre nach Einsetzung der Enquetekommission liegt heute der komplette Bericht mit der Bearbeitung aller Themen des Einsetzungsbeschlusses vor. Ich danke an dieser Stelle allen an diesem arbeitsintensiven Bericht Beteiligten, vor allem dem Sekretariat der Enquetekommission und den Referenten in den Fraktionen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Genau. Ach ja, klatschen wir noch mal! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Genau, macht das noch mal.

Ich habe noch mal meine Rede zum Einsetzungsbericht hervorgeholt und damals fragte ich Sie, wollen Sie alt werden

(Jochen Schulte, SPD: Ja.)

beziehungsweise wie wollen Sie alt werden.

(Rainer Albrecht, SPD:
Vor allen Dingen gesund.)

Ihre Reaktion darauf war damals sehr aufschlussreich

(Jochen Schulte, SPD: Ich möchte
alt werden, aber nicht älter.)

Und nun haben wir Antworten zum Status quo und darauf, was dieses Land tun kann, dass man hier im Alter gut leben kann.

Aufgrund der Tatsache, dass es mich und uns alle früher oder später betrifft, war für mich eine möglichst realistische Sichtweise enorm wichtig. Es gab zahlreiche für die Enquetekommission angefertigte Expertisen. Sie wurden zum Teil auch in der Enquetekommission hitzig diskutiert. Denken Sie nur an das HGC-Gutachten und die Debatte zur Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft.

Trotz mitunter unterschiedlicher Meinungen ist es gelungen, alle Akteure an einen Tisch zu bringen. Darüber hinaus ist es gelungen, Handlungsempfehlungen zu konsentieren, Handlungsempfehlungen, die uns in die Lage versetzen könnten, bei knapper werdenden Ressourcen dennoch die Zukunft des Landes und der älteren Menschen zu gestalten, statt nur zu verwalten.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind offenkundig. Im Bereich „Wohnen im Alter“ wollen wir den längstmöglichen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit. Dem stehen Barrieren entgegen. Deren Reduzierung darf sich jedoch nicht negativ auf die Miete auswirken.

Im Bereich „Mobilität im Alter“, aber auch bei Infrastrukturfragen und der Daseinsvorsorge haben wir einen Rückgang finanzieller Handlungsspielräume zu beklagen. Zudem erschwert die Bevölkerungsentwicklung wirtschaftlich effiziente und flächendeckende Lösungen. Das Ehrenamt gewinnt deswegen hier, aber auch in anderen Bereichen an Bedeutung.

Im Bereich „Pflege und Gesundheit“ schlägt die Alterung der Gesellschaft besonders zu Buche, nicht nur wegen der Fachkräfteproblematik. Dem Ausscheiden vieler Ärzte steht zudem ein wachsender Bedarf an medizinischen Leistungen in einer älter werdenden Bevölkerung gegenüber. Die Frage ist, wie wir Spezialisierungen in allen Krankenhäusern vorhalten können.

Im Bereich „Arbeit sowie Bildung im Alter“ wollen wir älter werdenden Arbeitnehmern möglichst unbürokratische Teilhabe ermöglichen.

In jedem Themenfeld ging es um die Frage, wie zukünftige Aufgaben effizient und durch Nutzung von Synergien und ohne Ausgrenzungen Älterer bewerkstelligt werden können. Während der Beschäftigung mit den Einzelthemen wurde auch deutlich, dass sich Unternehmen, Verbände und Institutionen gleich mit auf den Weg gemacht haben und nicht darauf warten, dass eine Wirkung eintritt, die ungewollt ist.

Meine verehrten Damen und Herren, trotz zum Teil gegensätzlicher politischer Auffassungen, ein solches Papier zum jetzigen Zeitpunkt auf dem Tisch zu haben, ist es ein Erfolg dieses Landesparlamentes und der beteiligten externen Mitglieder und Gutachter. Mit diesem Erfolg stellt sich aber zwingend die Frage, wie wir mit den Er-

gebnissen in der kommenden Legislaturperiode umgehen wollen. Ich habe hierzu vor wenigen Wochen die Idee einer für die nächste Wahlperiode einzurichtenden interministeriellen Arbeitsgruppe ins Spiel gebracht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die gabs ja nun schon.)

Denkbar wäre auch, den Landtag weiterhin in die Beratungsprozesse einzubeziehen, etwa durch ein auf Basis dieses Papiers weiterzuentwickelndes Konzept des Landes, das im Landtag als regelmäßig zu aktualisierender Bericht zu einem Beschluss gebracht wird. Eines darf aber nicht passieren: Dieses Papier darf nicht in der Schublade verschwinden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Auch diese Auffassung ist einhellig.

Gleichwohl muss ich an dieser Stelle auch ein wenig Wasser in den Wein gießen, denn wie wir es in der nächsten Legislatur auch immer gestalten, die Empfehlungen des Papiers müssen an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Neueste Erhebungen behaupten beispielsweise eine positivere Bevölkerungsentwicklung,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

was die Empfehlungen gegebenenfalls in einem anderen Licht erscheinen lässt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung lässt sich schon jetzt eine Kategorisierung der Empfehlungen in erstens sinnvoll und kurzfristig umsetzbar – das betrifft einen Großteil der Handlungsempfehlungen –, zweitens perspektivisch umsetzbar oder drittens in geringem Umfang zwar wünschenswert, aber doch kurz- bis mittelfristig eher unrealistisch, erstellen.

Einige Forderungen lassen sich zweifelsohne schnell umsetzen. Mehr noch, sie wurden bereits umgesetzt. Hierzu gehört das Lift- und Aufzugsprogramm des Ministers für Wirtschaft, Bau und Tourismus. Herr Glawe hat das auch von der Enquetekommission eingeforderte Programm initiiert und mittlerweile schon verstetigt. Ähnlich ist es mit unseren Forderungen zur Novelle der Landesbauordnung. Sie orientieren sich an der Musterbauordnung. Auf dem Weg zur Barrierefreiheit, die im Laufe der Zeit erreicht werden soll, ist es ein Gewinn für den längeren Verbleib in der eigenen Häuslichkeit und zweifellos ein Gewinn für eine älter werdende Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben Wege gefunden, den längeren Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen, und zwar ohne steigende Mieten.

Sinnvoll ist ohne Frage zum Beispiel ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept. Es werden alle Akteure an einen Tisch geholt. Hier erzielen wir mit vergleichsweise geringem Aufwand einen hohen Nutzen. Sinnvoll ist es, den Fokus auf die Beratung und auf Präventionsprogramme zu legen. Allerdings sollte hier darauf geachtet werden, dass dies eigentlich ein Bildungsansatz ist. Für beides ist der Vernetzungsgedanke wichtig. Präventionsarbeit fängt in der Familie an. Da sind wir bei Familienbildung, Kindereinrichtungen et cetera, also bei Ansätzen, die generationsübergreifend wirken.

Sinnvoll ist, dass sich diese Enquetekommission immer wieder gegen die Ausgrenzung Älterer ausgesprochen hat, zum Beispiel bei der Mobilität im Alter mit immer weniger Barrieren im ÖPNV und SPNV. Wichtig sind Rufbusse, feste Haltestellen und Bürgerbusse, insbesondere im ländlichen Raum. Sinnvoll ist es auch, dass keine zusätzlichen Barrieren bei der individuellen Mobilität, Stichwort „obligatorische Fahrtauglichkeitsuntersuchungen“, aufgebaut werden. Es ist wichtig, dass dies mit fraktionsübergreifendem Engagement auch Eingang in die Handlungsempfehlungen gefunden hat.

Sinnvoll sind die klaren Würdigungen des Ehrenamtes und das weitere Austarieren der Aufgaben der Ehrenamtsstiftung. Wir müssen die Anerkennungskultur ehrenamtlichen Engagements verbessern. Hier sind schnell umsetzbare Vorschläge gemacht worden. Denken Sie an die Öffnung dieses Landesparlamentes zum Beispiel zum Tag des offenen Landtages für die Würdigung von ehrenamtlich Engagierten, denken Sie an die Ehrenamtskarte, denken Sie an die stärkere Anerkennung ehrenamtlichen Engagements in Bewerbungsverfahren, was nach meiner Einschätzung gerade im öffentlichen Dienst berücksichtigt werden muss. Die Enquetekommission gibt hier gute und umsetzbare Empfehlungen, auch im Hinblick auf die Strukturen der Förderung, die Qualifizierung, die finanzielle Ausgestaltung und rechtliche Austarierung von Crowdfunding beispielsweise.

Sinnvoll ist im Infrastrukturbereich, dass wir für eine angemessene finanzielle Berücksichtigung der demografischen Belastungen werben. Hier geht es um Fragen von Verfassungsrang, Stichwort „möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse in beiden Landesteilen“.

Sinnvoll ist im Bereich „Arbeit im Alter“ die Würdigung der dualen Ausbildung und ihrer Aufbau- und Zusatzqualifikationen, gerade für die Unternehmensnachfolge. Der Wirtschaftsausschuss hat dies am 30. Juni noch einmal mit der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammer besprochen. Dieses Erfolgsmodell ist wichtig. Es muss gestärkt und ausgebaut werden. Ich denke, das Wirtschaftsministerium hat hier mit dem Programm „Meister-Extra“ die richtigen Anreize gesetzt. Dabei – auch das finden Sie in den Handlungsempfehlungen – dürfen ältere Beschäftigte nicht durch bürokratische Regulierungswut drangsalieren werden.

Die vielen guten Anregungen ließen sich fortsetzen, Sie haben den Bericht ja vor sich liegen. Mit Blick auf die Uhr verzichte ich darauf, aber ich freue mich, dass es uns gelungen ist, derart viele fraktionsübergreifende Auffassungen herauszuarbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sprach von einer zweiten Kategorie von Empfehlungen. Diese halte ich perspektivisch für umsetzbar, also vielleicht nicht heute oder im nächsten Monat, aber doch in der nächsten Legislaturperiode. Für wichtig halte ich in diesem Zusammenhang das begleitete Fahren mit 16. Ich denke, Modellprojekte in anderen Ländern zeigen, dass dieses Projekt perspektivisch umsetzbar wäre. Wir wollen die Mobilität im ländlichen Raum verbessern und die muss sich generationsübergreifend vollziehen.

Perspektivisch umsetzbar sind auch die Anforderungen an die Krankenhauslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Lassen Sie mich dazu noch drei Sätze sagen. Zunächst danke ich unserem Koalitionspartner. Der radi-

kale Vorschlag des HGC-Gutachtens ist vom Tisch. Wir wollen keine Konzentration der medizinischen Versorgung auf wenige Krankenhausstandorte. Es ist schlicht falsch, nur marktwirtschaftliche Gesichtspunkte zur Geltung kommen zu lassen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Hört, hört!)

Gleichwohl gibt es natürlich veränderte Anforderungen an die Versorgung. Ich habe das eingangs schon skizziert. Das sind zum Beispiel Auswirkungen auf die Ausbildung. Es ist unstrittig, dass wir im Hinblick auf die Fachkräfteproblematik ein gutes Standortmarketing brauchen. Und wir brauchen dazu gute Partner, sonst wären die Empfehlungen – und das wäre fatal – schlicht nichts wert. Wir brauchen die kleinen Krankenhäuser nicht nur als sozialen Anker, sondern auch als Standortfaktor in der Fläche. Das tangiert dann auch andere Aspekte, zum Beispiel die Bereiche Bildung und Infrastruktur.

Nun wurde während der Anhörung auch das Argument der Masse vorgetragen. Es besagt, je mehr Fälle ich habe, desto eher reduziert sich aufgrund der Routine die Fehleranzahl. Ich bin mir nicht sicher, ob der Gedankengang empirisch wirklich immer signifikant ist. Sicherlich ist das Argument der Routine stichhaltig, stichhaltig ist aber auch, dass eine Spezialisierung in der Fläche den Wiederholungseffekt von Fehlern reduzieren kann. Was wir deswegen in der Fläche brauchen, ist ein Brückeneffekt von ambulanter hausärztlicher Versorgung zu spezialisierter Fachärzteversorgung und von spezialisierter Fachärzteversorgung wiederum zu spezialisierter Krankenhausversorgung und zurück.

Der finanzielle Aspekt ist ein Aspekt aller Planungsbeteiligten. Ich glaube, dass wir mit dem Konzept „Klasse statt Masse“ auch Finanzierungen sichern können, wenn dies durch telemedizinische Anwendungen sekundiert wird. Telemedizin wird in den kleineren Häusern eine immer größere Rolle spielen und damit ist dann auch der Breitbandausbau enorm wichtig. Dadurch bekommen die kleinen Krankenhäuser die Funktion von Versorgungsankern – eine Brückenfunktion, die durch die Telemedizin erleichtert wird. Die Empfehlungen der Enquetekommission zeigen gerade in diesem Bereich hilfreiche Lösungsansätze für verschiedene Herausforderungen auf. Die vielen konstruktiven Vorschläge müssen in der nächsten Legislatur wieder auf den Tisch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aber auch betonen, dass es Bereiche gibt, die ich mittel- bis langfristig für sehr schwierig halte. Das ist die dritte Kategorie, von der ich eingangs sprach. Ich habe das auch bei der Erörterung des zweiten Zwischenberichtes vorgetragen. Dazu gehört im Grunde alles, was unter den Bereich „Rekommunalisierung“ firmiert. Ich sage das an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich: Es gibt Grenzen der Kommunalisierung.

Bleiben wir im Bereich der Krankenhauslandschaft. Was hat eine Kommune mit der fachspezifischen Ausrichtung der Grundversorgung zu tun? Die Antwort lautet: Sie kann aus fachlicher Sicht gar nichts damit zu tun haben. Deswegen haben wir uns im Bereich der Gesundheit und Pflege im Konsensverfahren mit den anderen Fraktionen auch nur auf einen Prüfauftrag einigen können. Mehr war nicht drin. Und wir glauben ganz sicher, dass, wenn ein

solcher Prüfauftrag ausgelöst würde, er zu dem oben genannten Ergebnis kommen würde.

Auch in anderen Bereichen betrachten wir eine Kommunalisierung sehr kritisch. Diese Diskussion im Bereich der Daseinsvorsorge führten wir aber nicht nur in der Enquetekommission, sondern auch in den Landkreisen, zum Beispiel im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Die damit einhergehenden Mutmaßungen bei Privatisierungen, etwa die, dass bei Privatisierungen eine Monopolbildung zu befürchten sei und deswegen die Kommune einschreiten müsse, sind in meinen Augen abwegig. Es ist gut, dass pauschale Rekommunalisierungsmodelle im Bereich der Daseinsvorsorge keinen Eingang in die Handlungsempfehlungen gefunden haben beziehungsweise hier nur als Sondervotum der Opposition vorliegen.

Mit Skepsis, meine Damen und Herren, sind auch kommunale runde Tische, die sich in Rechtskreise der Gesundheitsversorgung einbringen wollen, zu bewerten. Sie sind ohne rechtlichen Status, ohne Handlungsbefugnis und gegebenenfalls als Doppelstruktur zu betrachten. Die Frage ist, wo diese runden Tische eingreifen können: in die Verordnungsfreiheit des Arztes wohl nicht, in Patientenrechte noch weniger. Ich habe einen runden Tisch „Gesundheit“ im eigenen Landkreis ohne fassbare Ergebnisse erlebt. Für politische Entscheidungen waren immer noch die gewählten Gremien zuständig. Herr Heydorn hat das vorhin schon gesagt, über Rahmenbedingungen und Strukturen von Engagement wird weiter zu reden sein.

Meine Damen und Herren, gerade im Bereich „Gesundheit und Pflege“ ist zudem jede Handlungsempfehlung vor dem Hintergrund der Aktualisierung der Gesetzgebung zu bewerten. Wir haben den vorliegenden Endbericht mit dem Hinweis auf das Pflegestärkungsgesetz III noch einmal konkretisiert. Eines dürfte in dieser Legislaturperiode des Bundes klar geworden sein: Das, was die Vorgänger von Bundesgesundheitsminister Gröhe verabsäumt haben, hat Gröhe mit erhöhter Schlagzahl umgesetzt, auch während wir uns in der Kommission mit dem Thema „Gesundheit und Pflege“ beschäftigt haben.

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen müssen die Aktualisierungen der Gesetzgebung fortlaufend beachten, sonst sind sie nicht umsetzbar. Und in die Kategorie „nicht umsetzbar“ beziehungsweise „am Thema vorbei“ fällt schließlich ein Sondervotum der GRÜNEN und der LINKEN,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

nämlich der Bereich der Kulturpolitik. Es ist ja nicht so, dass wir uns nicht an anderer Stelle schon einmal darüber unterhalten hätten,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber handeln dürfen wir noch?)

aber da gebe ich dem Kollegen Heydorn im Hinblick auf seine Pressemitteilung vom vorvergangenen Montag ganz und gar recht: Kultur betrifft alle Altersgruppen und es wäre deplatziert,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist Daseinsvorsorge. –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Daseinsvorsorge. –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was ist das für eine Argumentation?)

hätten wir dies in die gemeinsamen Empfehlungen „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ aufgenommen.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Richtig, richtig! Lieber kritisch sein.)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe heute die Bilanz von viereinhalb Jahren sehr intensiver Arbeit und konstruktiver Zusammenarbeit in der Enquetekommission gewagt. In der Tat haben wir unterschiedliche Meinungen. Das ist doch ganz klar bei mehreren Fraktionen. Natürlich ist das heute noch mal ein Gesamtblick. Deutlich wurde, dass die Kommission einiges auf den Weg gebracht hat, einiges läuft bereits und einiges wird daraus folgen. Wichtig wird sein, dass die Empfehlungen auch im Lichte neuer Entwicklungen bewertet werden.

Ich danke allen Kollegen, die an diesem Prozess aktiv mitgewirkt haben, also den demokratischen Fraktionen, für eine angenehme Zusammenarbeit und für diese aufschlussreichen Ergebnisse. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Friemann-Jennert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Al-Sabty für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Über vier Jahre intensive und gute Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Fraktionen in der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ gehen nun zu Ende. Heute legen wir Mitglieder der Kommission dem Landtag unseren Abschlussbericht vor. Dies gibt uns Gelegenheit, Bilanz zu ziehen, einen Blick zurück und einen nach vorn zu werfen.

Zunächst Rückblick und Bilanz: Das Ziel der Landespolitik, konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, ich zitiere, „die geeignet sind, den Teilhabe- und Versorgungsansprüchen einer älter werdenden Bevölkerung Rechnung zu tragen“ und dabei das „künftige Miteinander der verschiedenen Generationen“ zu betrachten, haben wir nun gemeinsam erfüllt. Um einen gemeinsamen Nenner zu finden, meine Damen und Herren, haben wir uns viel Zeit für fachliche Expertise und argumentative Auseinandersetzungen genommen. Doch die Arbeit hat sich gelohnt. Aus Sicht meiner Fraktion sind viele gute zukunftsweisende Empfehlungen herausgekommen. Sie sind es wert, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden und in der zukünftigen Legislatur als Grundlage für politisches Handeln zu dienen. Das hat meine geschätzte Kollegin Dr. Schwenke vorgestern in ihrer Rede genannt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Enquetekommission hat sich mit einer Vielzahl von Themen auseinandergesetzt, die für das Leben der Menschen in unserem Land heute und morgen von großer Bedeutung sind. Der politische Wille, sich den Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen, ihn als Chance zu betrachten und gute Lösungsansätze für die Zukunft zu erarbeiten, war für uns alle das verbindende Element. Der Fokus auf die besondere Situation älterer Menschen

und deren Bedürfnisse hat uns gleichzeitig motiviert, allen Menschen, die mit körperlichen, seelischen und sozialen Hindernissen zurechtkommen müssen, passende Angebote zu unterbreiten.

Meine Fraktion ist immer dafür, den Gedanken der Inklusion als eine umfassende gesellschaftliche Gesamtaufgabe in die Arbeit der Kommission einzubeziehen und in allen Themenbereichen die Frage der Barrierefreiheit und Chancengleichheit zu behandeln. Dabei haben wir den Anspruch auf Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres Landes und ein solidarisches Miteinander aller Generationen im Blick behalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einer festgelegten Schrittfolge haben wir uns den einzelnen Themenbereichen genähert, sie bearbeitet und schließlich unsere Themen zu gemeinsamen Handlungsempfehlungen entwickelt. Als Grundlage wurden wissenschaftliche Analysen und Gutachten in Auftrag gegeben, natürlich abhängig von der Fragestellung der Kommission. In den öffentlichen Sitzungen der Kommission wurden zunächst die Ergebnisse dieser Gutachten vorgestellt und die Strategien der Landesregierung vorgetragen. Abschließend wurde beides von zahlreichen Expertinnen und Experten mit ihren Fachkenntnissen bewertet und ergänzt. Das Anliegen der Enquetekommission war, die Menschen im Land in die Arbeit der Kommission einzubinden. Mehrere Workshops wurden in den Lupenregionen Vorpommern-Greifswald und Ludwigslust-Parchim zu den einzelnen Themen durchgeführt, deren Ergebnisse in die Entstehung der Handlungsempfehlungen eingeflochten sind.

Meine Fraktion hat sich ebenfalls gut für die Arbeit innerhalb der Kommission aufgestellt und sich aktiv und intensiv eingebracht. Wöchentlich gab es Arbeitskreissitzungen, in denen im Austausch und in Diskussionen strategische Ziele formuliert wurden. Der Arbeitskreis meiner Fraktion hat mehrere Klausurtage im Land organisiert, meine Damen und Herren, an denen wir Einrichtungen kennengelernt und die Menschen vor Ort beteiligt haben. Gemeinsam mit den Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern sowie Fachreferentinnen und -referenten meiner Fraktion sind schließlich unsere Empfehlungen entstanden, die wir in die Verhandlungen eingebracht haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, es haben viele Menschen an der Entstehung des heute vorgelegten Abschlussberichts mitgewirkt. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen meiner Fraktion und als Obmann in der Enquetekommission herzlich beim Vorsitzenden der Kommission, beim Kollegen Jörg Heydorn bedanken. Ich bedanke mich auch bei allen nicht parlamentarischen Mitgliedern der Kommission, die sich ehrenamtlich in die Arbeit der Kommission eingebracht haben. Das sind Dr. Barbara Syrbe, Margit Glasow, Dr. Andreas Speck und Dr. Wolfgang Weiß. Ich bedanke mich auch bei allen Abgeordneten der demokratischen Fraktionen für die angenehme, kollegiale und konstruktive Zusammenarbeit. Mein Dank gilt ebenfalls allen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis, den Gutachtern, den Anzuhörenden, den Akteuren vor Ort, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung und der Ministerien. Ich bedanke mich bei allen wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten der demokratischen Fraktionen, Dr. Christian Anders (CDU), Dr. Jörg Mose (SPD), Marc Steinbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und bei meiner geschätzten Mitarbeiterin Sabine Steffens (DIE LINKE) für die gute und verlässliche Unterstützung

bei der Koordination und den inhaltlichen Vorbereitungen. Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats für die engagierte organisatorische und fachliche Begleitung. Und zuletzt bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen in meiner Fraktion, die unsere Arbeit bereichern und qualifiziert haben.

Zu den Themenfeldern „Wohnen im Alter“, „Mobilität“ sowie „Alter und Gesundheit/Pflege“ haben wir in den Maisitzungen und im Februar dieses Jahres bereits ausführlich debattiert. Daher möchte ich auf diese Themen nicht eingehen. Zu Beginn dieses Jahres haben wir uns zu folgenden Handlungsempfehlungen verständigt: „Bildung im Alter“, „Bürgerschaftliches Engagement und Gesellschaftliche Teilhabe“ sowie „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“. Innerhalb von knapp vier Monaten haben wir gemeinsam eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen erarbeitet, die wir intensiv beraten und verhandelt haben. Aktuelle politische Themen, wie zum Beispiel die Integration der Geflüchteten und die Zuwanderung, haben wir aus Zeitgründen leider nicht behandelt. Das finde ich schade.

Wir sind jedoch sehr froh darüber, dass in den Handlungsempfehlungen zum Themenfeld „Arbeit im Alter“ viele linke Positionen erkannt wurden, zum Beispiel die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, insbesondere von älteren Menschen, sowie die Stärkung der Prävention und des betrieblichen Gesundheitsschutzes im Rahmen einer Landespräventionsstrategie. Unsere weitergehenden Empfehlungen haben wir der Kommission in einem Sondervotum vorgelegt, welches die grundsätzliche Überwindung von Hartz IV zum Ziel hat. Hierin sind beispielsweise konkrete Empfehlungen zur Wiedereinführung der öffentlich geförderten Beschäftigung, auch Vorschläge zur Finanzierung von Arbeit statt von Arbeitslosigkeit durch die Einführung des sogenannten Aktiv-Passiv-Tausches in Mecklenburg-Vorpommern sowie die Berücksichtigung der Bedarfe von Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt enthalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, soziale Belange, wie zum Beispiel Altersarmut, haben wir in unseren Handlungsempfehlungen immer berücksichtigt. Gerade für das bürgerschaftliche Engagement und die gesellschaftliche Teilhabe spielen diese Belange eine sehr wichtige Rolle. Wir freuen uns daher, dass folgende Empfehlungen konsensfähig waren: der niederschwellige und kostenfreie Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen für Engagierte, die schnelle und unbürokratische Erstattung von Fahrtkosten und Aufwandsentschädigungen im Ehrenamt sowie die Einführung einer Ehrenamtskarte als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung. Einig waren wir uns auch darin, dass es keine Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf Sozialleistungen geben darf. Das ist eine grundsätzlich linke Position, sie wurde von allen mitgetragen, meine Damen und Herren.

Auch beim Themenbereich „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ haben wir zum Beispiel gemeinsam das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern formuliert. Die Einführung von Regionalbudgets, insbesondere in den ländlichen Gestaltungsräumen, soll zumindest geprüft und erprobt werden und der Seniorenanteil als Kriterium beim kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werden. Auch die Eigentumsverhältnisse für Leistungen der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel für den Breitbandausbau und die Re-

kommunalisierung von Krankenhäusern, sollen geprüft werden.

Empfehlungen, die leider nicht konsensfähig waren, finden sich unter anderem in unserem gemeinsamen Sondervotum mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter „Kultur als Teil der Daseinsvorsorge“ wieder. Wir halten dieses Thema für wichtig für das Zusammenleben der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Darum haben wir gemeinsam konkrete Vorschläge unterbreitet. Zukünftig sollen Kunst und Kultur gesetzlich geschützt werden und die Kommunen in die Lage versetzt werden, interkulturelle und mobile Angebote besonders zu unterstützen, meine Damen und Herren.

Abschließend möchte ich heute im Namen der nicht parlamentarischen und parlamentarischen Mitglieder meiner Fraktion folgende Hinweise für die Arbeit in der Enquetekommission in der Zukunft geben:

Erstens. Die Mitwirkungsrechte der nicht parlamentarischen Mitglieder sollten gestärkt werden, indem fraktionsübergreifende thematische Arbeitsgruppen gebildet werden und der Sitzungsbeginn auf den Vormittag gelegt wird.

Zweitens. Ausschreibungen für Gutachten sollen so früh wie möglich erteilt werden, sodass für die Auftragnehmer ein Bearbeitungszeitraum von mindestens sechs Monaten ermöglicht wird.

Drittens. Die Öffentlichkeitsarbeit ist von Anfang an umfassend anzugehen, zum Beispiel Livestream-Übertragungen der Enquetekommissionssitzungen ermöglichen, den Internetauftritt der Enquetekommission besser gestalten und internationale Erfahrungsaustausche ermöglichen.

Meine Fraktion wird dem Abschlussbericht der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE,
Thomas Krüger, SPD, und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Al-Sabty.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Julian Barlen von der Fraktion der SPD.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rückblickend möchte ich für unsere Fraktion sagen, dass wir sehr froh darüber sind, dass wir uns zu Beginn der Legislaturperiode so intensiv dafür eingesetzt haben, dass diese Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt wird. Es gab ja schon einen umfänglichen Reigen an Danksagungen. Ich möchte diesen noch um einen ganz wichtigen Punkt ergänzen: Ich möchte mich in diesem Zusammenhang nämlich sehr ausdrücklich bei Jörg Heydorn bedanken, der diese Einsetzung der Enquetekommission sehr engagiert vorangetrieben hat und der dann, finde ich, zu Recht auch als Vorsitzender der Enquetekommission dieses ganze Thema begleitet und vorangebracht hat. Vielen Dank, Jörg Heydorn!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD,
Torsten Koplín, DIE LINKE, und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Engagement für ein gutes Leben im Alter in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren, hat in erster Linie etwas mit dem Respekt vor den Lebensleistungen der älteren Menschen in unserem Bundesland zu tun. Und von diesem Gedanken getragen haben wir, glaube ich, in den vergangenen Jahren in der Enquetekommission – in meinen Augen auch in äußerst angenehmen, konstruktiven, kooperativen und kollegialen Beratungen – diesem Thema, den Älteren in unserem Land Respekt zu zollen, Rechnung getragen.

Wir als Enquetekommission haben gemerkt – das ist ja nicht immer selbstverständlich und in diesem Fall besonders wohltuend –, dass die Themensetzung den Nagel auf den Kopf getroffen hat: beim Thema „Wohnen“, beim Thema „Mobilität“, beim Thema „Gesundheit/Pflege“ und „Ehrenamt, Teilhabe“. Das sind Themen, die aktuell in den Gemeinden, die in den Landkreisen und kreisfreien Städten und natürlich auf Landesebene hoch und runter diskutiert werden. Und wir haben mit der Enquetekommission und mit den Formaten der Enquetekommission, aber natürlich auch – Kollege Dr. Al-Sabty ist darauf eingegangen – als Fraktionen mit unseren Arbeitsgruppen überall im Land offene Türen vorgefunden und viele Menschen angetroffen, die bereit waren und die Lust darauf hatten, diese Themen mit uns zu diskutieren, und die auch gespannt waren. Dann ist das, finde ich, wirklich ein hervorragendes Zeichen dafür, dass man mit einer Enquetekommission und mit dem Thema in der richtigen Spur ist und genau die richtigen wichtigen Fragen für die Zukunft unseres Landes aufgerufen und diskutiert hat.

Wir sind der Auffassung, diese Enquetekommission kam genau zum richtigen Zeitpunkt. Gemerkt haben wir vor allem eins, nämlich dass die Situation bei dem demografischen Wandel in Mecklenburg-Vorpommern natürlich nicht überall gleich ist, sondern dass es große Unterschiede gibt und dass es eben nicht hilft, wenn möglicherweise ein berufener demografischer Mund sagt, na ja, Moment, so ist das alles gar nicht in Mecklenburg-Vorpommern, da ist dieser Trend der demografischen Entwicklung abgeschwächt oder hat sich umgekehrt. Eine Sache darf es nicht bedeuten, meine Damen und Herren, dass die Fragen aufkommen: Sind denn die Handlungsempfehlungen, die Maßnahmen, die die Enquetekommission vorgeschlagen hat, überhaupt tauglich? Sind sie angemessen, um zu reagieren?

Deshalb möchte ich die Aussprache zum Abschlussbericht auch noch mal nutzen und klarmachen, die Situation ist äußerst unterschiedlich. Wenn wir sagen, wir haben die richtigen Antworten, um die demografische Entwicklung passgenau zu begleiten, dann ist die erste Voraussetzung, sich in jeder Region, wirklich bis zur gemeindlichen Ebene, die Situation mit den Menschen, die dort vor Ort aktiv sind, sehr genau anzuschauen und eben keine pauschalen Lösungen anzubieten und zu sagen, das passt überall in Mecklenburg-Vorpommern.

Deshalb verstehen wir den Endbericht und die Maßnahmen, die die Enquetekommission vorschlägt, auch nicht als die endgültige Antwort auf alle Fragen, die sich im Bereich der Enquetekommission stellen, sondern wir verstehen diesen Abschlussbericht eher als einen sehr großen Werkzeugkoffer an gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen für ein gutes Leben im Alter. Wir als Enquetekommission, aber natürlich auch wir als SPD-Fraktion wünschen uns, dass nun möglichst viele Menschen im

Land, in den Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden diesen Werkzeugkoffer mit uns gemeinsam zur Hand nehmen,

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

genau die Werkzeuge entnehmen, die auf die Probleme vor Ort zugeschnitten sind, und mit uns gemeinsam zur Anwendung bringen. Viele solche wirklich hochwertigen, ausdifferenzierten und in unseren Augen tauglichen Werkzeuge sind in diesem Abschlussbericht enthalten. Deshalb freuen wir uns auch darauf, diese gemeinsam in den Ebenen im Land, in den Landkreisen und kreisfreien Städten politisch zur Anwendung zu bringen.

Ich erspare mir an dieser Stelle ein Koreferat zu den einzelnen Themenfeldern der Enquetekommission. Das hat unser Kollege Heydorn eingangs schon sehr ausführlich getan. Die Kolleginnen und Kollegen haben das ergänzt. Das ist ja auch das Schöne an so einem Abschlussbericht einer Enquetekommission, alle Dokumente, alle Gutachten sind jederzeit öffentlich zugänglich, nicht zuletzt auf den Webseiten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Wir wünschen uns, dass dieser große Schatz an Informationen rege genutzt wird.

Ich schließe mich dem Dank der Vorrednerinnen und Vorredner an. Wir haben diese Zusammenarbeit mit allen, mit den Expertinnen und Experten, den Referentinnen und Referenten, den Gutachtern, den Kolleginnen und Kollegen im Sekretariat, bei uns in der Fraktion, vor Ort in den Lupenregionen, bei den vielfältigen Veranstaltungen, die wir auch als Arbeitsgruppe in allen Teilen des Landes gemacht haben, als sehr angenehm, ausgesprochen angenehm empfunden. Vielen Dank dafür. Sie alle können sich sicher sein, dass Sie einen Beitrag dazu geleistet haben, dieses wichtige Thema „gutes Leben im Alter in Mecklenburg-Vorpommern“ hervorragend auszubuchstabieren und vor allen Dingen auch für die Zukunft handhabbar aufzubereiten.

Wie gesagt, wir wünschen uns, dass wir mit den Maßnahmenempfehlungen der Enquetekommission nun in den Landkreisen und in den kreisfreien Städten, in den Gemeinden, aber auch auf Landesebene gemeinsam weiter daran arbeiten, dass wir dieses gute Leben im Alter in Mecklenburg-Vorpommern Wirklichkeit werden lassen. Wir stehen dafür bereit, und wir freuen uns auf die gemeinsame Zusammenarbeit. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Barlen.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gajek für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sie haben es gehört, über gut viereinhalf Jahre sind wir nun in der Enquetekommission miteinander älter geworden und hoffentlich auch reifer – in Würde, denke ich. Das meiste kann sich jedenfalls sehen lassen.

Auch ich möchte mich herzlich bedanken, insbesondere bei meinem Kollegen Jörg Heydorn, der uns mit der ihm

eigenen Art, mit seiner manchmal doch sehr charmanten Art wieder zusammengebracht hat, wenn wir bei bestimmten Themen sehr kontrovers diskutiert haben. Alle, die dabei waren, wissen, was ich meine. Aber, lieber Jörg, mir persönlich hat das sehr viel gebracht, gerade das ressortübergreifende Arbeiten. Mein Dank gilt auch den anderen Kolleginnen und Kollegen, dem Sekretariat, unseren Referenten – sie sind ja schon namentlich genannt worden –, den Gutachtern, wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten und der Verwaltung.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Gemeinsam konnten wir besonders in den beiden existenziellen Themenfeldern „Mobilität im Alter“ und „Gesundheit und Pflege im Alter“ dem Landtag zukunftsweisende Handlungsempfehlungen vorlegen. Gewiss wäre meine Fraktion in so manchem Punkt gerne weitergegangen, doch die allseitigen Bemühungen der demokratischen Fraktionen um gute Kompromisse waren für uns eigentlich immer greifbar.

Umso mehr enttäuschte uns die Landesregierung, die die Vereinbarungen zum Schienenerhalt und zu einer integrierten regionalisierten und partizipativen Gesundheitsversorgung mitten in den Verhandlungen kurzerhand zur Makulatur erklärte und mit der Teilschließung der Südbahn sowie mit den Abteilungsschließungen im Krankenhaus Wolgast Fakten schuf, die Sinn und Wortlaut unseres Konsenses in wirklich krasser Weise widersprechen. Da hat Ihre Glaubwürdigkeit gelitten, liebe Landesregierung und liebe Koalitionsfraktionen.

Wenn ich nun Bilanz ziehe, bedauere ich auch sehr, dass der gesamte Schwerpunkt zur gesellschaftlichen Teilhabe geopfert wurde. Der bloße Verweis auf seine Mitbehandlung in den übrigen Berichten trifft aber bestenfalls auf den Bereich der sozialen Teilhabe zu. Alle unsere Vorschläge zur politischen Teilhabe sowie zur kulturellen Teilhabe kamen nicht einmal zur Sprache. Ein ganzer Themenschwerpunkt fiel somit unter den Tisch. Mit der Teilhabe geizt unsere großartige Koalition, besonders mit der politischen, und mit der kulturellen sowieso. Zur Sicherung von kultureller Bildung, Teilhabe und Daseinsvorsorge hat die demokratische Opposition deshalb ein gemeinsames Sondervotum vorgelegt. Denn uns erscheint die breite Teilhabe an einer vielseitigen Kunst und Kultur die beste Investition in die Zukunft. Was wir dort einsetzen, spart langfristig Mittel zur Wirtschaftsförderung sowie Sozialkosten. Zugleich ist damit eine solidarische und demokratische Rendite zu erwarten.

So könnten etwa auch Artists-in-Residence-Programme verbunden mit einem Leerstandsmanagement für kulturelle Zwischennutzung von kommunalen Immobilien städtische Quartiere und ländliche Räume beleben, aufwerten und die kulturelle Teilhabe auch der älteren Bevölkerung deutlich erhöhen. Ähnliches gilt für die politische Teilhabe der Jüngeren mit Effekten für die Älteren. Da die nachfolgenden Generationen von den Fragen der politischen Zukunftsgestaltung häufig am stärksten betroffen sind und im demografischen Wandel bereits hohe Verantwortung für ihre jeweiligen Eltern- und Großeltern- generationen tragen, ist es sinnvoll, junge Menschen so früh wie möglich an Entscheidungen, die sie betreffen, teilhaben zu lassen. Deshalb wollten wir ja die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf das vollendete 16. Lebensjahr herabsetzen.

Auch über die verschiedenen Formen der Zivilcourage sowie den gesetzlichen Rahmen zu ihrem rechtlichen Schutz, vom engagierten Eintreten für die verfassungsmäßigen Rechte jedes Mitmenschen bis hin zum zivilen Ungehorsam gegenüber dem Missbrauch von politischer oder wirtschaftlicher Macht, muss bereits in den allgemeinbildenden Schulen, aber auch in der Öffentlichkeit wirksam aufgeklärt werden. Auch das bürgerschaftliche Engagement von sogenannten Whistleblowern braucht eine breite gesellschaftliche Debatte und Aufklärung darüber, wie sich Informanten, die illegale und unrechtmäßige Zustände oder Vorgänge in Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft öffentlich machen, rechtlich strafbar machen beziehungsweise ob sie vor Strafverfolgung zu schützen sind und Asylrecht genießen.

Vor allem aber protestieren wir gegen die mehrheitliche Aufnahme einer strittigen Handlungsempfehlung ins Hauptvotum gegen unser ausdrückliches Votum. In den bisher konsensorientierten Verhandlungen der Enquetekommission bildet das eine traurige Ausnahme, zumal es sich dabei um eine entscheidende Weichenstellung für das Land handelt. Wenn gefordert wird, ich zitiere: „Dort wo kein seniorengerechtes Wohnumfeld mehr aufrechtzuerhalten ist, müssen Ältere, die einen Wohnortwechsel wünschen, bei einem Umzug unterstützt werden“, nachzulesen auf Seite 141, dann wird damit erklärt, dass Lebenssituationen, also Orte beziehungsweise Räume, möglich werden, in denen kein seniorengerechtes Wohnumfeld mehr aufrechtzuerhalten ist.

Mit dem Angebot einer Umzugsunterstützung für solche Fälle würde der Staat folglich unter bestimmten Umständen seine Verpflichtung zur Daseinsvorsorge im Rahmen des Sozialstaatsprinzips veräußern. Dies ist laut Bundesverfassungsgericht jedoch eine Leistung, ich zitiere, „derer der Bürger zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz unumgänglich bedarf“, und bleibt daher aus unserer Sicht verfassungsrechtlich unveräußerlich. Mit der Orientierung an immerhin veränderlichen Orten oder Räumen statt an den tatsächlichen Bedürfnissen verfehlt die zugesagte Unterstützung außerdem möglicherweise ihr Ziel. Überdies erscheint die rechtssichere Definition solch eines Anspruchs wie seine geregelte Administration in der Praxis undurchführbar. Im Grundsatz werden damit aber Räume definierbar, aus denen sich die staatliche Verantwortung selbst für die bloße Daseinsvorsorge und Aufrechterhaltung kritischer Infrastrukturen nach und nach zurückziehen kann.

Es ist für uns inakzeptabel, dass, ich zitiere, „hilfebedürftige Seniorinnen und Senioren, die in einen zentralen Ort umziehen möchten, in dem bessere Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben gegeben sind, organisatorisch und finanziell dabei unterstützt werden (müssen)“, wie bereits im Kommissionsbericht zum Themenfeld „Mobilität im Alter“ konsentiert – das ist damals auf der Seite 48 gewesen –, und steht dem eben nicht entgegen. Diese Forderung geht weiter als jene, die nun im Themenfeld „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ verabschiedet wurde, indem sie sich am Bedarf, und darum geht es, am Bedarf der Betroffenen orientiert. Sie ist verwaltungsrechtlich im Rahmen der Sozialgesetzgebung operabel und kommt dabei der staatlichen Verpflichtung zur Daseinsvorsorge nach. Hierfür haben wir uns leider vergeblich ausgesprochen.

Wir werden weniger, älter und bunter, sagen die Experten. Bereits zur Einsetzung dieser Enquetekommission

hat meine Fraktion den Änderungsantrag zum Antrag der Fraktionen der SPD und CDU gestellt, den demografischen Wandel in unserem Land generationsübergreifend zu behandeln, schließlich werden wir alle älter, jedenfalls in der Perspektive der Enquetekommission bis 2030 und im Rahmen der damals schon vorliegenden Bevölkerungsprognosen bis 2060 allemal. Da mussten und konnten wir dieses in jedem Themenfeld erneut unter Beweis stellen:

So sind von den Maßnahmen für einen barriere reduzierten Wohnungsbau und -umbau auch jüngere Mieter und Besitzer betroffen.

So müssen Mobilitätslösungen auch für jüngere Menschen ohne Zugang zum Pkw gefunden werden.

So können wir nicht einfach Geburtenstationen sowie kinder- und jugendmedizinische Abteilungen durch Geriatrien ersetzen.

So hängt die Arbeitsfähigkeit im Alter ganz entscheidend vom Ausbildungsgang und der Berufslaufbahn in jungen Jahren ab.

So gilt Vergleichbares für eine früh ausgebildete Engagementbereitschaft.

So ist es um die Teilhabe Jugendlicher im Land noch schlechter bestellt als um die der Alten.

So gilt die Daseinsvorsorgepflicht des Staates eben für alle Generationen.

Für all das braucht es Nachwuchs und qualifizierte Berufstätige, die die älter werdende Gesellschaft dann versorgen und die notwendigen Renten- und Versicherungsbeiträge erwirtschaften. Außerdem wird der Wandel, vor dem wir stehen, ohne den Gesellschaftsvertrag für ein Miteinander der verschiedenen Altersgruppen nicht zu bewältigen sein. Nur wenn alle Generationen berücksichtigt sind, angesprochen werden und beteiligt sind, können wir Generationengerechtigkeit überhaupt verwirklichen.

Wir haben vorgeschlagen, dies, wie in Enquetekommissionen durchaus üblich, in Arbeitsgruppen und unter stärkerer Einbindung der Sachverständigen zu leisten. Doch dafür fehlte der Koalition das Vertrauen. Indem wir nun unsere Themenfelder der Reihe nach abarbeiten, geriet die Enquetekommission unter erheblichen Zeitdruck, wie sich das am Rhythmus der Themendichte der Kommissionsberichte ablesen lässt. Der erste Zwischenbericht erschien mit nur einem Themenfeld im Frühjahr 2014, zwei Jahre nach der Einsetzung. Der zweite Zwischenbericht im Herbst 2015 behandelte ein knappes Jahr vor Legislaturende bereits zwei Themenfelder und im Abschlussbericht, der Ihnen nun zur letzten Landtagssitzung vorliegt, drängen sich drei eilig abgehandelte Themenfelder.

Das Nachsehen bei dem steigenden Pensum hatten besonders die kleinen demokratischen Fraktionen. Unter einer Großen Koalition ist das die gesamte demokratische Opposition. Die NPD kann hier getrost ausgenommen werden, da sie außer höchst dürftigen Sondervoten nicht einen einzigen konstruktiven Beitrag zur Arbeit der Enquetekommission geleistet hat.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es liegt ja auch gar nicht in ihrem Interesse, denn der Rückzug öffentlicher Versorgungsstrukturen aus schrumpfenden Regionen bietet gerade Standortvorteile für rechts-extreme und rechtspopulistische Geschäftsmodelle. Unser ganzes Engagement in der Enquetekommission und für die ländlichen Räume gilt deshalb zugleich der Aufgabe, Ihnen und Ihresgleichen diesen Nährboden zu entziehen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Umso wichtiger ist es besonders für die strukturschwachen ländlichen Räume, hier weiterzuarbeiten und dabei endlich auch die anderen Generationen in den Blick zu nehmen und aktiv einzubeziehen. Insofern begrüßen wir, dass die Initiative von „Jugend im Landtag“ aus dem vergangenen Jahr, nämlich eine Enquetekommission „Jung sein in M-V“ einzurichten, nun ernsthaft diskutiert wird. Hier muss es darum gehen, auch Jugendlichen eine frühere und größere politische Teilhabe einzuräumen, das zivile Engagement junger Menschen wirksam zu fördern, den Familienhintergrund von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu stärken, ihre Bildungschancen und ihre Gesundheitsversorgung deutlich zu verbessern, ihre konkrete, ebenso wie ihre digitale Mobilität entscheiden zu erhöhen und nicht zuletzt die Zuwanderung und Rückwanderung junger Familien sowie ihre Integration klar zu priorisieren. Eine solche Enquetekommission hat unsere volle Unterstützung.

Ich blicke jetzt noch einmal in die nächste Legislaturperiode und hoffe, dass wir die Handlungsempfehlungen, die wir auf den Weg gebracht haben,

(Heinz Müller, SPD: Mutig!)

dann ernsthaft umsetzen.

Mutig! Ich hoffe, die Landesregierung hat dann den Mut, das anzupacken. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Es gab nach dem Einsetzen der Enquetekommission die eine oder andere Kritik an der uns selbst auferlegten Arbeitsweise. Ich rede da in erster Linie von den Grundlagenexpertisen. Es hieß am Anfang, wir haben hier Material en masse, wozu brauchen wir dann noch mal extra Gutachten und Grundlagenexpertisen, das ist doch rausgeschmissenes Geld. Aber dem war, wie Sie alle wissen, keinesfalls so, ganz im Gegenteil. Durch diese Erarbeitung einer gemeinsamen Grundlage unserer Diskussionen traten doch ganz schön viele Dinge und Aspekte zutage, die so nicht jedem geläufig waren. Alleine die Feststellung, dass wir 84 engagementunterstützende Infrastruktureinrichtungen zu verzeichnen haben, war, glaube ich, so vorher niemandem bekannt. Ich habe zwischenzeitlich gelernt, nachdem wir das Thema „Wohnen im Alter“ abgeschlossen hatten, dass es über 200 Möglichkeiten gibt, Förderung für Umbaumaßnahmen, für barrierefreies Wohnen zum Beispiel, in Anspruch zu nehmen. Das habe ich vorher nicht gewusst, wie so einiges, was da an neuen Erkenntnissen aufgeschlagen ist.

Frau Gajek, wenn Sie sagen, dass Ihnen einige Ihrer Anregungen in dem Abschlussbericht fehlen, weil Sie sich damit nicht durchsetzen konnten,

(Egbert Liskow, CDU: Warum eigentlich nicht?)

möchte ich nur zu zwei Dingen etwas sagen. Zum einen, denke ich mal, wenn man sich die Empfehlungen der Enquetekommission anschaut, so nützen sie jedem. Sie nützen der Mutter mit dem Kinderwagen genauso viel wie dem Rentner mit dem Rollator und auch Leuten, die vielleicht ohne Auto auf dem Land leben und Probleme damit haben, hin- und herzukommen. Die Empfehlungen der Enquetekommission sind für die gesamte Gesellschaft wichtig.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Na ja.)

Und wenn Sie hier noch mal explizit angesprochen haben, dass Sie andere Vorstellungen davon hätten, wie man mit leeren Räumen umgeht, es also nicht fördert, dass umzugswillige Personen unterstützt werden, damit sie in Zentren ziehen können, sondern im Gegenteil – und das hatten Sie ja im Laufe der Zeit vorgeschlagen –, dass man eher die Besiedlung leerer Räume unterstützt, das ist eine Position, mit der Sie sich nicht durchsetzen konnten. Auch in der Enquetekommission werden natürlich Mehrheitsentscheidungen getroffen.

Unser Leitziel, Senioren soll ein langes, selbständiges und selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglicht werden, haben wir hier mit vielen Vorschlägen und Handlungsempfehlungen, denke ich mal, eindrucksvoll unterstützt. Wir haben seitens der SPD auch Teile davon bereits in unser Regierungsprogramm mit aufgenommen. Ich gehe davon aus, dass die anderen Fraktionen das ebenfalls gemacht haben.

Ich möchte auch gar nicht noch mal wie Frau Friemann-Jennert oder Sie – na ja Hikmat hat sich da sehr zurückgehalten –

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zu den ersten Zwischenberichten Stellung nehmen, sondern ich möchte einfach nur ganz wenige Feststellungen zum Abschlussbericht treffen. Und zwar, Hikmat hat es ein wenig bedauert, dass sich einige Positionen, die er besonders gut fand, auch für Langzeitarbeitslose, in diesem Papier nicht wiedergefunden haben.

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE:
Nein, Zuwanderung!)

Also, Hikmat, ich bin sehr froh – da bedanke ich mich ausdrücklich bei der CDU –, dass wir sehr, sehr viele Maßnahmen hineinbekommen haben, womit ich erst mal gar nicht gerechnet hatte. Es waren gute Vorschläge und sehr viele haben hier tatsächlich Eingang in dieses Papier gefunden.

Was ich auch sehr gut finde, ist, dass wir uns bei den Positionen „Ältere am Arbeitsmarkt“ in vielen Bereichen geeinigt haben. Also wir sind uns doch einig, dass die Menschen, solange sie wollen, auch arbeiten können sollen. Sie sollen vernünftig gesund erhalten werden, sie sollen nicht in die Frühverrentung geschickt werden, und

natürlich sollen sie nur länger arbeiten, als nötig ist, wenn sie das wollen, und nicht, weil sie es müssen, weil die Gehälter so schlecht waren und die Renten dann entsprechend niedrig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist hier ganz viel zu den einzelnen Punkten gesagt worden, deswegen – Sie wissen ja, ich neige nicht zu Wiederholungen –: Die Ausgaben für die Enquetekommission waren absolut gerechtfertigt, absolut keine Verschwendung. Verschwendet waren nur die Gelder, die der NPD zugeflossen sind, weil sie auch in dieser Kommission dadurch geblüht hat, dass sie absolut nicht mitgearbeitet hat.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die NPD war auch folgerichtig die einzige Fraktion, die, weil sie sich offensichtlich niemals Gedanken gemacht hat, dagegen gestimmt hat, gegen den Abschlussbericht, ansonsten haben wir ihn in der Kommission einstimmig beschlossen. Dafür möchte ich mich noch mal bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und hoffe, dass wir in den nächsten Jahren möglichst viele dieser Handlungsempfehlungen umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die angeblich demokratischen Fraktionen tun hier so, als ob sie wirklich Demokratie haben wollen.

(Heiterkeit bei Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Aber Sie!
Aber Sie sind demokratisch, Herr Köster?! –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Ihnen ist aber bekannt, dass wir von der NPD-Fraktion den Arbeitsauftrag – in Anführungsstrichen – für die Enquetekommission als absolut unzureichend empfinden und dass wir mit einem Antrag zu Beginn der Aufnahme der Arbeit – in Anführungsstrichen – der Enquetekommission die Enquetekommission so umwandeln wollten, dass sie sich dem Leben in Mecklenburg-Vorpommern widmet, dadurch Generationengerechtigkeit entfaltet und einen Sinn hat. Sie haben sich dem Sinn für die Aufgabe der Enquetekommission entzogen. Wir wollten eine Ausrichtung für die Zukunft, Sie leben in der Vergangenheit.

(Heinz Müller, SPD: Ach ja?! –
Julian Barlen, SPD: Glauben Sie das wirklich,
oder was? – Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Martina Tegtmeier, SPD)

Die Handlungsempfehlungen, die die Enquetekommission im vorliegenden Abschlussbericht bei Gegenstimme der NPD beschlossen hat, sind aus unserer Sicht ein Beleg, Frau Tegtmeier, für die Orientierungslosigkeit der Verantwortlichen sowohl in der Landesregierung als auch in den sogenannten Oppositionsfraktionen LINKE und GRÜNE. Frau Tegtmeier, tun Sie doch nicht so, als wenn, wenn von der NPD ein Antrag oder ein Vorschlag gekommen wäre,

(Martina Tegtmeier, SPD: Da ist nichts gekommen, gar nichts!)

dass Sie überhaupt sachlich darüber diskutiert hätten!

(Udo Pastörs, NPD: Das ist der Punkt! Heuchelei!)

Sie sind eine so große heuchlerische Bande

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und versuchen hier den Bürgern etwas vorzugaukeln ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Köster! Herr Köster, unterbrechen Sie bitte!

Ich dachte, ich hätte das in der Vergangenheit ausreichend ausgeführt. Ich weise Ihre Bemerkung zum Parlament als unparlamentarisch zurück und mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie im Wiederholungsfalle einen Ordnungsruf erhalten. Jetzt können Sie fortfahren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin, ich nehme das Wort „Bande“ zurück. Ich glaube, Banden, die haben wenigstens noch einen Gemeinsinn.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Das Hauptproblem der Arbeit der Enquetekommission liegt darin, dass diese Handlungsempfehlungen häufig reines Wunschdenken darstellen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die mit den realen Problemen vieler Senioren wenige Gemeinsamkeiten haben. Anstatt die Probleme hier im Land an der Wurzel des Übels zu bekämpfen, wird der hilflose Versuch unternommen, die Auswirkungen einer lebensfeindlichen Politik zu mildern und zu verwalten.

Aus Sicht der NPD-Fraktion müsste nicht das Reagieren auf absehbare Folgen einer vergreisenden Gesellschaft, sondern das Agieren in Form der Gestaltung der Gegenwart für die Zukunft, konkret zum Beispiel in der Förderung von deutschen Kindern und Familien, die Pflicht und somit die Aufgabe einer verantwortungsvollen Regierung sein.

Die Mehrheit der Enquetekommission hat sich mit der Überalterung unserer Heimat, die verharmlosend als „demografischer Wandel“ bezeichnet wird, abgefunden, anstatt sich dem sich auf alle Lebensbereiche auswirkenden Problem der Überalterung mittel- bis langfristig zu widmen und eine lebensbejahende, verjüngende Politik umzusetzen. Unsere Heimat benötigt aus Sicht der NPD-Fraktion dringend eine Familienpolitik, die diesen Namen auch verdient.

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Aus diesen Gründen hat die NPD-Fraktion am 12. Oktober 2012 beantragt, dass sich die Enquetekommission zwingend neben der sehr wichtigen Sicherstellung des Lebens in Würde im Alter auch mit der Familien- und Geburtenförderung auseinandersetzen und Lösungsvorschläge erarbeiten muss. Eine Mehrheit im Ausschuss hat seinerzeit und wohl auch bis zum heutigen Tage die

Notwendigkeit einer Familien- und Geburtenförderung nicht erkannt.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist der Kardinalfehler.)

Mit dieser Unkenntnis muss sich jedes Mitglied der Enquetekommission persönlich auseinandersetzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Für die NPD-Fraktion ist eine Politik, die allen Generationen den erforderlichen Stellenwert einräumt, die Voraussetzung für ein wirkliches Miteinander der Generationen. Wenn unsere Familien durch bessere Lern-, Lebens- und Arbeitsbedingungen eine Perspektive in unserem Land erhalten und auskömmliche Löhne die jeweilige persönliche Sicherheit gewährleisten, wird das Ja zum Kind nachhaltig unterstützt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Eigene Kinder sind der einzige Lösungsweg, um einerseits der Überalterung entgegenzuwirken und andererseits eine Infrastruktur sicherzustellen, die allen Generationen ein Leben in Würde bietet.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Mehrheit der Enquetekommission hat es zumindest grob fahrlässig unterlassen, das Themenfeld „Älterwerden in Mecklenburg-Vorpommern“ mit der Familien- und Geburtenförderung zu verknüpfen und somit ein Lebensumfeld für alle Generationen gestalten zu wollen. Anstatt sich dieser Aufgabe zu stellen, befasste sich die Enquetekommission mit der Entleerung ländlicher Räume und nahm diese als gegeben hin. Nicht der Ausbau und die Instandhaltung der Infrastruktur und das Verbleiben älterer Menschen in ihrer gewohnten Umgebung standen im Vordergrund der Arbeit – auch wieder in Anführungsstrichen – innerhalb der Kommission, sondern die Verwahrung in großen Pflegeheimen oder betreuten Wohnanlagen in den Zentren.

Deutschland vergreist und hat europaweit mittlerweile die älteste Bevölkerung. Hinzu kommt, dass die Bundesrepublik Deutschland, bezogen auf die Bevölkerung insgesamt, mit acht Kindern je 1.000 Einwohner die niedrigste Geburtenrate weltweit aufweist. Nur der Vatikan dürfte eine deutlich niedrigere Geburtenrate haben.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD – Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Kommission ließ die Gelegenheit verstreichen, allen Generationen gerecht zu werden. „Eltern werden anstatt Älter werden“, so hätte aus Sicht der NPD-Fraktion der Auftrag der Enquetekommission lauten müssen. Dieser Vorschlag von Dr. Weiß während der letzten Sitzung am 3. Juni 2016 sollte Leitsatz der Handlungsempfehlungen sein. Leider kann Herr Dr. Weiß bei diesem Ansatz wohl nur auf die Unterstützung der NPD-Fraktion vertrauen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Darauf verzichtet er gerne. – Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Aber auch die zunehmende Altersarmut in unserer Heimat ...

Herr Barlen, Sie waren doch so gut wie nie da. Was quatschen Sie hier überhaupt rum?

(Julian Barlen, SPD: Da haben Sie wohl was verwechselt irgendwie?! Sie verwechseln uns! – Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

Aber auch die zunehmende Altersarmut in unserer Heimat ist die Folge einer Politik, die die Lebensleistung der älteren Generation unseres Volkes immer weniger würdigt und durch soziale Einschnitte deren Lebensabend zunehmend gefährdet, denn immer mehr Landsleute rutschen unverschuldet in die Altersarmutsfalle. Bereits heute ist jeder Vierte in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen von Altersarmut bedroht. Jeder Dritte hat erhebliche Angst davor, im Ruhestand zu verarmen. Schon jetzt sind viele Senioren vom Bezug des Wohngeldes betroffen. Trotz eines langen Erwerbslebens auf Sozialleistungen angewiesen zu sein, sieht so ein Lebensabend in Würde aus? Selbst Normalverdienern droht in unserer Heimat schon bald die Altersarmut. Ein durchaus hohes Bruttomonatsgehalt von 2.500 Euro und 35 Beitragsjahre sollen nur dazu reichen, ab dem Jahre 2030 eine Monatsrente auf Sozialhilfeniveau in Höhe von 688 Euro zu beziehen.

Mecklenburg-Vorpommern ist das Niedriglohnland der Bundesrepublik Deutschland und das ist Ihr Verdienst. Jahrelang warben die Vertreter der Landesregierung mit den Hungerlöhnen. Die Konsequenzen stellen für jeden Betroffenen eine schwere Belastung dar. Ist das gerecht? Die Regierungsparteien sind ganz genau darüber informiert, dass vielen Arbeitnehmern die Altersarmut droht. Warum reagieren sie aber nicht?

Stattdessen hat der Bundestag vor Jahren mit der Herabsetzung des Rentenniveaus beschlossen, dass noch mehr Rentner eine Rente unterhalb der Armutsgrenze erhalten werden. Dennoch stellen diese Entscheidungen wohl noch nicht das Ende der Fahnenstange dar, denn die Bundestagsparteien planen weitere Einschnitte für die künftigen Rentner. Die Diskussion um die Verlängerung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre zeigt auf, wohin die Reise gehen soll. Gleichzeitig können die Bundestagsabgeordneten, je nach Dauer der Parlamentszugehörigkeit, bereits mit 56 Jahren abschlagsfrei in Pension gehen.

(Udo Pastörs, NPD: Wahnsinn!)

Ganz eindeutig haben wir ein Mehrklassensystem, das unverzüglich beendet werden muss!

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Im Übrigen verweise ich auf die Sondervoten unserer Fraktion in den jeweiligen Zwischenberichten.

Ich möchte noch mal deutlich machen: Sie tun hier so, als ob Sie arbeiten, arbeiten tun die Bürger draußen. Sie sitzen auf Ihrem faulen Hintern.

(Martina Tegtmeier, SPD: Sie müssen nicht von sich auf andere schließen!)

Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU: Gucken Sie mal Ihren Hintern an! Ein fauler brauner! – Manfred Dachner, SPD: Genau.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das, was wir gerade gehört haben, war ja im Wesentlichen das, was wir kennen,

(Udo Pastörs, NPD: Das war die Wahrheit!)

nämlich vorgetragene Beschimpfungen und Dinge,

(Stefan Köster, NPD: Wie begegnen Sie denn der Altersarmut? Durch gerechte Löhne?)

die einfach so nicht stimmen. Also die Aussage zu treffen, die Kommission guckt nach hinten und wir gucken nach vorne, ist einfach Quatsch. Quatsch! Wir haben im Jahr 2008 in Mecklenburg-Vorpommern 80.000, nein, 70.000 Menschen gehabt, die 80 Jahre alt waren und älter. Im Jahr 2022 oder 2023 werden es rund doppelt so viele sein. Die Menschen sind da, also die ältere Bevölkerung ist da, die muss man nicht importieren und die fällt auch nicht vom Himmel, die ist da.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich finde es sehr verantwortungsvoll, wenn wir sagen, das ist für uns ein wesentliches Thema. Und wenn Sie sich schon mal irgendwie mit dem demografischen Wandel bei uns in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt hätten, dann müssten Sie wissen, dass dieser demografische Wandel irgendwann auch wieder anders aussieht.

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

Im Augenblick haben wir die Situation – das gilt sowohl für Mecklenburg-Vorpommern als auch für die ganze Bundesrepublik und das restliche Europa –, dass die sogenannte Babyboomergeneration zunehmend ins Alter kommt. Also ich bin Jahrgang 1957,

(Udo Pastörs, NPD: Dann sind Sie ja schon ganz schön alt.)

ich bin einer von denen, und wir sind viele, die jetzt in das Alter kommen und die da sind, wo man sich also Gedanken darüber machen muss, wie man damit umgeht.

(Udo Pastörs, NPD: Das kann man nur, wenn man dafür sorgt, dass auch welche nachkommen!)

Und, und, und ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Heydorn!

Herr Pastörs,

(Udo Pastörs, NPD: Ja?)

auch Ihrem Redner ist zugehört worden und ich erwarte von Ihnen, dass Sie Ihre Zwischenrufe, die ja eigentlich

eher ein Monolog sind, auf das entsprechende Maß reduzieren.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Wer hat ihm zugehört? Wer war das?)

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Pastörs, Sie haben dieser Tage hier vorne gestanden und uns gockelhaftes Verhalten vorgeworfen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Der hat nur schräges Zeug erzählt.)

Ich habe noch nie jemanden erlebt, der sich in ähnlicher Weise hier vorne hinstellt

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

und sich spreizt und meint, er wird hier von der Sonne beschienen,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

aber in der Regel nur dadurch auffällt, dass er unflätig wird und von den Dingen keine Ahnung hat.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Das muss man mal klar sagen.

Also die ältere Bevölkerung ist da und sie gibt es auch in ländlich peripheren Räumen.

Eines, denke ich, wird auch jedem einleuchten, der seine fünf Sinne beisammen hat, dass man nicht überall alle Angebote wird vorhalten müssen, und damit komme ich zu den GRÜNEN.

(Stefan Köster, NPD: Geben Sie doch zu, dass Sie den ländlichen Raum schon aufgegeben haben!)

Dass Sie sich insoweit in die Büsche schlagen wollen, das habe ich bei der letzten Kommissionssitzung schon mitgekriegt, und das wird hier noch mal richtig deutlich. Wir haben heute faktisch folgende Situation: Egal welche Zentren Sie sich angucken, ob Sie die Oberzentren nehmen, ob Sie die Mittelzentren nehmen oder auch die Grundzentren, wenn Sie fragen, was passiert, dann sagen Ihnen die Verantwortlichen, ältere Menschen ziehen zu. Und wenn man die älteren Menschen fragt, warum ziehen Sie dahin, dann sagen sie, weil ich da einen Arzt habe, weil ich da Einkaufsmöglichkeiten habe und weil ich da noch Begegnungsmöglichkeiten habe. Das können Sie doch nicht negieren!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das habe ich doch nicht gemacht.)

Und wenn jemand sagt, das ist im Grunde genommen ein Fakt bei uns in Mecklenburg-Vorpommern und wir wollen den Leuten helfen, wenn sie solche Entscheidungen treffen, wenn sie sagen, ich gehe dahin, wo ich noch eine Versorgung habe und wo ich nicht 25 Kilometer bis zum nächsten Hausarzt fahren muss, dann können Sie

uns doch nicht unterstellen, dass wir die ländlichen Räume aufgeben. Das ist doch bizarr! Das ist doch Unfug in Reinkultur und das muss an dieser Stelle auch noch mal gesagt werden. Wir sind hier nicht verantwortungslos. Wir wollen etwas für die Leute tun und nicht gegen die Leute.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Mit den Leuten! – Zuruf von
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mir noch mal Ihre Diskussion um das Krankenhaus Wolgast vergegenwärtige, das ist genau so eine Geschichte!

(Zurufe von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

Wir sind doch diejenigen, die konstruktiv Überlegungen anstellen, wie die medizinische Versorgung aufrechterhalten werden kann, und nicht nur so tun,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

uns unnütz auf die Galerie stellen und sagen, alles kein Problem, macht euch keine Sorgen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, das sind doch Vorschläge.)

wir GRÜNEN sind bei euch und tun alles,

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die anderen sind diejenigen, die es nicht wollen und es verhindern.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch Quatsch!)

Das finde ich unredlich in der politischen Auseinandersetzung und ich kann nur sagen, das fand ich keinen guten Auftritt hier, Frau Gajek. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Abschlussbericht der Enquetekommission auf Drucksache 6/5610 verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Abschlussbericht der Enquetekommission auf Drucksache 6/5610 verfahrensmäßig für erledigt erklärt worden mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Fraktion der NPD.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir unsere Beratung fortsetzen, gestatten Sie mir noch einige Worte.

Wir erhielten die traurige Nachricht, dass unser ehemaliger Kollege Georg Nolte im Alter von 74 Jahren verstor-

ben ist. Georg Nolte wurde am 2. Dezember 1942 in Leipzig geboren. Als Nachrücker kam er bereits in der 1. Wahlperiode in den Landtag. In der 2. Wahlperiode wurde Georg Nolte direkt in den Landtag gewählt, kandidierte nochmals für die 3. Wahlperiode und konnte sein Direktmandat verteidigen. Georg Nolte war als Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Frauen, als Vorsitzender des Finanzausschusses und als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses tätig und hat sich hier große Verdienste erworben. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Ich darf Sie nun bitten, sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben
sich von ihren Plätzen.)

Vielen Dank.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 96:** Beratung der Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern – 21. Bericht des Bürgerbeauftragten gemäß § 8 Absatz 7 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2015, Drucksache 6/5290, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses, Drucksache 6/5604.

Unterrichtung durch den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern
21. Bericht des Bürgerbeauftragten gemäß § 8 Absatz 7 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) für das Jahr 2015
– Drucksache 6/5290 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses (1. Ausschuss)
– Drucksache 6/5604 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Petitionsausschusses Herr Dachner.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Mit der Drucksache 6/5604 legt Ihnen der Petitionsausschuss nunmehr seine Beschlussempfehlung und seinen Bericht zum 21. Tätigkeitsbericht des Bürgerbeauftragten vor. Im Benehmen mit dem Ältestenrat wurde dieser Bericht zunächst in die mitberatenden Fachausschüsse überwiesen und dann in den federführenden Ausschuss, den Petitionsausschuss.

Wir haben also am 02.06. und am 23.06. zu diesem Bericht getagt und auch beraten, und während der Beratung des Petitionsausschusses am 2. Juni 2016 stellte uns der Bürgerbeauftragte seinen Bericht vor. Er führte aus, dass im Berichtszeitraum 2015 die Anzahl der neu eingegangenen Petitionen im Wesentlichen nicht gestiegen ist, sondern nur leicht. Wie schon in den vergangenen Jahren umfassen auch im Berichtszeitraum 2015 die vom Bürgerbeauftragten bearbeiteten Fälle im Bereich Sozialrecht und Soziales mehr als 50 Prozent. Sie betreffen vor allem die Bereiche des Arbeitslosengeldes II, der Grundsicherung und der Krankenhilfe sowie Entscheidungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Hierzu hat der Bürgerbeauftragte ausgeführt, dass seine Tätigkeit in diesen sozialrechtlichen Belangen zum überwiegenden Teil darin besteht, die Bürger zu informieren, sie zu beraten und Auskünfte zu erteilen. Diese Beratungsleistungen, die vor allem im Rahmen der vom Bürgerbeauftragten regelmäßig durchgeführten Sprechstage erbracht werden, bilden eine sinnvolle Ergänzung zur Tätigkeit des Petitionsausschusses. Und ich darf schon sagen, dass es eine sehr beachtliche Arbeit ist, 50 Prozent dieser gesamten Petitionen durch Sprechstage und auch telefonische Entgegennahmen zu bearbeiten, denn anders als beim Bürgerbeauftragten, der zu den überwiegend mündlich vorgebrachten Eingaben berät, prüft der Petitionsausschuss die zwingend schriftlich vorzubringenden Petitionen im Rahmen des Petitionsverfahrens.

Neben der Beratung in sozialen Angelegenheiten liegt ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Bürgerbeauftragten darin, die Belange behinderter Bürger wahrzunehmen. Als Gegenstand vieler Petitionen sind hier die Eingliederungshilfen, der Betreuungsschlüssel und die Mobilität sowie Betreuung behinderter Menschen zu nennen. Dabei zielte das Engagement des Bürgerbeauftragten im Berichtszeitraum auch darauf ab, ein weitestgehend barrierefreies Umfeld zu schaffen, was der Petitionsausschuss ausdrücklich begrüßt.

Naturgemäß gibt es immer wieder Themenbereiche, die sowohl vom Bürgerbeauftragten als auch vom Petitionsausschuss gemeinsam bearbeitet werden. Zu nennen sei hier beispielsweise die Umsetzung der Inklusion in den Schulen oder die Ausweisung neuer Windeignungsgebiete. Daneben gab es im Berichtszeitraum auch Einzelfälle, die der Bürgerbeauftragte dem Petitionsausschuss vorgebracht hat, da es ihm zuvor nicht gelungen war, ein für den Petenten zufriedenstellendes Ergebnis zu erreichen. Ich habe gestern von einem solchen Fall berichtet. Auch uns gemeinsam gelingt es manchmal nicht, dem Anliegen der Bürger zu entsprechen, und das bedauern wir sehr. Ich komme beim zweiten Teil der Rede noch einmal darauf zurück.

Der Petitionsausschuss spricht sich daher ausdrücklich für eine weitere gute Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen dem Bürgerbeauftragten und dem Petitionsausschuss – insbesondere bei thematisch gleichen Petitionen – aus, denn es ist das gemeinsame Ziel des Bürgerbeauftragten und des Petitionsausschusses, die Rechte der Petenten weiter zu stärken und zu gewährleisten, dass bei berechtigten Anliegen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um diesen Anliegen zum Erfolg zu verhelfen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie um Zustimmung zu Punkt I der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses und unter Punkt II empfiehlt Ihnen der Petitionsausschuss, den 21. Bericht des Bürgerbeauftragten verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. Auch für diesen Punkt bitte ich um Ihre Zustimmung.

Abschließend danke ich dem Bürgerbeauftragten und natürlich auch seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für eine gute Zusammenarbeit, die wir erleben durften. Aber auch dazu sage ich im zweiten Teil noch einiges deutlicher und mehr. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Dachner.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Die Fraktion der CDU hat gemäß Paragraf 86 unserer Geschäftsordnung beantragt, dem Bürgerbeauftragten im Rahmen der Aussprache das Wort zu erteilen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Matthias Crone.

Bürgerbeauftragter Matthias Crone: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Petitionsausschusses, vielen Dank für diese Einführung. Es ist sicher auch gut, dass der Bericht des Bürgerbeauftragten für das Jahr 2015 nach der bündigen Beratung in den Ausschüssen heute noch einmal abschließend hier behandelt werden kann. Eine Reihe von Themen des Berichts wurde ja dort erörtert und vertieft.

Ich bin dankbar, dass sehr zentrale und kardinale Themen auch in der vorgesehenen Entschließung des Landtages angesprochen werden. Den im Text enthaltenen Zuspruch für die Arbeit in den dort genannten Bereichen verstehe ich als Ermutigung und Auftrag, weiterhin gerade hier den Menschen besonders beizustehen. Das ist erstens die Beratung und Unterstützung von Hilfesuchenden im Bereich des Sozialrechtes. Der Jahresbericht weist ja aus, dass ein Großteil der Fälle in diesem Zusammenhang steht. Dieser Schwerpunkt entspricht auch dem gesetzlichen Auftrag.

Hervorheben möchte ich, dass wir zum Arbeitslosengeld II ein besonderes Beratungsangebot machen, das schon wegen der sehr komplexen Rechtslage mehr als sinnvoll ist. Ich will aber auch unterstreichen, dass es bei den sozialrechtlichen Problemen, die uns vorgetragen wurden, oft nicht nur um die richtige Rechtsanwendung, um den korrekten Verwaltungsvollzug geht – dazu haben Sie ja Beispiele im Bericht –, es geht in unserer Arbeit auch um solche Probleme, die schon im Gesetz angelegt sind und hier gelöst werden müssen.

Da ist es zu begrüßen, wenn deshalb derzeit der Bundesgesetzgeber Vereinfachungen beim Arbeitslosengeld II erreichen will, aber mir fehlen dann doch noch Verbesserungen bei den Regelungen etwa zur Vermögensverwertung. Diese Regelungen sollten regional differenziert sein. In einer Region des Landes war dies ja ein ganz großes Thema: Die Verwertung von Hausgrundstücken. Und hier zeigte sich natürlich, wir wussten es ohnehin, dass das Grundeigentum in einer Dorflage Vorpommerns doch anders zu bemessen ist als etwa in der Innenstadt Münchens.

Alle vier parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten Deutschlands waren sich auch – das will ich hier aktualisierend gerne ergänzen – darin einig, dass noch weitere Punkte im Sozialgesetzbuch II angefasst werden sollten, etwa die Abschaffung der schärferen Sanktionsregelungen für Arbeitslose unter 25, aber vor allem die vorzeitige Verrentung mit 63 Jahren. Es ist nur für die Statistik gut, Menschen so früh in die Rente zu schieben. Das treibt viele nach der Verrentung

tung dann doch wieder in die Sozialhilfe. Zumindest müsste die Grenze nach unserer Auffassung für die vorzeitige Rente von 63 Jahren schrittweise erhöht werden, entsprechend der Anhebung des Renteneintrittsalters sonst.

Zweites Thema des Beschlussvorschlages ist die Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Die Inklusion – wir hörten es vorhin – ist ein ganz großes Thema. Das ist schon von der Quantität her so, denn rund 180.000 Menschen unseres Landes haben amtlich anerkannt eine Schwerbehinderung. Das ist zahlenmäßig nun wahrlich keine Randgruppe mehr. Inklusion ist aber vor allem von der Qualität her ein großes Thema, denn sie umfasst viele Lebensbereiche und ganz existenzielle Belange. Da geht es eben nicht nur darum, ob Rollstuhlfahrer schwellenfrei die Straße überqueren oder Sehgeschädigte gut die Zustiegskante der Haltestelle ausmachen können, da geht es um Sicherung der Mobilität insgesamt. Da geht es auch darum, dass wir weitgehend barrierefreien Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellen, damit Menschen überhaupt vernünftig wohnen und leben können. Und da geht es ganz besonders um den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit.

(Regine Lück, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Diese Fragen haben im Berichtsjahr 2015 eine große Rolle gespielt, wie zuvor auch. Und sie haben nach meinem Eindruck auch eine wachsend aufmerksame Öffentlichkeit gefunden. Jetzt kommt es darauf an, dass wir immer schnelleren Schrittes die Voraussetzungen für Inklusion schaffen. Im Schulbereich konnten wir mit dem Strategiepapier der Landesregierung einen planvollen Schritt erleben, einen planvollen Fortschritt, aber bei den Ämtern, bei den konkreten Eingliederungsleistungen, gerade für Kinder mit Behinderungen, bleibt es in der Bedarfsfeststellung oft sehr schwierig, erst recht wenn verschiedene Behörden beteiligt sind. Entscheidungen wie aus einer Hand, das ist selbst dort noch Utopie, wo Jugendamt und Sozialamt im selben Haus sitzen. Hier erwarten wir dringend Hilfe durch das neue Bundesteilhabegesetz.

Auch in den Einrichtungen der Behindertenhilfe muss etwas getan werden, denn die Verhältnisse haben sich geändert, der Betreuungsschlüssel aber nicht. In den Wohnheimen leben heute überwiegend Schwerstbehinderte, die mehr Betreuung brauchen als früher.

Inklusion – man muss es noch einmal in das Bewusstsein heben – ist eben nicht nur eine große Aufgabe von der Qualität her, von der Quantität des Problems her, es ist auch ein Maßstab für die Humanität, die wir zu geben und zu leben bereit sind. Ich darf erinnern: Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist nicht erst ein Anspruch aus dem geschriebenen Recht – aus der UN-Konvention oder der Verfassung –, hier geht es im Kern um unveräußerliche Menschenwürde und Menschenrechte. Und deshalb werde ich diesen Auftrag besonders ernst nehmen, sei es die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt, sei es die Begleitung der schulischen Inklusion oder die Teilhabe an der Hochschule.

Drittens spricht der Bericht, die Beschlussempfehlung das Vertrauen in unser Land und in die Politik an. Vertrauen ist letztlich die Basis der Politik eines funktionierenden Gemeinwesens und natürlich auch des menschlichen Miteinanders. Und es gibt ja das Wort von der De-

mokratie als dem „Wagnis des Vertrauens“. Ich möchte, dass dieses Wagnis gelingt. Mir liegt daran, mit den Instrumenten des Bürgerbeauftragten, mit den Möglichkeiten dieses Amtes Vertrauen herzustellen.

Natürlich geschieht das zu einem Teil in unserer praktischen Arbeit durch Auskünfte, durch Herstellen von Transparenz, durch Darlegung der Rechtslage, durch vermittelnde Gespräche. Zum anderen Teil gehören aber eben auch Nachprüfung und Kritik an falschen Entscheidungen und an falschen Grundhaltungen dazu. Wo Falsches korrigiert und verbessert wird im Kleinen und im Großen, da kann Vertrauen wieder wachsen. Lösungsorientierung und Bereitschaft zur Beteiligung an Entscheidungsprozessen schaffen Vertrauen, Hoheitsdenken und Paragrafenreiterei nicht. Entscheidungen, die man keinem erklären kann und die rechtlich nicht zwingend sind, sollte man dringend überprüfen.

Ich erwarte von allen Entscheidern in der Verwaltung, dass sie nicht rein formal Verwaltungsakte im Wortsinne „fällen“, sondern im Zweifel dem Bürger zugewandt Beratung geben und Hilfe. Aber gerade Beratung, welche Lösungen möglich sind, welche Ansprüche Bürgern zustehen, findet viel zu wenig und oft auch gar nicht statt. Ohne eine Verwaltungskultur des Beratens, des Hinhörens wächst kein Vertrauen in unseren Staat, ohne eine Politik des Hinhörens auch nicht.

Ich weiß, dass es in den Zwängen von Massenverfahren wie beim Jobcenter oder in der Versorgungsverwaltung, dass es in den Zwängen hoher Arbeitsbelastung und finanzieller Zielvorgaben schwer ist, das zu praktizieren. Auch ich habe ja bei Marx und Engels gelesen, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Aber ich habe auch gelernt, dass man für seine eigene Haltung, für seine eigene Aufrichtigkeit selbst Verantwortung trägt und das Bewusstsein auch reformiert werden kann. Und das wäre ein schöner Erfolg der Arbeit, unserer Arbeit im Jahre 2015, wenn sie da und dort etwas Bewusstsein bei einzelnen Entscheidern verändert hätte: zu mehr Zugewandtheit, zu mehr Lösungsorientierung, zu einer wachsenden Kultur des Hinhörens und damit zu mehr Vertrauen in unser Land, in unseren Rechts- und Sozialstaat, in unsere Demokratie.

Meine Damen und Herren, vor über vier Jahren haben Sie mir das Amt des Bürgerbeauftragten übertragen und mir vertraut, dass ich es mit Hingabe und Einsatz versetze. Sie haben die Erwartung ausgedrückt, dass es eine gute Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen dem Petitionsausschuss und dem Bürgerbeauftragten geben möge. Ich glaube, wir haben das in dieser Zeit ganz gut miteinander praktiziert und weiterentwickelt. Für meinen Teil möchte ich am Ende dieser Legislaturperiode für diese Zusammenarbeit mit dem Petitionsausschuss, möchte ich für alle Unterstützung in den letzten Jahren durch dieses Hohe Haus insgesamt danken. Ich hoffe, es hat den Menschen gedient.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Crone.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bürgerbeauftragte hat sich mittlerweile zu einer festen und wichtigen Institution in unserem Land entwickelt. Dies spiegelt sich insbesondere in der hohen Zahl an Eingaben wider. 2015 waren es 1.619, die das in ihn gesetzte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns bestätigen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Ausdruck von Schiefelage.)

Der Bürgerbeauftragte zeichnet sich dadurch aus – auch wenn Sie immer dazwischenquatschen, Herr Pastörs –,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist so.)

dass er sich sehr gewissenhaft mit jedem einzelnen an ihn gerichteten Anliegen auseinandersetzt, auch direkt vor Ort. Er ist ein beliebter und bedeutsamer Vermittler zwischen der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern, der sich in seiner Funktion bewährt hat.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir empfinden die Einrichtung dieser Institution daher als Gewinn für die Demokratie. Nach wie vor hält die CDU, die diese fortschrittliche und erfolgreiche Institution ins Leben gerufen hat, den Bürgerbeauftragten für unentbehrlich.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bürgerbeauftragte übernimmt aber nicht nur die Funktion eines Mediators, sondern ist auch der direkte Ansprechpartner für die Belange behinderter Menschen. Dies ist ein absolutes Novum in den Landesparlamenten der Bundesrepublik Deutschland, die die Institution des Bürgerbeauftragten geschaffen haben.

Wir möchten Herrn Crone sehr für sein konstruktives Mitwirken bei der Umsetzung des Inklusionsprozesses im Bildungssystem danken. Diese Anerkennung hätten wir auch gern förmlich in der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses zu seinem Bericht festgeschrieben. Wir bedauern, dass dies so nicht umzusetzen war, und deshalb ist es schön, das an dieser Stelle noch einmal zu erwähnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Crone ist den hohen Ansprüchen an dieses Amt stets gerecht geworden. Daher dürfen wir stolz darauf sein, dass er in diesem Amt so positiv und wohlwollend sowohl von den Bürgerinnen und Bürgern als auch von der Politik wahrgenommen wird. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Als Mediator muss der Bürgerbeauftragte über ein erhebliches Maß an Verhandlungsgeschick verfügen. Daher kommt jedem, der diese Aufgabe wahrnimmt, eine große Verantwortung zu, denn auch für völlig verhärtete Fronten einvernehmliche und unbürokratische Lösungen zu finden, ist eine außergewöhnliche Gabe. Diesen Kraft- und Balanceakt kann nur eine gestandene Persönlichkeit bewältigen, für die das Wohl der Menschen eine Herzensangelegenheit ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir blicken auf eine ereignisreiche Legislaturperiode zurück, in der die Kooperation zwischen dem Petitionsausschuss und dem Bürgerbeauftragten eine Intensivierung erfahren hat, die

es fortzusetzen gilt. Ich möchte im Namen der CDU-Fraktion dem Bürgerbeauftragten Herrn Matthias Crone meinen herzlichen Dank ausdrücken. Wir empfinden die Zusammenarbeit immer als sehr konstruktiv und wissen seine engagierte und zuverlässige Arbeit sehr zu schätzen. Wir danken für den 21., 70 Seiten umfassenden Bericht. Wir werden ihm zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Uns liegen heute die Unterrichtung des Bürgerbeauftragten und die Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses vor. Um es vorwegzunehmen: Wie auch schon im Ausschuss, im Petitionsausschuss, werden wir heute der Beschlussempfehlung nicht zustimmen, da aus unserer Sicht einige wichtige Aspekte fehlen, die aus dem Bericht des Bürgerbeauftragten einfach hervorgehen und die aus unserer Sicht aufgenommen werden müssten in eine Beschlussempfehlung.

Doch bevor ich dazu komme, möchte ich zunächst einmal Herrn Crone und seinem Team, seinen Mitarbeitern, ganz herzlich danken für die gute Zusammenarbeit und für Ihr Engagement insgesamt. Sie stellten uns am 3. Juni im Petitionsausschuss den Bericht vor. Er legte dar, dass die Anzahl der Eingaben 2015 unverändert hoch sei und dass es über 1.619 Fälle sind. Schon allein die Anzahl der Eingaben macht deutlich, dass der Bürgerbeauftragte für die Einwohner ein fester Ansprechpartner ist, was sicherlich auch auf die Sprechstage vor Ort zurückzuführen ist, die insgesamt 47-mal – ich finde, das ist eine beachtliche Zahl – im letzten Jahr stattfanden.

Nicht nur für die Einwohner, sondern auch für die Mitglieder des Petitionsausschusses ist Herr Crone, der Bürgerbeauftragte, immer ein fester Ansprechpartner. Deshalb umso mehr unser Dank. In den letzten fünf Jahren wurde die Zusammenarbeit aus unserer Sicht immer besser. Kooperationsmöglichkeiten von Bürgerbeauftragtem und Petitionsausschuss wurden im Sinne der Bürger, der Petenten genutzt. Anregungen aus dem Petitionsausschuss griff Herr Crone auf und setzte sie mit seinem Team um, beispielsweise die Anregung, im Bericht auch statistische Zahlen zu Erledigungen darzustellen. Auch Zuordnungen, woher die Eingaben stammen, sind aufgrund des geänderten Bearbeitungsmodus feststellbar.

Wie aus dem Bericht des Bürgerbeauftragten deutlich wird, ist der Ton der Eingaben schärfer geworden. Und ich glaube, das sollte uns zu denken geben. Das Misstrauen und der Verdross, heißt es, gegenüber Entscheidungen von Politik und Verwaltung werden immer größer – ein Umstand, den auch wir immer wieder im Petitionsausschuss feststellen, wenn wir beispielsweise im Nachgang zum Abschluss von Petitionen Briefe der Petenten bekommen, dass sie mit den Entscheidungen überhaupt nicht einverstanden sind.

Zu Recht weist Herr Crone darauf hin, dass man all diese Sorgen ernst nehmen müsse. Darum sind auch wir immer bemüht. Ich denke, wir müssen alle daran arbeiten,

Entscheidungen, die in unserer Zuständigkeit liegen, den Menschen zu begründen und transparent zu machen, warum wir wie handeln. Nur so können Menschen Entscheidungen nachvollziehen und aus meiner Sicht ist das auch ein Mittel gegen die Verdrossenheit. Und was hinzukommt, ist, dass unbedingt Ermessensspielräume im Sinne der Menschen genutzt werden müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Crone machte bei der Vorstellung des Berichtes im Petitionsausschuss sehr deutlich, dass die meisten Eingaben den Bereich des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales betreffen. Auch mit Zahlen ist das belegbar. Von den 1.619 Eingaben sind allein über 800 aus dem sozialen Bereich. Auch aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE dem Petitionsausschuss zum Bericht des Bürgerbeauftragten eine Beschlussempfehlung vorgelegt, die sich hauptsächlich auf Missstände in diesem Bereich bezog. Leider lehnten SPD und CDU diese Beschlussempfehlung ab. Dennoch möchte ich es nicht versäumen, hier kurz auf drei Punkte einzugehen:

Zum einen ist das die Richtlinie zu Urlaubs- und Erholungsmaßnahmen für Familien mit niedrigen Einkommen. Anfang 2015, so kann man im Bericht des Bürgerbeauftragten lesen, meldeten sich Familien, weil es erhebliche Schwierigkeiten gab bei der Beantragung von Fördermitteln für diese Maßnahmen. Hintergrund: Bis 2013 wurde die Förderung direkt an die Familien ausgereicht. Anfang 2014 wurde die Förderung auf eine Projektförderung von Maßnahmenträgern umgestellt. Grundlage für das Verfahren ist seitdem ein Entwurf einer Richtlinie. Danach sind die Antragsteller nicht mehr die Familien, sondern die Träger der freien Jugendhilfe, bei der der Urlaub durchgeführt werden soll. Das Verfahren ist nach Auffassung der freien Träger der Jugendhilfe zu bürokratisch und übertrage diesen ein nicht abschätzbares Kostenrisiko.

Zum Ersten: Wir stehen für einen Tourismus für alle. Alle haben das Recht auf Erholung. Gerade in einem Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern, wo Kinder- und Jugendarmut an der Tagesordnung sind, sollte alles unternommen werden, damit auch Familien mit niedrigen Einkommen sich in Familienfreizeiten gemeinsam erholen können. Dazu leistet diese Förderung einen wichtigen Beitrag. Deshalb haben wir uns in den Haushaltsberatungen immer für den Erhalt dieses Titels eingesetzt, obwohl damals noch unter Familienministerin Schwesig dieser Titel eingestampft werden sollte.

Diese Unterstützung aber, gerade für die Familien, sehen wir aktuell nicht mehr. Seit über zwei Jahren fördert das Sozialministerium diese Familienerholungsmaßnahmen ohne gültige Richtlinie. Die Voraussetzungen für die Zuwendungsempfänger wurden hochgeschraubt. Nur noch SGB-II-Empfänger sollen nach unserem letzten Stand von diesen Maßnahmen überhaupt profitieren. Bis 2013 waren es auch noch Niedriglohnempfänger. Das Ministerium habe den Personenkreis eingeschränkt, weil alles andere zu bürokratisch sei.

Da kann ich ganz ehrlich nur mit dem Kopf schütteln. Mit Familienfreundlichkeit und Bekämpfung von Armutsfolgen hat das nichts zu tun, Frau Hesse. Das Verfahren scheint wohl immer noch zu bürokratisch zu sein, wie uns die freien Träger signalisieren. Deshalb nahmen wir diese Bedenken auf und forderten die Landesregierung in unserer Beschlussempfehlung auf, die Richtlinie

schnellstmöglich zu erlassen und dabei die Anregungen der Anzuhörenden zu berücksichtigen. Lassen Sie die Familien nicht im Regen stehen, mit Gummistiefeln und Regenschirm!

Zweitens. Bereits in früheren Jahren musste der Bürgerbeauftragte feststellen, dass Verwandte, welche angehörige Kinder in ihren Haushalt aufnehmen wollen, von Jugendämtern lückenhaft beraten, teilweise sogar falsch beraten werden. Es sind in der Regel Großeltern, welche Hilfe und Unterstützung begehren. Auch 2015 meldeten sich Großeltern, die seit mehreren Jahren Enkel betreuen. Sie erhielten vom Jugendamt die unzutreffende Auskunft, dass eine Anerkennung als Pflegeperson generell nicht möglich sei. Ich denke, gerade in solch einer schwierigen Situation, wo Großeltern ihre Enkel aufnehmen, sollten alle Behörden ihr Möglichstes unternehmen, um die Pflegeeltern bei der Betreuung, bei der Erziehung der Kinder bestmöglich im Sinne der Kinder zu unterstützen. Auch hier sahen wir Handlungsbedarf. Die Landesregierung muss sich Ihrer Aufsichtsfunktion endlich klar werden und die örtlichen Jugendämter darüber informieren, dass sie die Pflegeeltern ordnungsgemäß beraten. Das ist ein Einfaches und das ist auch einfach ihre Pflicht.

Ich komme zum letzten und dritten Punkt. Den dritten Handlungsbedarf sahen wir bei den Maßnahmen zur Barrierefreiheit an bestehenden Straßen. Ich spreche da beispielsweise von der Absenkung von Bordsteinen oder der Schaffung von behindertenfreundlichen Übergängen. Ich habe mich gerade am 5. Mai in Ludwigslust zum Tag der Menschen mit Behinderung mit Vereinen und Verbänden unterhalten. Sie machten mir erneut deutlich, was es heißt, mit einem Rollator oder mit einem Rollstuhl schnell über eine Straße gehen zu wollen, die nicht intakt ist. Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention 2009 unterschrieben. Wir haben alles zu tun, damit Menschen mit Behinderung voll am Leben teilhaben können. Allerdings sind die meisten Kommunen nicht mehr in der Lage, dies vor Ort umzusetzen. Deshalb unterstützen wir die Anregung des Bürgerbeauftragten, wonach die Landesregierung prüfen sollte, ob sie ein Förderinstrument auflegt, was Kommunen finanziell beim Umbau von bestehenden Straßen unterstützt.

Alle drei Punkte zeigen Handlungsbedarfe, die aus unserer Sicht unerlässlich sind und aufgegriffen werden sollten. Wenn dies heute nicht der Fall sein sollte, bleiben wir bei der Ablehnung der Beschlussempfehlung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dachner.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Gestatten Sie mir zum Abschluss der Legislaturperiode ein paar persönliche Worte und Gedanken zum Petitionswesen und auch noch einmal zur Zusammenarbeit mit dem Bürgerbeauftragten.

Ich glaube, dass nicht nur ich einen Bürgerbeauftragten kennenlernen konnte, der aus innerer Überzeugung in seiner täglichen Arbeit als praktizierender Christ und damit aus tiefstem Herzen sich für Menschen eingesetzt hat, die bei ihm persönlich Hilfe, Rat und Schutz gesucht haben, Hilfe und Rat deshalb, weil diese Menschen oft zu

den Schwächsten unserer Gesellschaft gehören und das formale Gesetz weder Gefühl noch Erbarmen kennt. Ein Gesetz kann unter anderem nur Prinzipien der Verlässlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit und der formellen Gleichbehandlung in gleich oder ähnlich gelagerten Fällen ausdrücken. Aber was sind gleich gelagerte Fälle? Es gibt keine Menschen oder Probleme, die alle in ein Raster passen. In diesem Spannungsfeld bewegen sich Bürgerbeauftragter und Petitionsausschuss tagtäglich.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Es ist nicht in wenigen Fällen diese Rechtsauffassung des Bürgerbeauftragten, oder besser gesagt, Entschuldigung, es ist also in nicht wenigen Fällen passiert, dass der Bürgerbeauftragte eine andere Rechtsauffassung hat als die Behörden oder die kommunale Selbstverwaltung. Leider sind viele Kompromissvorschläge des Bürgerbeauftragten zur gütlichen Einigung mit Ministerien oder Behörden nicht angenommen worden. Es ist sehr schmerzhaft zu erfahren, dass Mitarbeiter einer Verwaltung einerseits zu wenige Entscheidungsspielräume haben, aber andererseits auch zweifelhaft Gründe der Nichtkorrektur von Entscheidungen umsetzen. Selbst wenn der Bürgerbeauftragte aus tiefster Überzeugung den Petitionsausschuss um Unterstützung bittet, um eine Einigkeit in Durchsetzung der Angelegenheiten einer Petition zu erreichen, spüren wir nicht selten, dass die Gegenseite, also die Verwaltung, sich ausschließlich einseitig auf ihre Rechtsauffassung zurückzieht.

In diesen oder ähnlichen Fällen sowie organisatorischen Abläufen sollte das Petitionswesen in einer generellen Bewertung insbesondere für individuelle Notfälle und ausgleichende individuelle Gerechtigkeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger durch eine Expertenkommission neu bewertet werden. Wir haben genug Beispiele gehört. Eins will ich ganz kurz noch erwähnen, weil ich das gestern erst erfahren habe.

Ein junger Mann will also eine Altenpflegehelferausbildung beginnen und lebt mit seiner Mutter in einer Kleinstadt. Dazu muss er umziehen nach Stralsund. Er kann weder die Kautions bezahlen und hat auch sonst keine finanziellen Mittel. Was denken Sie, was sich in diesem Dschungel der Behörden abspielt? Und wenn es nicht Abgeordnete gegeben hätte außerhalb unserer Verwaltung, wäre dieser junge Mann nicht dazu gekommen, diese Ausbildung zu beginnen. Also das Problem konnte auf andere Weise positiv unterstützt werden. Aber dazu sind wir da als Abgeordnete und als Ausschuss oder als Bürgerbeauftragter.

Ich und wir alle haben in den zurückliegenden Jahren einen fachkompetenten, freundlichen und sehr engagierten Bürgerbeauftragten erlebt. Der Bürgerbeauftragte war mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine echte Bereicherung für unsere gelebte Demokratie. Wir danken gemeinsam Herrn Crone und ganz persönlich, lieber Matthias, danke ich dir recht herzlich.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein paar anschließende Worte vom gestrigen Tag. Aus Zeitgründen bin ich ja mit meinen Darstellungen als Vorsitzender des Petitionsausschusses nicht zu Ende gekommen. Deshalb noch drei Sätze, bitte.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Na gut!)

Ich hatte ja gestern erwähnt, wir haben als Petitionsausschuss über 60.218 Menschen erreicht. Also wir können nicht von Politikverdrossenheit sprechen, keine Spur. Unsere Demokratie lebt durch unsere Bürger, die mitbestimmen und mitregieren wollen.

Und ich hatte gesagt, von 96 Sitzungen des Ausschusses haben wir – jeder einzelne Abgeordnete – 33.600 Blatt Papier bearbeitet. Aber das sage ich jetzt nicht zu uns, weil wir so fleißig sind, die Abgeordneten des Ausschusses – das sind sie garantiert und dafür den Ausschussmitgliedern herzlichen Dank –, aber was ich gestern zu sagen vergessen habe in der Kürze der Zeit: Ich danke natürlich auch den Ministerien und Verwaltungen – den Mitarbeitern, denen wir hier ja so oft auch den Daumen in die Wunde legen –, dass sie uns beraten, helfen und unterstützen. Meistens erwähnen wir die Dinge, die hier nicht laufen oder die hier nicht funktionieren, aber es gibt natürlich auch viele Ministerien und viele tausende Entscheidungen täglich, die im Interesse der Bürger durch diese Ministerien und Verwaltungen erfüllt werden. Also auch dafür recht herzlichen Dank.

Das war für mich ohnehin – weil ja die Legislatur zu Ende geht und heute meine letzte Rede ist in dieser Legislatur, und wir sehen uns bestimmt im Oktober wieder –, dennoch, will ich sagen, es war ein Glücksfall, hier im Petitionsausschuss angekommen zu sein. Das war eigentlich so meine Arbeit – ehrenamtlich – mein ganzes Leben lang davor. Insofern habe ich diese Tätigkeit also hier im Ausschuss fortsetzen können.

Und ich habe im Ausschuss, also im Ausschussesekretariat, viele junge Frauen kennengelernt. Das war für mich alten Mann doch eine Belebung meiner Seele, sozusagen ein Lebenselixier.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD
und CDU und Torsten Koplín, DIE LINKE)

Aber nicht dafür danke ich hier diesen jungen und attraktiven Frauen, sondern für ihre fleißige und auch konstruktive und professionelle Arbeit – das lässt sich schon sehen – unter Leitung von Frau Berckemeyer. Sie ist und bleibt eine Perle dieses Ausschusses. Und die Erste, die ich kennenlernte in diesem Ausschuss, war Frau Schlamp – auch herzlichen Dank. Ich glaube, sie ist heute auch unter uns.

Es ist zum guten Ton – das ist mein letzter Satz – geworden oder Mode, sich zu entschuldigen für die Dinge, mit denen man jemandem auf den Fuß getreten ist. Ich entschuldige mich nicht!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU und Peter Ritter, DIE LINKE)

Alles kam vom Herzen,

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

alles kam von Herzen und wer sich bei mir entschuldigen will, dazu bin ich gerne bereit. Sollte mir eine Stimme fehlen für die nächste Wahl, dass ich hier erscheine, kriegen Sie von Frau Borchardt einen herzlichen Dank. Bis zum nächsten Mal!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat Frau Dr. Karłowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karłowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte zu Beginn meiner Rede einen Dank für die Arbeit an den Bürgerbeauftragten und sein Team, er macht das ja nicht alles ganz alleine, richten: Herzlichen Dank für die geleistete Arbeit im letzten Jahr – genau, Sie weisen zur Seite auf die Kolleginnen – und für die geleistete Arbeit seit Beginn Ihrer Tätigkeit als Bürgerbeauftragter. Das spreche ich als Person und auch im Namen meiner Fraktion Ihnen herzlich aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahresbericht für das Jahr 2015 sind aus meiner Sicht mehrere Themen beziehungsweise Aspekte besonders hervorzuheben. Das eine war auf Seite 21. Was mich sehr überrascht hat, war die Suche nach einer Begräbnisstätte durch eine Petentin, die durch die Arbeit des Bürgerbeauftragten dann feststellen konnte, der gesuchte Ort, wo der Vater beerdigt sein solle – das hatte sie erfahren von dem Pflegeheim, wo der Vater untergebracht war –, der gesuchte Ort existiert nicht, weil der Vater noch lebt.

(Jochen Schulte, SPD: Ist das denn eine gute Überraschung gewesen?)

Also das fand ich eine sehr aufklärerische und hilfreiche Arbeit des Bürgerbeauftragten und ein sehr besonderes Kapitel, auf Seite 21 nachzulesen. Das ist jetzt vielleicht ein Einzelfall und ein besonderer Fall.

Ein anderer Fall betrifft die Zweitwohnsitzsteuer in Kleingartenanlagen. Auch hier konnte der Bürgerbeauftragte mit Austausch der Informationen zum Innenministerium klarstellen, dass derartige Anlagen nach dem Bundeskleingartengesetz in der Mehrzahl der Fälle eben frei von einer Zweitwohnsitzsteuer sind, komplett und nicht nur irgendwie im Winter, sondern komplett frei.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Können wir mal
die Mikros ein bisschen lauter stellen,
ich höre hier gerade nichts mehr. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich drehe hier das Pult mal ein bisschen höher, vielleicht ist es dann lauter, ich weiß es nicht.

Eine Bitte für die Zukunft meinerseits an diesen Bericht des Bürgerbeauftragten ist eine genauere Auswertung der Sachthemen. Das hatte ich auch im Ausschuss schon erwähnt, zum Beispiel bei den Zielabweichungsverfahren für Windkraftanlagen. Hier wäre wirklich eine Darstellung der Zahl der tatsächlich eingegangenen Petitionen interessant gewesen. Dass das grundsätzlich möglich ist, zeigen ja die Kapitel zu Sozialversicherungen, wo der Bürgerbeauftragte die jeweiligen Fallzahlen konkret angibt, ob das jetzt Kranken- oder Rentenversicherungsfälle sind.

Die zusammenfassende Statistik gibt zu dem Thema Windkraftanlagen keine weiteren Informationen. Das würde aber einem Thema, das so bewegend ist, dass

sich nicht nur eine Volksinitiative zu diesem Kontext, sondern auch eine Parteigründung ergeben hat, denke ich, wirklich guttun, hier mal klare Zahlen auf den Tisch zu legen, also die Fragen: Wie viele Zielabweichungsverfahren gab es im Jahr 2015? Wie viele Beschwerden gab es insgesamt an wie vielen Orten im Lande? Wie viele Personen stehen dahinter? Ich hatte es gestern auch schon gesagt, um einfach mal zu kontrastieren, spiegeln die Medienberichterstattungen, wo fast täglich etwas zu lesen ist, das tatsächliche Bild des Protestes wider, ja oder nein? Wie spiegelt sich das in dem Bericht des Bürgerbeauftragten wider? Es wird im Text erwähnt, dass es viele seien, es wird nicht quantifiziert, es wird nicht runtergebrochen auf tatsächliche Personenzahlen. Eine Petition kann ja x-beliebige Personen hinter sich verbergen. Es wird nicht runtergebrochen auf die Orte. Welche Regionen in Mecklenburg-Vorpommern sind da besonders virulent, besonders betroffen? Wie viel Widerstand gibt es an welchen Orten? Das hätte ich mir gewünscht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Des Weiteren hatten wir in dem Petitionsausschuss einen Änderungsantrag eingebracht, der sich auf die Beschlussempfehlung bezieht. Diese Beschlussempfehlung sollte unserer Meinung nach geändert werden, dass eben zur Wahrnehmung der Schulwahlfreiheit eine Aufforderung an die Landesregierung hineingenommen werden soll, dass der Bürgerbeauftragte sich für eine rechtliche Neuregelung der kostenlosen Schülerbeförderung zur örtlich nicht zuständigen Schule besser einsetzt. Dieser Änderungsantrag wurde von der Mehrheit im Petitionsausschuss nicht angenommen. Und aus diesem Grunde werden wir auch der Beschlussempfehlung unsere Zustimmung nicht geben, sondern wir werden uns dazu enthalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und Manfred Dachner, SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuss empfiehlt in Ziffer I in seiner Beschlussempfehlung, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktion der SPD und der CDU, dagegen stimmten die Fraktion DIE LINKE und die NPD, und es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 6/5604 angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Petitionsausschuss, den Tätigkeitsbericht des Bürgerbeauftragten auf Drucksache 6/5290 verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktion der SPD und der CDU, dagegen stimmte die Fraktion DIE LINKE, es enthielten sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die NPD. Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 6/5604 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 97**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2016 und 2017, Drucksache 6/5505, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 6/5848, in Verbindung mit der Zweiten Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für die Haushaltsjahre 2016 und 2017, Drucksache 6/5506, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 6/5849. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5850 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes
zum Nachtragshaushaltsgesetz 2016 und 2017**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/5505 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**
– Drucksache 6/5848 –

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes über die
Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt
für die Haushaltsjahre 2016 und 2017**
(Nachtragshaushaltsgesetz 2016 und 2017)
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/5506 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**
– Drucksache 6/5849 –

**Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 6/5850 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Finanzausschusses Torsten Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit den Drucksachen des Landtages 6/5848 und 6/5849 liegen Ihnen auf den Tischen die Beschlussempfehlungen und die Berichte des Finanzausschusses zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für die Haushaltsjahre 2016/2017 sowie zum Haushaltsbegleitgesetz zum Nachtragshaushalt eben dieser Jahre vor.

Hintergrund dieser beiden Gesetzentwürfe ist bekanntlich das Bundesprogramm zur Förderung des Breitbandausbaus, an dem Mecklenburg-Vorpommern, genauer gesagt unsere Kommunen, schon im ersten Call mit 24 positiv beschiedenen Anträgen sehr erfolgreich teilgenommen hatte. Im zweiten Call wurden weitere mehr als 60 Anträge beim Bund eingereicht. Dieses erfolgreiche Arbeiten unserer Kommunen ist auf der einen Seite sehr beeindruckend und zu begrüßen, bringt aber auf der anderen Seite auch die Herausforderung mit sich, wie wir den Landesanteil und den kommunalen Eigenanteil finanzieren.

Mit den vorliegenden Gesetzentwürfen sollen nunmehr die haushaltsrechtlichen Ermächtigungen dafür geschaffen werden, dass wir die Landeskofinanzierungsmittel sowie die Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils

aus der Rücklage leisten können. Darüber hinaus wird im Wege der Änderung des Finanzausgleichgesetzes unseres Landes normiert, dass die Refinanzierung der durch das Land vorfinanzierten Beträge aus dem kommunalen Aufbaufonds erfolgt.

In der Sitzung am Dienstag dieser Woche hat der Landtag diese Gesetzentwürfe zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innen- sowie den Energieausschuss überwiesen. Bereits im Vorfeld hatten sich die Abgeordneten aller drei Ausschüsse interfraktionell darauf verständigt, noch in der laufenden Landtagssitzungswoche eine gemeinsame Beratung durchzuführen, sodass wir schon heute die Zweite Lesung durchführen können. Ich danke an dieser Stelle allen am Verfahren Beteiligten für diese konstruktive Zusammenarbeit.

Der Finanzausschuss hat die kommunalen Spitzenverbände beteiligt und um eine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf gebeten. Sowohl der Landkreistag als auch der Städte- und Gemeindetag haben das vom Landtag und seinen Fachausschüssen gewählte verkürzte Beratungsverfahren sowie die vorliegenden Gesetzentwürfe ausdrücklich begrüßt. Der Städte- und Gemeindetag hat zudem gefordert, dass in Kommunen, bei denen der Breitbandausbau nicht mit kommunalen Mitteln kofinanziert werden müsse, besondere Bedarfe durch eine vorrangige Förderung im Finanzausgleichsgesetz oder außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes gefördert werden sollten. Der Landkreistag hat eine Vorwegnahme aus den Schlüsselzuweisungen der Gemeinden begehrt, um die Kosten des bei den Landkreisen im Rahmen des Verfahrens zum Breitbandausbau entstandenen Verwaltungsmehraufwandes auszugleichen.

Der Landesrechnungshof hat ebenfalls eine Stellungnahme abgegeben, in der er den geplanten Breitbandausbau sowie eine möglichst umfangreiche Partizipation am Bundesförderprogramm ausdrücklich begrüßt hat. Allerdings hat der Rechnungshof erhebliche haushaltsrechtliche Bedenken gegen das in den Gesetzentwürfen verankerte Verfahren erhoben. Der wesentliche Kritikpunkt des Rechnungshofs dabei war, dass die Ermächtigung des Finanzministeriums für den Zugriff auf die Rücklage in der Höhe nicht im Gesetzentwurf begrenzt sei. Insofern stehe theoretisch die gesamte Rücklage zur Verfügung.

Im Ergebnis der Beratungen haben die beiden mitberatenden Fachausschüsse die unveränderte Annahme der Gesetzentwürfe empfohlen. In seinen Beschlussempfehlungen empfiehlt Ihnen nunmehr der Finanzausschuss, ebenfalls die vorliegenden Gesetzentwürfe unverändert anzunehmen. Darüber hinaus empfehlen wir Ihnen zum Nachtragshaushaltsgesetz 2016/2017 die Verabschiedung einer Entschließung, die auf einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zurückgeht. Mit der Entschließung werden verschiedene Punkte aus der Stellungnahme des Landesrechnungshofs aufgegriffen und unter anderem eine Berichtspflicht für die Landesregierung begründet, wonach sie den Finanzausschuss regelmäßig über den Mittelabfluss aus dem Landeshaushalt sowie über den aktuellen Sachstand der Förderung unterrichten soll.

Einen weiteren Entschließungsantrag sowie einen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

womit insbesondere eine Förderung von Anträgen, die im Rahmen des Bundesprogramms nicht erfolgreich gewesen sind, erreicht werden sollte, hat der Finanzausschuss jeweils mehrheitlich abgelehnt. Aber heute stehen diese Anträge ja noch mal zur Diskussion. Die Beschlussempfehlungen wurden insgesamt mehrheitlich angenommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich angesichts dieser Zweiten Lesung und des Abschlusses der Legislaturperiode noch etwas zur Arbeit des Finanzausschusses sagen. Der Umgang und das Prozedere der Verfahrensweise des Finanzausschusses mit dem Nachtragshaushalt sind aus meiner Sicht symptomatisch. Wir haben allein mit Blick auf den interfraktionellen Antrag von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den LINKEN unter Beweis gestellt, dass wir wechselseitig kritisch miteinander umgehen, jedoch kollegial und immer konstruktiv. Ich halte das für ungeheuer wichtig. In der Sache scharf streiten, aber Respekt vor dem Umgang miteinander – das ist ein Erfolgsrezept für die inhaltliche Arbeit, letztendlich auch im Ausschuss.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Arbeit im Finanzausschuss hätte keineswegs so erfolgreich sein können, wenn wir nicht so ein grandios arbeitendes Finanzausschusseksretariat gehabt hätten, das emsig, präzise und sehr umsichtig ist und mich persönlich vor manchem Stockfehler bewahrt hat. Herzlichen Dank an das Ausschusseksretariat mit Herrn Albrecht, Frau Denzer und Frau Preuschoff.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE, Egbert Liskow, CDU, und
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zusammenarbeit im Ausschuss, in diesem Falle zwischen dem Finanzministerium als Exekutive und uns im Finanzausschuss als Teil der Legislative, war seitens des Finanzministeriums und insbesondere von Ihnen, Frau Ministerin und Herr Bäumer, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns gegenüber gesessen haben und uns in den Beratungen begleitet haben, von Vertrauen und Offenheit geprägt. Ich schätze das sehr und ich halte es für ungeheuerlich wichtig. Das hat die politische Kultur beeinflusst und befruchtet und es hat letztendlich auch der Landespolitik ein Stückchen weit genutzt. Vielen Dank dafür. Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben. Ich bitte nunmehr um Zustimmung zu den Ihnen vorliegenden Dokumenten. – Schönen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE,
Egbert Liskow, CDU, und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schwarz von der Fraktion der SPD.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Beschlussfassung des Nachtragshaushalts 2016/2017 steht die Finanzierung für das große Breitbandausbauprogramm in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn alle angemeldeten Projekte vom Bund mitfinanziert werden, wird ein Investitionsvolumen von fast 1,3 Milliarden Euro in unserem Bundesland ausgelöst. Neben dem eigentlichen Effekt der flächendeckenden Versorgung mit mindestens 50 Megabit ist dieses Programm auch ein richtiges Konjunkturpaket für den ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern.

Dort, wo der Markt bisher versagt hat, springt der Staat nun ein, um den grundsätzlichen Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Wir verhindern, dass der ländliche Raum abgehängt wird.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hoffen sehr, dass viele einheimische Unternehmen den Zuschlag für die einzelnen Maßnahmen erhalten werden. Das sichert und schafft Arbeitsplätze. Die SPD-Landtagsfraktion ist sehr froh, dass es mit der Antragstellung so gut und zügig geklappt hat – daher einen großen Respekt an die Gemeindevertretungen, die Landkreise sowie an das Energie- und Finanzministerium für die gut koordinierte Arbeit.

Am Mittwoch nach der Landtagssitzung haben die Fachausschüsse getagt, um die beiden Gesetzentwürfe zu beraten. Der Innen- und auch der Energieausschuss haben dem Finanzausschuss die unveränderte Annahme empfohlen. In einem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen im Landtag haben wir die Forderung aus der Stellungnahme des Landesrechnungsrechnungshofs aufgenommen. Die Parlamentarier haben für sich beantragt, von der Landesregierung im Landtag und im Finanzausschuss jeweils über die neuen Entwicklungen informiert zu werden. Damit ist ein transparentes Verfahren gesichert.

Den Änderungsantrag der GRÜNEN lehnen wir ab, denn wenn man den liest, weiß man, sie möchten gerne über das Bundesprogramm hinausgehen, sozusagen ein Landesprogramm auflegen. Das können wir finanziell überhaupt nicht stemmen. Deswegen wird es das nicht geben. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, die Konjunkturvorsorge schnellstmöglich wieder aufzufüllen. Ich glaube, es hat Priorität, dass die Konjunkturvorsorge wieder aufgefüllt wird. Im Finanzausschuss stimmte DIE LINKE zusammen mit der Koalition für beide Gesetzentwürfe. Dafür möchte ich mich recht herzlich bei den LINKEN bedanken. Das zeigt, dass sie Sachfragen konstruktiv und sachorientiert behandeln und eine Zusammenarbeit mit der Koalition möglich ist. Die GRÜNEN haben sich lediglich enthalten. Damit zeigen sie, dass sie nicht bereit sind, die Landesregierung bei diesem wichtigen Zukunftsprojekt zu unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluss meiner Rede möchte ich mich dafür bedanken, dass alle demokratischen Fraktionen eine so zügige Beratung der Gesetzentwürfe möglich gemacht haben. Das große Projekt „Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern“ kann ab heute starten. Ich bitte um Zustimmung zur Beschlussempfehlung. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Rösler von der Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Helmut Holter hat in der Ersten Lesung des Nachtragshaushalts zum Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern inhaltlich umfassend hier vorgetragen und unsere Position deutlich gemacht. Ich möchte an dieser Stelle deshalb wirklich nur kurz – das verspreche ich Ihnen – auf die Befassung

in der gemeinsamen Ausschusssitzung des Finanz-, Energie- und Innenausschusses am Mittwochabend eingehen.

Wir hatten im Vorfeld die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände und des Landesrechnungshofs erhalten. Der Landesrechnungshof kritisierte unter anderem, dass die mit dem Nachtragshaushalt gegebene Ermächtigung zur Entnahme aus dem Rücklagenanteil „Konjunkturvorsorge“ beitragsmäßig nicht begrenzt wird. Einen Blankoscheck soll die Landesregierung natürlich nicht bekommen. Wir haben die Kritik des Landesrechnungshofs daher aufgegriffen und uns mit den anderen demokratischen Fraktionen auf einen Entschließungsantrag geeinigt. Danach wären die parlamentarische Kontrolle und auch der notwendige Spielraum, also die notwendige Flexibilität für die Landesregierung gegeben.

Ein Wort möchte ich allerdings doch noch zu den Mitteln für die Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils verlieren. Die Landesregierung wird den kommunalen Eigenanteil zunächst in weiten Teilen vorfinanzieren. Die Rückzahlung der Vorfinanzierung soll dann durch regelmäßige Entnahmen aus den Mitteln des Kommunalen Aufbaufonds erfolgen. Das sind kommunale Mittel und sie dienen bei Rückzahlung der Vorfinanzierung insbesondere den kommunalen Investitionen. Allerdings sehen wir mit Sorge, dass nicht nur diese Mittel des Kommunalen Aufbaufonds gebunden sind und anderen Kommunen dann nicht mehr zur Verfügung stehen, auch die Hochzeitsprämien für freiwillige Gemeindefusionen kommen aus diesem Topf, wie Sie wissen. Dass wir dies nicht gutheißen, ist kein Geheimnis. Wir werden deshalb ein waches Auge darauf haben, wie sich die Entwicklung im Kommunalen Aufbaufonds darstellt. Auch für die Gemeinden, die weder zur einen noch zur anderen Kategorie gehören, muss es möglich sein, Mittel aus dem Kommunalen Aufbaufonds zu bekommen.

Ich möchte an dieser Stelle an einen Satz aus dem Schreiben des Innenministeriums erinnern, das im Zusammenhang mit dem Verordnungsentwurf gemäß Paragraph 5 Gemeinde-Leitbildgesetz an den Finanzausschuss gegeben wurde. Dort heißt es, Zitat: „Die Finanzierung der Fusionszuweisungen nach § 1 und 3 der Verordnung basiert auf § 5 des Gemeinde-Leitbildgesetzes. Sie erfolgt, sofern keine anderweitigen Haushaltsmittel des Landes zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden, aus Mitteln des Kommunalen Aufbaufonds ...“

Ich verspreche Ihnen, wir werden einen kritischen Blick haben, ob das Land hier aktiv werden muss. – Vielen Dank.

Wir werden uns im Übrigen bei den Änderungsanträgen der GRÜNEN enthalten und ansonsten zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich bedanken, dass das Verfahren in einer verkürzten Anhörung für den Nachtragshaushalt gelungen ist, dass wir also bei dem Breitbandausbau jetzt loslegen können. Wir haben ja schon in der Ersten Lesung verhältnismäßig klar zum Ausdruck gebracht, dass es sehr wichtig für das

Land ist, dass Bund, Land und Kommunen gemeinsam vorangehen und den Breitbandausbau in den Bereichen unterstützen, wo die freie Wirtschaft versagt hat. Wir wissen, dass im ersten Call 250 Millionen für Mecklenburg-Vorpommern bewilligt worden sind, dass im zweiten Aufruf 580 Millionen beantragt worden sind und dass es insgesamt bis zu 1,3 Milliarden Investitionen werden können.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deswegen, glaube ich, war es auch sehr wichtig, dass wir die Finanzierung über den Landeshaushalt jetzt in einem Nachtrag gesichert haben.

Wie schon von unserem Vorsitzenden in der Stellungnahme gesagt worden ist, gibt es eine gemeinsame Entschließung, die die vier Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und die GRÜNEN unterschrieben haben, um die Transparenz bei der Verwendung der Mittel zu gewähren. Ich glaube auch, dass es ein gutes Zeichen für dieses Parlament ist, dass wir diese Entschließung gemeinschaftlich vorangebracht haben.

Dass die GRÜNEN der Meinung sind, dass sie die Sachen, die höchstwahrscheinlich nicht über Bund und Land finanziert werden können, noch mal gesondert über ein Landesprogramm finanzieren wollen, können wir so erst mal nicht mittragen. Ich glaube, wenn es wirklich noch Lücken gibt, die sich auftun, dann muss man zu einem späteren Zeitpunkt sehen, ob es notwendig ist, noch eine Finanzierung in die Hand zu nehmen, oder ob es da vielleicht wieder ein Bundesprogramm gibt. Da sollten wir nicht vorschnell handeln. Deswegen werden wir diese Anträge der GRÜNEN ablehnen.

Ich möchte mich noch mal ausdrücklich bei allen Beteiligten bedanken, die dieses verkürzte Verfahren ermöglicht haben, und wünsche uns für den Breitbandausbau sehr viel Erfolg und dass wir damit auch was bewegen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Wir haben ja in der Ersten Lesung schon erschöpfend oder ich habe aus unserer Sicht erschöpfend dargelegt,

(Jochen Schulte, SPD: Uns erschöpft.)

wie wir zu diesem Vorhaben stehen. Wir halten es für unabdingbar, dass das Vorhaben durchgeführt wird, weil es ohne Breitbandnetz überhaupt keine Zukunft für unser Land gibt, aus vielen Gründen nicht. Allerdings sind wir mit dem Finanzierungsmodell nicht einverstanden. Wenn Sie auf die Ermächtigung der Landesregierung vonseiten des Rechnungshofes hinweisen, dann teilen wir diese Einschätzung des Rechnungshofes, dass hier mehr oder weniger ein Freibrief auf Zugriff der Rücklage eröffnet wird. Das tragen wir nicht mit, das ist viel zu unkonkret.

Der zweite Punkt ist, dass Sie mit einem raffinierten Trick eine Umwidmung haben stattfinden lassen, wenn das

jetzt hier so beschlossen wird, und das wird ja kommen, und zwar in Bezug auf den Kommunalen Aufbaufonds. Der Kommunale Aufbaufonds wird indirekt faktisch umgewidmet, weil, ganz klar, die Landesregierung hieraus die Vorfinanzierung zurücknimmt und es damit unmöglich macht, dass die kleinen Kommunen, die eben nicht in den Genuss der Mittel kommen, um Breitband auszubauen, keine Möglichkeit mehr haben, sich individuell und im Rahmen der Möglichkeiten aus diesem Fonds Mittel zu beschaffen. Das ist eine Schwachstelle. Das ist der zweite Punkt, warum wir sagen, da machen wir nicht mit.

Und der dritte Punkt – da hätte man vielleicht noch eine Zustimmung von uns bekommen können, denn das ist eine Position, bei der es auch in unserer Fraktion nicht ganz klar geworden ist, wie wir uns da gemeinschaftlich verhalten – ist der Blick in die Zukunft. Aus meiner Sicht ist es absolut falsch, hier jetzt große Geldmittel – über 1 Milliarde – in eine Technologie mit Kupferkabeln eventuell hineinzustecken, wo wir das Ganze in 15 Jahren wieder neu machen müssen. Es wäre viel, viel besser gewesen, wenn hier eine konkrete Vereinbarung getroffen worden wäre, dass man in Glasfaserkabel investiert. Der Mehraufwand ist relativ, aber er ist dann auch viel, viel zukunftsweisender. Insofern werden wir diesem Vorhaben, so, wie es jetzt hier auf dem Tisch liegt, nicht zustimmen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch mal in Erinnerung bringen, dass wir eigentlich vor einer doppelten Herausforderung stehen. Die eine ist, die Ziele der Bundesregierung im Rahmen der digitalen Agenda zu erfüllen, nämlich den Netzausbau zu 50 Megabit pro Sekunde schnellen Leitungen in Mecklenburg-Vorpommern möglichst bis 2018, vermutlich bis Anfang der 2020er-Jahre zu schaffen. Die zweite und sehr viel größere Herausforderung, der wir uns stellen müssen, ist aber der Ausbau des Glasfasernetzes. An dem kommen wir nicht vorbei, denn wir wissen alle, da gibt es keinen Dissens zwischen den Fraktionen, dass Glasfaser die Zukunft ist und dass die Datenmengen enorm ansteigen werden. Da gibt es ja entsprechende Projektionen, mit welchen Datenmengen wir zu rechnen haben, und diese werden nur durch Glasfaserkabel zu bewältigen sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu dem Thema „Glasfaserausbau in Mecklenburg-Vorpommern“ gibt es aber keinen Plan. Es gibt vonseiten der Landesregierung einzig und allein heute den Nachtragshaushalt, der die Kofinanzierung des Bundesförderprogramms ermöglicht. Darüber hinaus gibt der Nachtragshaushalt auch keine Antworten, wie wir andere Förderprogramme anzapfen können. Sie wissen vielleicht auch, auf europäischer Ebene wabern noch einige Milliarden Euro im Rahmen des Juncker-Plans, aber auch in anderen Fördertöpfen umher. Wie wollen wir die denn für den digitalen Ausbau, für den Infrastrukturausbau des Breitbands nutzen? Auch hier keine Antwort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen heute schon, dass die Bundesförderung nicht ausreichen

wird. Denn wir müssen davon ausgehen, dass nicht alle Förderprojekte, die wir jetzt eingereicht haben, auch bewilligt werden. Aber wir haben dann schon sehr viel Arbeit in diese Projekte eingesteckt. Diese Projekte haben nämlich nachgewiesen, dass es die Nachfrage gibt, dass es notwendig ist und dass es ein Marktversagen gibt. Dann sagt der Bund im letzten Schritt Nein, und wir stampfen das alles ein. Ich glaube nicht, dass das der richtige Umgang im Sinne einer zukunftsgerichteten, systematischen Ausbauintiative der Breitbandversorgung in Mecklenburg-Vorpommern ist. Deswegen haben wir Ihnen nochmals unsere Änderungsanträge, die ich auch in der Ersten Lesung schon angekündigt habe, vorgelegt.

Wir wollen, dass die unterlegenen Projekte trotzdem finanziert werden. Wir wollen dafür die Mittel nehmen, die Sie sowieso für eine Kofinanzierung vorgesehen hätten. Wir wissen, dass wir damit nicht alle unterlegenen Projekte schaffen werden, aber wir wollen uns wenigstens auf den Weg machen. Und zweitens – das ist Punkt II, der ist mir eigentlich am wichtigsten – wollen wir in Form einer Entschließung die Landesregierung auffordern, endlich dahin gehend die Hausaufgaben zu machen, dass eine Gesamtstrategie für den Breitbandausbau erarbeitet wird, nicht nur auf die Bundesförderung geschaut, sondern auch auf andere Förderprogramme geschaut und eben auch ein Landesprogramm aufgelegt wird, um den Ausbau insgesamt zu schaffen. Das ist momentan nicht erfolgt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir werden uns wahrscheinlich in der neuen Legislatur, in der neuen Wahlperiode hier noch mal zusammenfinden und überlegen müssen, wie der Ausbau weitergeht. Der Nachtragshaushalt muss dann wahrscheinlich noch mal angefasst werden, denn wir dürfen ja hier nur Geld einsetzen, was über die Bundesfördermittel kofinanziert wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Also insgesamt machen wir sicherlich heute einen Schritt nach vorne. Gleichwohl hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im November 2014 schon einen Antrag in den Landtag eingebracht, dass wir uns auf den Weg machen sollten, eine Gesamtstrategie zu erarbeiten, um möglichst viele Fördertöpfe zu erreichen, auch um ein Landesprogramm aufzulegen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Und heute merken wir, wie sehr uns diese Gesamtstrategie fehlt, denn es gibt bis heute keine Antwort, wie wir die zweite Herausforderung, die viel größere Herausforderung, nämlich den Glasfaserausbau, schaffen und gelöst bekommen.

Deswegen bitte ich an dieser Stelle nochmals darum, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Ich beantrage die ziffernweise Abstimmung nach Ziffer I und II, damit Sie sich einerseits zu der Frage „Auflegung eines Landesprogramms“ – das ist der eine Teil unseres Antrags – und andererseits zur Frage „Verabschiedung und Beauftragung der Erarbeitung einer Gesamtstrategie“ auch noch mal genau positionieren können. – Ich danke Ihnen für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf aus dem Plenum: Das war
nicht so spannend, Herr Saalfeld.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2016/2017 auf Drucksache 6/5505.

Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/5848, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE, dagegen stimmte die Fraktion der NPD, es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 6/5505 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE, dagegen stimmte die Fraktion der NPD, es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/5505 angenommen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtragshaushaltes zum Haushalt für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 auf Drucksache 6/5506.

Der Finanzausschuss empfiehlt in Ziffer I seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/5849, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf den Artikel 1 in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5850 vor, soweit dieser den Artikel 1 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die NPD, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU, es enthielt sich die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5850, soweit er den Artikel 1 betrifft, abgelehnt.

Wer dem Artikel 1 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE, dagegen stimmte die Fraktion der NPD, es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Artikel 1 in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE,

dagegen stimmte die Fraktion der NPD, es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit sind der Artikel 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzwurfes der Landesregierung auf Drucksache 6/5506 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE, dagegen stimmte die Fraktion der NPD, es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/5506 angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zustimmen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmte die Fraktion der NPD. Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses angenommen.

An dieser Stelle lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5850 abstimmen, soweit er die Einfügung einer Ziffer III beinhaltet. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU, es enthielt sich die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5850, soweit er die Einfügung einer Ziffer III beinhaltet, abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 98**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Krise auf dem Milchmarkt bewältigen, Drucksache 6/5523.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Krise auf dem Milchmarkt bewältigen
– Drucksache 6/5523 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Krüger von der Fraktion der SPD.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Keine Landtagssitzung, ohne dass wir uns mit dem Thema Milch beschäftigen, und das ist auch richtig so, denn noch immer leiden die Betriebe massiv unter dem niedrigen Milchpreis, noch immer wird Liquidität, wird Betriebsvermögen aufgezehrt. Besonders leiden Betriebe, die in moderne, in neue Ställe investiert haben, Ställe, die mehr Tierschutz mit sich bringen, Maßnahmen zum Tierschutz, die wir hier auch gewollt haben. Diese Ställe sind oft noch mit Krediten belastet, Zahlungen, die die Banken erwarten und bei denen es den Betrieben immer schwerer fällt, diese zu leisten.

Unsere Betriebe haben zudem eine Größe, bei der sie ohne Angestellte nicht auskommen können. Wenn die Betriebe Angestellte haben, dann muss der Lohn rechtzeitig gezahlt werden. Gäbe es kleine Familienbetriebe, würde es in die Selbstausbeutung gehen, meine Damen und Herren, auch das wäre nicht besser.

Was die Betriebe am dringendsten benötigen, ist Liquidität. Dafür hat das Land eine Reihe von Maßnahmen verabschiedet. Insbesondere nennen möchte ich hier das Kauf- und Rückpachtmodell, das Einfrieren der Pachtpreise bei Neuverpachtung, Bestandspachten im Jahr 2016 für Landesflächen, Pachtstundung durch die Landgesellschaft und durch die BVVG, eine Bundesmaßnahme, die Steuerstundung, Neuberechnung der Vorauszahlungen und die Ausdehnung – auch das ganz wichtig – der sozioökonomischen Beratung.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Insbesondere das Kaufprogramm für Acker und Grünland kann dabei helfen, den Landwirten die notwendige Liquidität zu gewähren, die sie brauchen, um durch diese lang anhaltende Krise zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Agrarministerkonferenz hat eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Unter anderem wird die Branche aufgefordert, in Eigenregie die Milchmenge zu reduzieren. Eine wirksame Reduzierung der Milchmenge auf dem Markt kann ich bis heute allerdings nicht erkennen. Wir stecken da auch in einem Dilemma. Auf der einen Seite sind die Preise eingebrochen, weil Angebot und Nachfrage bei der Milch einfach nicht mehr in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Auf der anderen Seite stehen die Landwirte, die natürlich ihre Rechnungen bezahlen müssen und den geringeren Preis durch eine höhere Milchmenge ausgleichen wollen. Diese höhere Milchmenge muss der Markt aufnehmen – er muss sie aufnehmen, weil es die Andienpflicht vorsieht – und jeder Liter Milch wird durch die genossenschaftlich organisierten Molkereien aufgekauft. Egal wie viel produziert wird, egal wie gesättigt der Markt ist, jeder Liter ist abzunehmen. Ein marktgerechtes Verhalten sieht anders aus.

Wenn wir aber feststellen, dass der Markt hier versagt, dann stellt sich die Frage, wo die Verantwortung der Politik liegt. Sollten wir uns raushalten, bis – auf welchem Niveau auch immer, unter welchen Kapitalvernichtungen auch immer – sich am Markt wieder ein Verhältnis der Marktteilnehmer hergestellt hat, das auf Augenhöhe funktioniert, oder müssen wir schauen, ob es Stellschrauben gibt?

Meine Damen und Herren, ich habe das Problem mit einer ganzen Reihe von Menschen diskutiert. Von verschiedenen Seiten kam der Einwand, dass wir als Politik bitte nicht direkt in den Markt eingreifen sollen. Ich glaube auch, dass ein direkter Eingriff nur kurzfristig helfen könnte. Was wir brauchen, ist die Wiederherstellung eines funktionierenden Marktes, ohne dass die Politik Quoten festlegt, ohne dass die Politik festlegt, festlegen muss, wer was produzieren darf, ohne dass die Politik sagt, wie viel produziert werden darf, ohne dass die Politik die Preise bestimmt.

Aber die Regeln rund um die Produktion, die Regeln, die den Markt bestimmen, die müssen wir uns ansehen. Da gilt es zuallererst, den Artikel 148 der EU-Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den Blick zu nehmen. Nach Absatz 3 darf bei Lieferung von Rohmilch von einem Landwirt an eine Genossenschaft kein Vertrag oder Vertragsangebot vorgeschrieben werden, wenn er Mitglied dieser Genossenschaft ist. Es ist auch von außen betrachtet erst einmal logisch, weil der Bauer, der Landwirt ja quasi Milch an sich selbst liefert. Er ist Teil der Genossenschaft, damit Anteilseigner des Unternehmens, das

die Milch aufkauft. Dieses Konstrukt funktioniert so lange, wie der Markt und die Größe der Genossenschaft überschaubar sind. Wir müssen aber feststellen, dass die Landwirte sich mit ihren genossenschaftlichen Molkereien nicht marktkonform verhalten.

Der Absatz 4 bestimmt, dass die Vertragsgestaltung zwischen Landwirt und Molkerei frei verhandelbar ist. Wir wollen, dass Absatz 3 und 4 des Artikels 148 derart geändert werden, dass Deutschland konkrete Vorgaben für die Vertragsgestaltung zwischen Milcherzeugern und Molkereien einführen kann. In der derzeit freien Vertragsgestaltung zwischen Milcherzeugern und Molkereien beziehungsweise der Sonderbeziehung innerhalb der Genossenschaften ist der Milcherzeuger immer das schwächste Glied am Markt. Der Einzelhandel diktiert den Preis an die Molkereien, die Molkereien diktieren den Preis an die Milcherzeuger. Mit verbindlichen Vorgaben für die Vertragsgestaltung zwischen Milcherzeugern und Molkereien kann die Marktposition der Milchbauern gestärkt werden und in der Folge die Position der Molkereien gegenüber dem Einzelhandel verbessert werden.

Wie könnte das Ganze aussehen? Es könnte beispielsweise ein Modell geschaffen werden, bei dem die Molkereien die Möglichkeit bekommen, mit den Landwirten eine Milchmenge auszuhandeln, die die Molkereien wiederum marktgerecht absetzen können. Da gibt es für diese Mengen, die am Markt absetzbar sind, auch entsprechende Preise. Der Landwirt kann sich mit seiner Produktion auf genau die Milchmenge einstellen, die mit der Molkerei vereinbart ist. Die Molkereien sind viel freier am Markt, weil sie steuern können, wie viel Milchmenge sie beispielsweise frisch oder verarbeitet dem Einzelhandel anbieten können. Sie sind nicht mehr verpflichtet, jeden Liter für den gleichen Preis aufzukaufen zu müssen. Kommt es zu einer Überlieferung durch die Landwirte, dann ist eben der Preis der überlieferten Menge ein anderer und, wenn der Markt gesättigt ist, natürlich eindeutig niedriger.

Ziel ist, dass die Marktteilnehmer sich auf Augenhöhe treffen. Ziel ist, dass die Marktteilnehmer in die Lage versetzt werden, ein gesundes Verhältnis von Angebot und Nachfrage herstellen zu können. Das, meine Damen und Herren, ist sicherlich nicht die alleinige Lösung aller Probleme auf dem Milchmarkt, denn der Milchmarkt ist ein globaler, es wäre aber ein Fortschritt für die innerhalb der EU abzusetzende Milch. Und noch einmal: Wir fordern die Bundesregierung auf, in Brüssel entsprechend aktiv zu werden, um diese Voraussetzungen zu schaffen.

Wir haben noch weitere Maßnahmen in unserem Antrag, auf die ich hier im Einzelnen nicht eingegangen bin. Da spricht der Antrag aber auch für sich. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin natür-

lich froh, auch in Vorbereitung auf die Sonderagrarministerkonferenz, die ich hier einberufen habe – im Übrigen für den 15. Juli, das heißt in der nächsten Woche –, dass wir dieses Thema noch mal debattieren. Die Ernte steht vor der Tür und ich erwarte nicht das Ergebnis, das der Bundesbauernverband hier angedeutet hat, eine gute Ernte, sondern es gibt erste Hinweise, dass wir eher mit einer schlechten Ernte zu rechnen haben. Das wird die Situation der Landwirtschaft noch weiter verschärfen.

Insofern, sehr geehrter Herr Krüger, lieber Thomas, bin ich sehr dankbar, dass meine Fraktion sich dieses Themas erneut angenommen hat. Auf der anderen Seite müssen wir feststellen, dass wir im Bereich der Milcherzeuger in den letzten zwei Jahren tatsächlich von einer Krise und damit von einem Milchungleichgewicht sprechen müssen. Das heißt, wir haben es hier nicht mit einem, wenn man so will, marktwirtschaftlichen Element zu tun, sondern hier sind andere Entwicklungen eingetreten, die in einer Marktwirtschaft als solches, nämlich Angebot und Nachfrage zu steuern, in der Form nicht stattfinden.

Ich betone, dass vor diesem Hintergrund dieser Problematik wichtig ist, dass wir uns der Sorgen, der Nöte und auch der Probleme der Landwirtschaft annehmen. Ich glaube, dass an dieser Stelle deutlich wird, es geht um viel mehr als nur um eine existenzielle Problematik in der Landwirtschaft. Es geht um berufliche Existenzen, es geht um persönliche Schicksale und es geht um den gesamten ländlichen Raum, denn wer einmal aufgehört hat mit der Milchproduktion, das haben wir ja alle leidvoll in diesem Lande durchlebt, oder wer einmal mit der Kartoffelproduktion aufgehört hat, mit der Gemüseproduktion oder der Obstproduktion, mit der Schweineproduktion, der wird nicht wieder anfangen. Was das für den gesamten Veredelungsstandort und damit für die Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet, ist noch gar nicht abzuschätzen. Im Übrigen werden auch andere Berufsfelder davon betroffen sein: Dienstleister oder die Tierärzte oder auch der kleine Handwerker im Dorf, der diese Dienstleistung vollbracht hat.

Neueste Zahlen belegen – das ist die Entwicklung –, im Vergleich zum Mai 2015 gegenüber Mai 2016 ist der Anteil der Milchviehbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern um drei Prozent gesunken, bundesweit um fast fünf Prozent, das heißt, hier läuft eine Insolvenzentwicklung, die natürlich damit zu massiven negativen Transferleistungen von finanziellen Mitteln im ländlichen Raum führen wird.

Diese Entwicklung ist gerade ausdrücklich auch für den ländlichen Raum ein sehr ernstes Signal und sicherlich vor dem Hintergrund des Septembertermins nicht nur für die Ernte in der Landwirtschaft, sondern auch für unsere Ernte ein nicht ganz unwesentliches Thema. Denn jeder Arbeitsplatz in der Landwirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren – und wir haben dazu zum Teil leider keine direkte Beziehung mehr –, aber jeder Arbeitsplatz in der Landwirtschaft sichert heute noch immer acht bis zehn weitere Arbeitsplätze im nachgelagerten Bereich, ob es in den Molkereien, in der Futtermittelindustrie, der Melktechnik, bei Tierärzten, aber auch den vielfältigen Handwerksunternehmen ist. Sie sind also Jobmotor, diese milchviehhaltenden Unternehmen in den ländlichen Räumen.

Und wir brauchen die Landwirtschaft zum Leben. Lebensmittel sind nach wie vor eines der wichtigsten Güter, die wir überhaupt auf dieser Erde produzieren und durch die wir dazu beitragen, dass wir alle gemeinsam in diesen ländli-

chen Räumen leben und arbeiten dürfen. Wir brauchen weiterhin eine leistungsstarke, eine nachhaltige Landwirtschaft als Impulsgeber für die ländlichen Räume, von der eben auch Beschäftigung im ländlichen Raum ausgeht.

Aus diesem Grunde habe ich mich vehement mit knapp 30 Millionen eingesetzt und ich bin auch dem Landtag hier sehr, sehr dankbar, dass wir als Einzige in Deutschland, als Erste dabei waren, ein doch schwergewichtiges Hilfspaket auf den Weg zu bringen. Und ich möchte natürlich auch, dass die Betriebe, die wettbewerbsfähig sind, über diesen Berg hinwegkommen.

Wenn ich das hier einflechten darf – auch das aktuell zu den Diskussionen, die wir gerade öffentlich geführt haben –, dass 3,2 Millionen Euro zu viel an Geld ausgezahlt worden sind, dies ist eigentlich auch eine Liquiditätshilfe. Ich verstehe manchmal die Landwirtschaft und den Bauernverband nicht, warum man das nun als ein Riesenproblem hier hochstilisiert. Sie sollten froh sein, dass sie 3,2 Millionen Euro zu viel bekommen haben, und ich rechne die jetzt noch auf die 30 Millionen drauf, das heißt, wir haben hier mittlerweile 33,2 Millionen Euro für die Landwirtschaft als zusätzliche Hilfe bereitgestellt.

Ja, die Milchpreise sind unerträglich, ich sage das noch mal. Sie liegen in Deutschland zwischen 18 und 22,5 Cent. Das ist aus meiner Sicht ethisch und moralisch kaum erträglich, dass im Lebensmitteleinzelhandel ein Liter Wasser teurer ist als ein Liter Milch. Für mich persönlich ist das wirklich – und für viele in diesem Hause sicher genauso –, es ist wirklich unerträglich. Wenngleich bereits erste Anzeichen zu einer leichten Marktverbesserung erkennbar sind, bleibt die extreme Liquiditätssituation in den Milchviehbetrieben bestehen.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Und natürlich, das werden Sie vielleicht noch hören, bin ich froh, dass eine ganze Reihe, über 6.000 Hektar, an ökologischer Fläche umgestellt wurde, darunter auch Milchviehbetriebe, aber auch da nähren sich erste Anzeichen, dass der Lebensmitteleinzelhandel die Milchpreise drückt oder die Molkereien die Biomilch, die jetzt umgestellt wird, nicht abnehmen – für mich im Übrigen eine ähnliche Situation, die sich jetzt im ökologischen Bereich anbahnt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Bundesregierung und ebenso die Europäische Union die gegenwärtige Krise äußerst unbefriedigend abfedern. Ich bin traurig darüber, habe auch mit dem Bundesminister mehrfach darüber gesprochen und ich hoffe, dass es nun zu weiteren Maßnahmen kommt. Es ist eindeutig, dass wir neben finanziellen Hilfen vor allen Dingen, die hat Thomas Krüger hier angedeutet, endlich jetzt die strukturellen Probleme angehen müssen.

Und man kann sich hier nicht verbrüderern mit dem Bauernverband in dieser Frage, jedenfalls mit großen Teilen, man kann sich auch nicht verbrüderern mit dem Genossenschaftsverband der Bundesrepublik Deutschland und man kann sich auch nicht verbrüderern mit den genossenschaftlichen Molkereien, die zum Teil völlig andere Vorstellungen haben. Ich bedauere, das hier sagen zu müssen, aber ich nehme zur Kenntnis, dass manche tatsächlich auch in dieser Branche den Knall scheinbar noch nicht gehört haben. Sie vernichten hier Volksvermögen

und sie vernichten damit auch Wertschöpfung in den ländlichen Räumen. Hoffentlich hören die das endlich! Ich erwarte auch ausdrücklich, dass der Bund jetzt endlich seiner Ressortverantwortung in vollem Umfang nachkommt,

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

denn wir haben diese gleiche Krise schon 2008/2009 gehabt unter Seehofer,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

auch ein Bayer im Übrigen, und unter Schmidt ist noch nichts besser geworden. Mir reicht das hier jetzt langsam. Denn eins war auch klar im Jahr 2013, im Jahr 2013 war klar, dass die Quote auslaufen wird. Auch 2008/2009 hat es die Quote nicht vermocht, die Auswirkungen in der Finanz- und Wirtschaftskrise tatsächlich vom EU-Markt fernzuhalten. Wir mussten feststellen, dass in der damaligen Krise die Bundesregierung keine geeigneten Lösungen und Lehren gezogen hat und die aktuelle Situation wieder das Gleiche zeigt.

Ich habe damals schon gesagt, wir brauchen ein mengensteuertes System aus der Wirtschaft heraus,

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

eine Molkereiquote, wenn man es so will. Bis heute ist nichts passiert. Ich bedaure das. Und wir haben genug Ansätze gezeigt, im Übrigen auch aus den Ländern heraus, dieses Thema immer wieder voranzutreiben. Wir nehmen zur Kenntnis, dass im Bereich der Milchquotenregelung, als wir sie noch hatten, deutliche Preisschwankungen vorhanden waren. Das heißt, die Quote – wenn der eine oder andere von den GRÜNEN, vielleicht hören wir das heute wieder, zurück zur Quote will –,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Quote hat uns nicht geholfen und wir werden sie auch nicht wiederbekommen.

Wo wir uns einig sind, das sage ich hier noch mal ganz klar – und da bin ich dankbar, dass alle Bundesländer, im Übrigen auch die CDU- oder CSU-geführten Länder, sich in Göhren-Lebbin einig geworden sind –, ist, dass wir unseren Antrag, da bin ich heute noch sehr, sehr dankbar, durchgebracht haben und letztlich auch klar werden muss, dass die Landwirtschaft zurzeit der einzige, der einzige Bereich ist, der die Lasten und das Risiko trägt in der gesamten Wertschöpfungskette Milch. Das kann nicht sein, dass der Landwirt heute in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern um die 15 Cent bei jedem Liter Verlust macht und diese Milch letzten Endes dann zugunsten der Gesamtkette mit Gewinn wieder vermarktet wird. Da stimmt doch das marktwirtschaftliche Modell nicht mehr!

Andere sagen, lassen wir das doch mal wirken. Lassen Sie mal wirken, das bedeutet aber auch, das muss auch jeder wissen, dass gerade wettbewerbsfähige Betriebe, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben, die klug investiert haben, die klug in ökologische, in tierschützende Maßnahmen investiert haben, jetzt dabei tatsächlich unter die Räder kommen. Das kann doch in einer Marktwirtschaft nicht richtig sein! Und wenn sie dann noch sozial und ökologisch sein soll, dann kann das alles nicht richtig sein,

was hier aus Brüssel oder eben auch aus Berlin mehr oder weniger auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Und ich sage auch noch mal, die richtungsweisenden Beschlüsse, die wir in der AMK (Agrarministerkonferenz) in Abhängigkeit von der Entwicklung der Marktverhältnisse auf den Weg gebracht haben, waren richtungsweisend und sind wiederum auch einmalig in Deutschland. Ich will die nur noch mal betonen. Ich bin sehr froh, dass wir da über die Parteigrenzen, über die Fraktionsgrenze hinaus große Anerkennung erfahren haben, im Übrigen auch von den meisten Verbänden.

Erstens. Freiwillige Mengenreduzierung. Die Menge muss runter. Wenn die Menge nicht runterkommt, kriegen wir keine höheren Milchpreise.

(Beifall Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Das ist das Wesen von Angebot und Nachfrage.

Zweitens. Wir müssen Anreize zur Mengenreduzierung schaffen durch Bonusregelungen durch den Bund. Ich mache hier heute noch mal den Vorschlag, der Bund und die Länder nehmen 5 Cent pro Liter in die Hand und die Molkereien geben noch mal 5 Cent dazu, dann haben wir 10 Cent zur Reduzierung der Milchmenge. Ich sage Ihnen heute schon, dass da die überwiegende Masse der Landwirtschaft mitmachen würde und wir sehr schnell zu einem Milchmengenreduktionsprogramm in Europa kommen würden. Hoffentlich gelingt es uns, das am kommenden Freitag durchzusetzen.

Als allerletzte Option, sage ich hier auch noch mal, gibt es die Möglichkeit, befristet – und darauf liegt die Betonung, noch mal: befristet – die EU-weiten obligatorischen Mengen zu reduzieren. Das heißt, wir würden dann, wenn es jetzt nicht zwischen den Marktbeteiligten zu einer Lösung kommt, mit Zwangsmaßnahmen über die Europäische Union kommen und die Menge per Verordnung reduzieren, und zwar in ganz Europa.

Sollten diese freiwilligen Maßnahmen zur Mengenreduzierung bis zur Herbst- oder zur nächsten AMK, also Agrarministerkonferenz, nicht spürbar greifen, werden wir jedenfalls die Europäische Union auffordern, eine befristete entschädigungslose Mengenreduktion durchzusetzen. Damit werden wir am kommenden 15. Juli auch in die Verhandlungen gehen.

Eine zentrale Forderung von uns ist, noch mal: Die Menge muss runter, Angebot und Nachfrage müssen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Wenn das nicht gelingt, werden wir aus Deutschland heraus, aus Europa heraus auch für die Marktturbulenzen, die jetzt weltweit daraus entstanden sind, mit verantwortlich gemacht.

Übrigens haben wir als einziges Bundesland umfassend die Verbände und die Banken angeschrieben und sie auch, um konstruktive Umsetzung und Beschlüsse zu fassen, beteiligt. Das Meinungsbild, das wir dann eingefangen haben, ist sehr differenziert und zum Teil nicht hilfreich. Ich habe gerade einen Brief von Herrn Rukwied bekommen. Da muss ich sagen, auch nach dem Deutschen Bauerntag hatte ich die Hoffnung, dass das Signal kommt, dass man sagt, jawohl, die Menge muss runter und wir werden jetzt alles daransetzen, an dem sogenannten Runden Tisch in Berlin dafür zu Lösungen zu kommen. Ich sehe da keinen Ansatz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die weiterhin kritische Marktlage benötigt ein dringend abgestimmtes Vorgehen über die weitere Umsetzung der Beschlüsse, die wir gefasst haben. Ich hoffe, dass wir auch wieder zu einer einvernehmlichen Lösung auf der Sonder-AMK in Brüssel kommen werden.

Ein erster Lichtblick ist derzeit allerdings, dass die Menge jetzt insgesamt sinkt. Natürlich spielen auch saisonale Effekte hier mit hinein, aber die wöchentliche Anlieferung in Deutschland sinkt um 1,2 Prozent, und auch in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sinkt sie. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Milchkrise nach Amerika übergeschwappt ist – im wahrsten Sinne des Wortes – und es auch dort zu Turbulenzen kommt. Im April 2016 lag die Milchproduktion zum Beispiel in Großbritannien 3,4 Prozent oder in Neuseeland 2,5 Prozent unter den Vorjahresmengen oder in Australien um 2,7 Prozent. Das heißt, die Menge sinkt langsam und vielleicht haben wir mit dem, was wir beschlossen haben, dazu ein bisschen mit beigetragen.

Und ich will auch ausdrücklich sagen, ja, die Art der Lieferbeziehungen zwischen der Landwirtschaft und den Molkereien ist aus meiner Sicht, wenn man es so will, ein Diktat der Molkereien. Diese Diktatur der Molkereien muss ein Ende haben. Wir müssen hier dringend handeln und insofern bin ich auch froh, dass wir es erreicht haben, dass das Vertragsregelungswerk so ausgestaltet werden soll, dass die Signale über die Marktentwicklung direkt den Erzeuger erreichen und dann gegebenenfalls auch reagiert werden kann. Das heißt, wir wollen für eine Augenhöhe sorgen zwischen dem Landwirt und der Molkerei. Dieses Milchgleichgewicht muss im Übrigen endlich wieder hergestellt werden. Darauf sollten wir alle Kräfte konzentrieren. Hier muss die EU handeln und wir müssen die gemeinsame Marktordnung anpassen, insbesondere die genossenschaftlichen Molkereien müssen hier zum Handeln gezwungen werden.

Zum anderen, glaube ich, brauchen wir eine bessere Krisenprävention. Wir brauchen Diversifizierung der Betriebe, das heißt die Schaffung von Ausgleichsmaßnahmen im eigenen Unternehmen. Wir brauchen die Kostenoptimierung in der Milchproduktion und wir brauchen die Nutzung von Innovation sowohl im Blick auf Technik, auf Technologie als auch im Bereich der angebotenen Produkte.

Ich glaube auch, dass es im Tierhaltungssystem nicht darum gehen soll, produzieren wir möglichst 10.000 oder 12.000 Kilogramm mit Milch, sondern es geht eher darum, wie kommen wir zu Inhaltsstoffen und zur Qualität zurück. Ich glaube, dass die Nutzung der bestehenden Möglichkeiten zur Preisabsicherung über Warenterminbörsen oder die Aufnahme von Qualitätsprogrammen, um uns damit von Massenmärkten abzusetzen, wichtig ist.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wir brauchen die Erschließung neuer Märkte. Der eine oder andere sagt vielleicht heute auch noch mal, wir sollten uns auf Deutschland konzentrieren und auf Mecklenburg-Vorpommern. Da kann ich nur sagen, über 50 Prozent der Milch muss aus Deutschland raus in den europäischen Maßstab

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die
Russen brauchen dringend Milch.)

und auf der anderen Seite selbstverständlich auch mehr in Richtung der internationalen Qualitätsprodukte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, das erste Hilfspaket der Bundesregierung ist völlig verpufft. Die 70 Millionen, die hier tatsächlich bereitgestellt worden sind, sind rein in Liquiditätshilfen ergangen, ob klein oder groß, ohne tatsächlich eine Wirkung zu entfalten. Und eines ist auch offensichtlich und offenkundig: Weitere Finanzhilfen können nur mit einer verpflichtenden Mengendisziplin und einer Reduktion umgesetzt werden.

Abschließend: Die Landwirtschaft ist das ökonomische und nach wie vor identitätsstiftende Rückgrat der ländlichen Räume in unserem Land. Allein die Land- und Ernährungswirtschaft macht einen Umsatz von über 6 Milliarden Euro im Jahr. Selbstverständlich tragen hierzu auch unsere Milchbauern bei, die nämlich 365 Tage im Jahr rund um die Uhr bei Wind und Wetter Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen. Letztlich tragen sie nicht unwesentlich zum Erhalt der Kulturlandschaften und zum Erhalt unserer Umwelt bei, wobei wir natürlich auch, insbesondere im Tourismus, sehr stark davon profitieren.

Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, dass unsere Landwirtschaft erhalten bleibt. Wir brauchen sie zum Leben. Ich gehe davon aus, dass wir hier auch in den nächsten Tagen hoffentlich kluge Beschlüsse fassen werden, und ich wünsche mir sehr, dass wir möglichst bald zu kostendeckenden Erzeugerpreisen kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Backhaus.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sehr bezeichnend, dass eine meiner letzten agrarpolitischen Reden in diesem Landtag die Krise auf dem Milchmarkt zum Thema hat. Die schwierige Lage der Milchbauern in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland und in Europa begleitet uns nun schon seit fast zwei Jahren. Sie war meines Erachtens absehbar. Diese erneute Krise hat viele Ursachen und diese sind sehr komplexer Natur. Einfache Lösungen sind nicht in Sicht, diese gibt es meines Erachtens auch nicht. Ebenso wird sich die Krise auf dem Milchmarkt nicht erledigen, wenn wir alle im Antrag von SPD und CDU genannten Punkte eins zu eins umsetzen, aber dazu komme ich noch.

Diese Krise, das muss ich an dieser Stelle nochmals klar aussprechen, ist in Teilen auch hausgemacht. Nach den guten Milchjahren 2013 und 2014, in denen sich die Lage der Milchbauern nach der großen Krise 2008 bis 2012 nur unwesentlich entspannt hat, gab es eine meines Erachtens falsche Politik innerhalb der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik mit der Abschaffung der Milchquote ohne weitere Regulierungselemente und das einseitige Setzen der Bundesregierung und des Bundes- und Landesbauernverbandes auf immer mehr Wachstum und Export.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, völlig falsch.)

Dieses hat ebenso zur Marktkrise beigesteuert wie eine unsinnige Außenpolitik mit gegenseitigen Sanktionen als Bestrafung für Russlands Ukraine-Politik und das Weltmarktgeschehen mit sinkender Nachfrage in China und zusätzlicher Milchproduktion in Übersee. Niemand weiß mehr wirklich weiter.

Wie immer gab und gibt es Forderungen des Berufsstandes an die Politik. Es ist ein wahres Chaos auf diesem Gebiet ausgebrochen. Stimmen nach mehr Zuschüssen, nach gesetzlichen Mengenregulierungen für Europa und Deutschland überschneiden sich mit dem Mantra der völligen Marktliberalisierung und der Forderung nach weniger Umwelt- und Tierschutzaufgaben, und dann verbunden mit der Aufforderung, zusätzlich öffentliche Geld einzusetzen, um die Milchbetriebe zu retten.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Eine wilde Mischung.)

Leider können sich die verschiedenen Vertretungen der Milchbauern immer noch nicht einigen und mit einer Stimme sprechen, obwohl die Krise alle trifft, egal ob kleine, ob große, ob tiergerecht produzierende, ob ökologisch wirtschaftende oder sogenannte konventionelle Milchviehbetriebe, die übrigens nach meiner Auffassung alle auch tiergerecht produzieren.

Als förderndes Mitglied des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern rufe ich auf, das Motto „Einheit in der Vielfalt“ nun auch wirklich einmal zu praktizieren und mit einer Stimme zu sprechen, meine lieben Fachkolleginnen und Fachkollegen. Nur ein Phänomen ist diesmal neu: In Mecklenburg-Vorpommern sind die hochmodernen, am Tierwohl ausgerichteten Betriebe, die viel Geld investiert haben, mit am stärksten betroffen. Und das ist eigentlich eine aberwitzige Situation.

Auch in der Politik überbieten sich derzeit alle Zuständigen, von der EU bis hin zu den Bundesländern, mit den verschiedensten Lösungsvorschlägen, Sofort- und Notmaßnahmen. Da wird mal schnell der Geldhahn in Brüssel aufgedreht und 500 Millionen Euro werden zusätzlich zur Krisenbewältigung in den Agrarmarkt gepumpt, ohne dabei zu sagen, dass nur ein Teil dieser Gelder auch wirklich für die Milchbauern vorgesehen ist und dass dies eigentlich nur eine kleine Beruhigungsspielle ohne eine echte Wirkung ist. Die Bundesregierung reicht auch mal eben schnell 100 Millionen an Liquiditätshilfen durch – der Minister hat darüber gesprochen –, verbunden mit der Aussicht, aus 100 Millionen einmal 500 Millionen zu machen. Ein trauriger Witz, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Milliardenverluste der Branche, die zum jetzigen Zeitpunkt auf mehr als 7 Milliarden Euro geschätzt werden.

Und dann gibt es noch die Forderung der Agrarministerkonferenz der Länder und viele einzelne Notmaßnahmen der Länderregierungen. Der vorliegende Antrag beruht ja auch zu großen Teilen auf den Beschlüssen der Frühjahrs-AMK in Göhren-Lebbin. Ich halte das durchaus für richtig. Sie sollen nach dem Willen der Regierungskoalition, wie vorhin schon gesagt, eins zu eins umgesetzt werden. Die Beschlüsse von Göhren-Lebbin waren noch gar nicht öffentlich vorgestellt, da protestierte der Deutsche Bauernverband schon dagegen. Der Landesbauernverband tat es ihm leider gleich. Niemand will zu einer europäischen Quotenregelung zurück, niemand will Markteingriffe des Staates. Letzte Woche, im Vorfeld des Deutschen Bauerntages in Hannover, hörte ich aber auch die

Forderung nach einer kurzzeitigen gesetzlichen und europaweiten Milchmengenbegrenzung, bis sich der Markt wieder stabilisiert hat.

Es ist immer sehr einfach: Wenn die berufsständischen Vertretungen keine eigenen Lösungen anbieten können oder wollen, wird der Ruf nach Eingriffen der Politik immer lauter. An die eigentlichen Ursachen aber will niemand heran. Ich will es noch einmal klar aussprechen: Wer Marktwirtschaft und kapitalistisches Wirtschaftssystem will, der muss sich nicht wundern, wenn die Mechanismen des Marktes auch voll zuschlagen.

Nun stellen alle konsterniert fest, dass die bisher getroffenen Maßnahmen zur Unterstützung unserer Milchbauern – ich wiederhole: unserer Milchbauern – nicht ausreichend sind, um einen dramatischen Strukturwandel zu verhindern. Die andere Seite der Medaille bleibt bei dieser Aussage völlig unberücksichtigt. Wollen denn alle in der Branche tätigen Betriebe diesen schon seit Jahrzehnten vor sich gehenden Strukturwandel tatsächlich verhindern? Selbst bei der Anhörung zur Milchkrise in unserem Agrarausschuss waren Stimmen zu vernehmen, dass einige tatsächlich auf eine Marktberreinigung setzen,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

immer nach dem Motto „Hoffentlich hält mein Nachbar nicht mehr so lange durch und ich kann seine Marktanteile übernehmen“.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Das hat mich ehrlich gesagt nicht überrascht, aber doch sehr traurig gestimmt.

Meine Partei und ich wollen einen solchen Strukturwandel nicht, bei dem nur die großen und finanzstarken Betriebe mit vielen Agrarflächen und Quersubventionierungsmöglichkeiten überleben.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das sehen wir genauso.)

Wir wollen ein breit gestreutes Eigentum. Wir wollen wirtschaftliche Bedingungen, bei denen der kleine Familienbetrieb genauso wie größere Agrargenossenschaften und GmbHs existieren können.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

Wir wollen eine bodengebundene Tierhaltung mit Tierobergrenzen für Einzelstandorte, die sich an Umweltkriterien, am Tierwohl und sozialen Komponenten der jeweiligen Region – ich wiederhole: der jeweiligen Region – orientieren.

Und wir sprechen uns für eine klare Regulierung des Milchmarktes aus. Andere Länder machen uns vor, wie das aussehen könnte. Über Regelungen in Kanada als nur ein funktionierendes Beispiel habe ich bereits einmal berichtet. Nur in Europa tut man sich angesichts des neoliberalen Kurses in allen Wirtschaftsbereichen sehr schwer damit.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Sie sagen es.)

Meine Fraktion wird heute Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, zustimmen, aber wir sagen auch klar, dass nicht alle Vorschläge die Meinung meiner Partei widerspiegeln. Wir wissen, dass die Umsetzung des Antrages die Situation unserer Milchbauern kaum verändern wird, wenn wir nicht ernsthaft im europäischen Rahmen die Milchmenge auf dem Markt begrenzen.

Eine solche Begrenzung muss auch Elemente beinhalten, wie zukünftig ein Überangebot verhindert werden kann. Wir brauchen eindeutige Verhandlungspositionen der Milchbauern gegenüber den Molkereien auf Augenhöhe. Und wir wollen auch den Verbraucher nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Er kann durch seine Marktmacht und die Nachfrage nach regional und ökologisch hergestellten Produkten eine Menge bewirken. Wir dürfen die Konzentrationsprozesse im Einzelhandel nicht noch politisch unterstützen, so, wie es Bundeswirtschaftsminister Gabriel tut. Seine Begründung mit dem Schutz der Arbeitsplätze von Verkäuferinnen und Verkäufern, der langfristig eher zu bezweifeln ist, taugt nichts, denn auf der anderen Seite verlieren wir dringend benötigte Arbeitsplätze und ganze Betriebe im ländlichen Raum.

Mecklenburg-Vorpommern und einige der neuen Bundesländer wird es dabei besonders schwer treffen, sind wir doch wie Brandenburg oder Sachsen-Anhalt ein besonders agrarisch geprägtes Bundesland. Das brauche ich hier nicht noch einmal zu betonen. Nur vom Tourismus und den wenigen Industriearbeitsplätzen im Land können wir nicht leben, gibt es keine Zukunft. Wir brauchen die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Wir brauchen Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern, ja, ich sage noch einmal, wir brauchen mehr Tierhaltung im Land.

Wir brauchen aber auch die Lebensmittelindustrie, wir brauchen mehr Veredlung unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse vor Ort. Es muss uns gelingen, die Wertschöpfung in unserem Bundesland auszubauen. Genau an dieser Stellschraube kann auch die Landespolitik mit ihrer politischen Rahmensetzung eine Menge tun. Hier sehe ich aber auch eine große Verantwortung des Bauernverbandes und der anderen berufsständischen Vertretungen. Immer nur den freien und liberalisierten Markt predigen, immer noch auf maximale Ausweitung des Exports setzen, immer nur Abwehrkämpfe gegen Umweltauflagen führen – wer so handelt, hat die Zeichen der Zeit nicht voll erkannt. Aber in der Opferrolle scheint man sich eingerichtet zu haben. Das befreit scheinbar von einem notwendigen Prozess des Umdenkens. Das befreit scheinbar davon, sich an die Spitze der Veränderungen setzen zu müssen. Wir warten jedenfalls immer noch auf gangbare Vorschläge des Deutschen Bauernverbandes, auch und gerade nach Hannover.

Mit der Zustimmung zum vorliegenden Antrag geben meine Fraktion und meine Partei ein klares Bekenntnis für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ab. Mecklenburg-Vorpommern ohne unsere Bäuerinnen und Bauern, ohne landwirtschaftliche Betriebe und Höfläden, ohne Milchtankstellen und Molkereien, ohne Schlachthöfe und Wurstfabriken und ohne die vielen anderen Veredler können und wollen wir uns nicht vorstellen. Mecklenburg-Vorpommern braucht die Milchbauern und die Landwirte. Ich greife einen Slogan auf, der vielfach jetzt im Umlauf war: „Wir brauchen die Kuhzunft für die Zukunft.“ – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Texter von der Fraktion der CDU.

(Thomas Krüger, SPD:
Jetzt bin ich aber gespannt.)

Andreas Texter, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie können sich sicherlich denken, dass ich heute in Vertretung meines Kollegen Schütt hier stehe und seine Rede vortrage, da er kurzfristig einen anderen Termin wahrnehmen muss.

Man könnte denken, wenn man die „BauernZeitung“ liest, dass es zunächst eine gute Nachricht gibt, dass es eine leichte Tendenz gibt, dass der Milchpreis in den zurückliegenden Wochen und Tagen etwas angestiegen ist. Das ist sicherlich eine frohe Botschaft, aber das ist natürlich im 1-bis-2-Cent-Bereich zu sehen. Und demgegenüber steht sicher die schlechte Nachricht, dass es noch lange dauern wird, Monate vergehen werden, ehe auskömmliche Milchpreise am Markt erzielt werden können.

Kollege Krüger hat in seiner Einbringungsrede umfänglich von den Marktmechanismen gesprochen, auf die Beziehungen zwischen Markt, Erzeuger, Verarbeiter hingewiesen, sodass ich mich darauf nicht weiter beziehen werde.

Schon jetzt sind viele Landwirte, gerade diejenigen, die nur Milch produzieren, insolvenzgefährdet, deshalb gilt es natürlich, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Landwirte zu unterstützen. Dabei geht es beispielsweise um rechtzeitige Auszahlung der Mittel für von Landwirten erbrachte gesellschaftliche Leistungen im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen oder aber beispielsweise um das Einfrieren von Pachtzinsen bei Neuverträgen. Darüber haben jüngst Landwirte geklagt, dass zum Beispiel Gelder für die Erbringung von Leistungen im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen noch nicht vollständig überwiesen worden sind. Diese Situation, so hat das Ministerium auch erklärt, ist geklärt und es gibt die Aussage, dass den Landwirten keinerlei Nachteile entstehen sollen und dürfen.

Des Weiteren beklagen Landwirte sich darüber, dass bei der Gestaltung von neuen Pachtverträgen seitens des Landes die Pachtzinsen erheblich, teilweise über 20 Prozent angehoben werden sollen. Meine Fraktion geht davon aus, dass das angekündigte Moratorium für Pachtzinsen nicht nur für laufende Verträge, sondern auch für neu abzuschließende Verträge gilt. Hier sollte man darüber nachdenken, ob nicht im Interesse der existenzgefährdeten Landwirte die laufenden Pachtverträge um zwei Jahre verlängert werden.

Meine Damen und Herren, die Milchkrise wird uns sicherlich noch lange Zeit begleiten. Seitens der Europäischen Union, aber auch der Bundes- und der Landesregierung wurden Maßnahmen ergriffen, um die betroffenen Unternehmen zu unterstützen. So haben gerade die Bundesregierung und der Bundestag einen Pakt für die Landwirtschaft beschlossen.

Der Pakt für die Landwirtschaft enthält folgende Forderungen:

1. Liquiditätshilfen und Bürgschaftsprogramm
2. steuerliche Erleichterungen

3. Nutzung der Instrumente zur Verbesserung der Marktstellung und der Branche selbst
4. mittelfristige Verschärfung des Wettbewerbsrechts
5. Nachhaltigkeitsprogramm und
6. Selbstverpflichtung der Politik

Also alle Beteiligten sind sich klar darüber, dass die Milchmenge, also das Angebot, verknappt werden muss.

An dieser Stelle eine persönliche Anmerkung von mir: Vor vier Wochen hat mir ein Landwirt aus der Nähe von Rostock erzählt, dass er seine 270 Milchkühe verkauft hat. Da könnte man sagen, na gut, das ist schlimm, er wird seine Produktion umstellen. Aber auf meine Frage, wo sind denn die Milchkühe hin, sagte er, sie sind an andere Milchbauern verkauft worden.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist das Problem.)

Das heißt, genau die Verknappung oder die Verringerung der Milchmenge findet durch Verkauf von Milchkühen oder die Aufgabe von Existenzen eben nicht statt. Das ist ein Problem. Und auf meine Nachfrage hat mir gestern Abend beim Sommerfest der Präsident des Bauernverbandes Detlef Kurreck eben auch genau diese Situation bestätigt. Das ist also nicht nur im Einzelfall so, sondern ...

(Minister Dr. Till Backhaus:
Der hat auch keine Kühe mehr.)

Der hat schon lange keine Kühe mehr, richtig. Das ist aber nicht ganz neu, Herr Minister, das ist schon ein paar Jahre so. Sie wissen das sicherlich.

Aber ich spreche hier von der derzeitigen Situation und das hat mir eben auch bestätigt, dass dieser Effekt oftmals nicht eintritt, sondern die Milchkühe einfach nur auf andere Betriebe verteilt werden und somit nicht aus der Milchproduktion verschwinden.

Über den Weg dahin streiten sich die Beteiligten, allerdings steht für meine Fraktion fest, dass an vielen Stellschrauben gedreht werden muss, um eine Lösung zu finden. Nur bei Schaffung der steuerlichen Risikoausgleichsrücklage, der Unterstützung der landwirtschaftlichen sozialen Sicherungssysteme, Anpassung der Pachtzinsen, Erhalt der Liquidität – ganz wichtig – und, möglicherweise sehr schwierig, Abmilderung von bürokratischen Lasten, aber auch der Unterstützung von ausstiegswilligen Milchviehaltern gibt es eine Zukunft der Milchviehhaltung in unserem Land.

Es gibt eine breite Palette von Maßnahmen, die es umzusetzen gilt. Vor diesem Hintergrund gilt es, sowohl die Beschlüsse der Agrarministerkonferenz umzusetzen als auch die zügige Auszahlung von Geldern und die Zusagen hinsichtlich der Pachtzinsen für landeseigene landwirtschaftliche Flächen umzusetzen. Ich hoffe, dass die Sonderagrarministerkonferenz, der Minister hat darüber ausführlich berichtet, auch wirklich zu Maßnahmen führt, die dann den betreffenden Bauern und der Landwirtschaft helfen, denn die Anmerkung ist ja völlig richtig, es betrifft den ländlichen Raum und nicht nur Einzelexistenzen. Da gebe ich Ihnen völlig recht, Herr Minister.

Dem vorliegenden Antrag wird meine Fraktion selbstverständlich selbstredend auch im Interesse der Bauern und

der vor- und nachgelagerten Produktionsbereiche zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Erkenntnis setzt sich durch: Die Milchkrise ist eine Milchmengenkrise. Und klar ist, dass diese Menge dringend reduziert werden muss. Die in Ihrem Antrag angesprochenen Ergebnisse der AMK sagen allerdings, wohin die Reise gehen soll, nämlich dass alle Beteiligten, ich zitiere, „letztmalig die Möglichkeit erhalten sollen, die Milchmenge eigenverantwortlich zu reduzieren“. Da fragt man sich schon, wann der geeignete Zeitpunkt gekommen sein soll, nicht mehr nur auf Freiwilligkeit zu setzen, sondern endlich zur Tat zu schreiten und beispielsweise Liquiditätshilfen an Mengenreduzierungen zu koppeln.

So stellen Sie in Ihrem Antrag fest, dass die bisherigen Hilfsmaßnahmen nicht ausreichend sind, einen drastischen Strukturwandel zu verhindern, und wollen nicht ausschließen, dass es zu Insolvenzen und strukturellen Veränderungen kommen kann. Dabei sollte jedem klar sein, in diesem drastischen Strukturwandel stecken wir schon mittendrin. Während Tag für Tag bäuerliche Milchviehbetriebe für immer die Stalltüren schließen müssen – wir haben es gerade noch mal gehört –, investieren Großbetriebe allen ins Bodenlose fallenden Milchpreisen zum Trotz unverdrossen Millionenbeträge in riesige neue Stallgebäude.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

In Ihrem Antrag lese ich immer noch von Russlandembargo und mangelnder Nachfrage aus China und den Öl exportierenden Staaten, wobei in den letzten beiden Fällen eh traditionell kaum Milchprodukte verzehrt wurden und werden. Ganz ehrlich, ich kann das gar nicht mehr hören.

(Vincent Kokert, CDU: Dann hören Sie doch nicht zu! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der Traum von einem unendlich großen Markt für Milch ist und bleibt ein Märchen und hat sich für viele mittlerweile in einen Albtraum verwandelt, meine Damen und Herren.

(Beifall Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was mir bei Ihrem Antrag sofort ins Auge springt, ist die eigentümliche Interpretation der Idee, eine spürbare Marktentlastung zu erreichen, indem Hilfsmaßnahmen an eine Verpflichtung zur Mengendisziplin gebunden werden.

(Thomas Krüger, SPD: Habe ich das gesagt?)

Denn damit ist nicht etwa die unter anderem auch vom Bundesverband der Milchviehhalter geforderte einzelbetriebliche Beschränkung der Produktionsmenge gemeint oder die Einführung eines Bonus-Malus-Systems, wie es zu Jahresbeginn das Molkereiuunternehmen Friesland-

Campina erfolgreich eingeführt hat, nein, denn gleich im nächsten Satz wird angeregt, Milchbauern, die vermutlich ganz diszipliniert die Milchwirtschaft – und viele damit ihre bäuerliche Existenz – für immer aufgeben, sozial verträglich bei der Abwicklung ihres Betriebes zu unterstützen, meine Damen und Herren. Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen! Erst wird vor einem drastischen Strukturwandel gewarnt, um dann dafür zu werben, diesen Strukturwandel finanziell zu unterstützen, indem zusätzliche Anreize geschaffen werden, die Milchproduktion ganz einzustellen.

(Thomas Krüger, SPD: Das habe ich doch überhaupt nicht gesagt!)

Man muss wohl nicht extra erwähnen ...

(Thomas Krüger, SPD: Was redet sie da?)

Ich beziehe mich auf den Antrag.

Man muss wohl nicht extra erwähnen, dass damit vor allem bäuerliche Betriebe abgewickelt werden sollen, denn die großen Betriebe investieren ja munter weiter. Wir haben es jetzt gerade auch noch mal gehört. Sie, meine Damen und Herren der Koalition, scheinen sich mit dem drastischen Strukturwandel schon abgefunden zu haben und versuchen, ihm hier noch kleinen sozialen Anstrich zu geben.

Oder bedienen Sie sich hierbei einer Stellungnahme von Agrarökonominnen der Universitäten Berlin, Göttingen und leider auch Rostock? Auch hier ist von einer sozialen Abfederung bei Betriebsaufgaben die Rede. Ganz unverhohlen spricht man davon, dass in einer Marktwirtschaft nun mal die am wenigsten wettbewerbsfähigen Betriebe ausscheiden. Dann sei der Markt bereinigt, die Milchkrise überwunden. Nur Landwirten, die hohe Kredite aufgenommen haben, um in größere Ställe, Technik und so weiter zu investieren, könnte man noch helfen, um den Banken die schwierige und langwierige Verwertung der Vermögensgegenstände zu ersparen. Eine neoliberale Sicht der Milchkrise, die so drastisch wirklich selten formuliert wurde!

Ich muss es einmal ganz klar sagen: Die dringend erforderliche Anpassung an die desolante Marktsituation kann nur durch die Reduzierung der Milchmenge

(Thomas Krüger, SPD: Das ist das, was wir gesagt haben.)

und nicht durch die Reduzierung der Bauernhöfe erreicht werden, meine Damen und Herren, denn die Industrialisierung der Landwirtschaft, die ja nun auch die Milchwirtschaft mit voller Wucht getroffen hat,

(Thomas Krüger, SPD: Das ist der Kern der Agrarministerkonferenzbeschlüsse.)

wird weder von den profitgierigen Landwirten noch von geizigen Verbrauchern vorangetrieben. In Wahrheit ist es dieses System des Wachstums oder Weichens,

(Egbert Liskow, CDU: Schreien Sie doch nicht so!)

welches dazu führt, dass entgegen jeder ökonomischen Vernunft

(Egbert Liskow, CDU: Alles Demagogie!)

und losgelöst von den tatsächlichen Bedürfnissen

(Glocke der Vizepräsidentin)

eine Produktion angekurbelt wird, die zu Überproduktion, zu Preiseinbrüchen und letztlich zu einem Strukturwandel führt, der nicht nur in Deutschland, Europa und den USA die Existenz bäuerlicher Betriebe zerstört,

(Egbert Liskow, CDU: Alles Demagogen!)

sondern durch Exporte auch in Afrika Milchbauern in den Ruin treibt, ein System, das die Autoren der vorhin zitierten Stellungnahme offensichtlich liebend gerne zementiert sehen wollen.

Professor Onno Poppinga nimmt hierzu wiederum deutlich Stellung. „Alle“, ich zitiere, „grundlegende Bedingungen für Märkte sind bei der Beziehung zwischen Milcherzeugern und Molkereien nicht vorhanden“, es handelt sich „nicht um Markt-, sondern ... um Lieferbedingungen“. Zitatende.

Ich stimme mit Ihnen darin überein – und habe das bereits mehrfach öffentlich gefordert –, dass die Vertragsbeziehungen zwischen Landwirten und Molkereien endlich so weit zu verbessern sind, dass die Landwirte als gleichwertige Partner zu sehen sind.

Erstens. Aus bündnisgrüner Sicht ist die Reduzierung der Kraftfuttergaben und damit die grundfutterbasierte Milchproduktion ein ganz wesentliches Instrument zur dauerhaften Überwindung der Milchkrise.

Zweitens. Wir müssen das System des Wachstums oder Weichens überwinden.

(Stefan Köster, NPD: Das ist aber antikapitalistisch.)

Drittens. Die Fokussierung auf Hochleistungskühe, die mit zugekauftem Kraftfutter immer mehr Milch geben, hat die Krise auf dem Milchmarkt mit verursacht.

Meine Damen und Herren, langjährige Studien belegen, dass grundfutterbasierte Milchproduktion die Gewinne steigen lässt. Und wie wir jüngst im Agrarausschuss bestätigt bekommen haben, kann man, ohne dass die Kühe gesundheitliche Probleme bekommen, das Kraftfutter absetzen. Jeder Landwirt, der so dazu beiträgt, dass die Milchmenge reduziert wird, muss davon angemessen profitieren können.

Ich fasse zusammen: Auch wenn ich selbstverständlich dafür bin, die Vertragsbedingungen zwischen Molkereien und Milchproduzenten deutlich zu verbessern,

(Zuruf aus dem Plenum: Lampe!)

lehne ich eine Milchmengenreduktion durch Betriebsstilllegungen kategorisch ab. Ihren Antrag können wir da nur aus vollem Herzen ablehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD – Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD: Das versteht doch kein Mensch.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

(Thomas Krüger, SPD: Das war auch Ihre erste Aktion in fünf Jahren.)

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Politik lässt die Bauern am langen Arm verhungern. Nicht anders kann die Bewertung der Milchkrise lauten und nichts anderes ist auch aus dem Antrag von SPD und CDU zu schließen. Sie ernten jetzt die Politik von Herrn Dr. Backhaus, die nämlich auf Großbetriebe in der Vergangenheit ausgerichtet war, und die Ergebnisse führen jetzt zu einer Krise in der gesamten Landwirtschaft. Seit Jahren leiden die Milchbauern in unserem Land unter dem Preisdruck der Konzerne und des Einzelhandels. Doch im Augenblick befinden sich die Milchbetriebe in der schlimmsten Krise seit Jahrzehnten.

Die NPD hat hierzu schon sehr häufig ihre Position vorgetragen und ich wiederhole gerne einiges. Da die Milchpreise, die unsere heimischen Bauern für ihre Arbeit erhalten, bei Weitem nicht die Kosten decken, führen sie die Milchbauern mittelfristig in den Ruin. Eine Ursache für den Preisverfall ist sicherlich der Milchüberschuss auf dem Markt. Ein weiterer Grund ist allerdings auch der Preiskampf der Lebensmittelkonzerne, die sich mit immer neuen Billigpreisen zu unterbieten versuchen. Nicht zuletzt versuchen industrielle Großagrarbetriebe, unliebsame Konkurrenten vom Markt zu drängen. Jedem dürften noch die Bilder von Hunderten aufgebracht Bauern im Kopf sein, die in den letzten Jahren in Deutschland protestierten, ihre Milch lieber vergossen, als diese zu verkaufen.

Die Zahl der produzierenden Milchviehbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern sinkt von Jahr zu Jahr mit einer immer rasanteren Talfahrt. Hunderte haben bereits dem Preisdruck nachgegeben und ihre Betriebe, die zum Teil lange Zeit im Familienbesitz waren, schließen müssen. Bauernverbände und einzelne bäuerliche Betriebe sind gegen die Preisentwicklung massiv Sturm gelaufen. Doch was kam von den Superdemokraten hier im Land? Warme Worte, ansonsten rein gar nichts.

(Thomas Krüger, SPD: Was redet der von Superdemokraten?)

Die Politik hat ihre Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit, wie ich es schon mal gesagt habe, an der Kleiderstange der Europäischen Union aufgehängt. Die Gewährleistung von Rahmenbedingungen, Herr Krüger, wie es eigentlich Ihre Aufgabe wäre, für die grundsätzlich die Politik verantwortlich ist, bleibt aus.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist schön, dass Sie mir sagen, was meine Aufgabe ist. Das ist nett.)

Doch nun stehen wieder Wahlen an und SPD und CDU sehen sich wohl gezwungen, etwas für die Bauern und Landwirte hier im Land zu unternehmen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und versprechen ihnen wieder das Blaue vom Himmel. Freiwillige Lösungen sollen die Krise lösen, hörten wir von Dr. Backhaus. In der Agrarausschusssitzung vor einigen Wochen haben die Verbandsvertreter auf meine entsprechende Frage unmissverständlich geantwortet, dass die vorgesehenen freiwilligen Lösungen rein gar nichts bewirken werden.

Doch setzt auch Minister Backhaus weiterhin auf diesen Spuk, Herr Krüger. Es ist zu erwarten, dass die Maßnahmen der politischen Klasse nichts an der jetzigen Situation der Milchbauern in Mecklenburg-Vorpommern ändern werden. Sie sollen offensichtlich lediglich Zeit überbrücken, Zeit, um den Weg für die Konzentrierung auf Großbetriebe fortsetzen zu können.

Weder die Europäische Union noch die herrschende Politik haben ein Interesse daran, dass kleine und familiäre Betriebe auf den Märkten noch als Mitbewerber auftreten. Dabei ist es gerade die Europäische Union, die mit einem Diktat der völligen Marktliberalisierung auch den Bauern und Landwirten hier in unserem Land die Luft zum Atmen nimmt.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Bereits im September 2009 hatte die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern die Erarbeitung einer Konzeption zur Überwindung der strukturellen Krise und des ökonomischen Zusammenbruchs der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gefordert. Doch die Landesregierung und die LINKEN lehnten die Forderung ignorant ab.

In dieser Woche hätten Sie ebenfalls weitere Maßnahmen auf den Weg bringen können. Sie haben diese Möglichkeit wieder einmal nicht genutzt. Unter anderem fordern wir von der NPD-Fraktion bekanntlich, eine besondere Kennzeichnung für solche Produkte der Milcherzeugung zu entwickeln, bei denen den Milchbauern existenzsichernde Preise gewährt werden. Eine solche Kennzeichnung könnte beispielsweise unter der Dachmarke „MV tut gut.“ mit dem Zusatz „Gerecht handeln, gerecht leben“ geführt werden. Und diese Forderungen sind aktueller denn je. Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Krüger von der SPD-Fraktion.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Karlowski, Sie haben hier Dinge erzählt,

(David Petereit, NPD: Die Sie nicht verstanden haben.)

die inhaltlich in keiner Weise etwas mit unserem Antrag zu tun haben. Ich kann mich jetzt darüber aufregen, ich könnte die Dinge einzeln auseinandernehmen

(David Petereit, NPD: Das glaube ich nicht. Das glaube ich nicht.)

oder ich akzeptiere einfach, dass Sie in einer Parallelwelt leben. Ich habe mich für Letzteres entschieden.

Zum Antrag selbst: Meine Damen und Herren, drei Dinge sind aus meiner Sicht notwendig, drei Schritte müssen gegangen werden.

Das Erste ist, wir brauchen eine möglichst weitgehende Sicherung der Liquidität der Betriebe. Die Schritte sind gegangen worden, wir haben Maßnahmen in Gang gesetzt. Der Minister hat etwas dazu gesagt, ich habe in meiner Eingangsrede etwas dazu gesagt.

Der zweite Schritt, meine Damen und Herren, ist, dass wir Regeln brauchen, dass sich die Marktteilnehmer auf Augenhöhe begegnen können, dass ein wirklicher Markt wieder entsteht, dass am Ende Angebot und Nachfrage sich die Waage halten können. Dazu soll unser Antrag beitragen.

Und der dritte Schritt, meine Damen und Herren – und das ist ein ganz wichtiger –, ist ein Schritt, der nach der Krise passieren muss, nämlich der Schritt, dass wir uns darüber unterhalten müssen, wie wir Krisenpräventionsinstrumente schaffen. Leider ist es immer so, dass nach den Krisen nicht mehr über die Krise gesprochen wird. Wir leiden da alle miteinander, alle miteinander, egal, ob die Politik, die Landwirte, Verbände, wir leiden alle miteinander an einer Krisendemenz. Und ich fordere uns alle miteinander auf, wenn diese Krise vorbei ist, müssen wir uns zusammensetzen. Wir müssen darüber reden, mit welchen Präventionsinstrumenten wir künftig gemeinsam vorgehen wollen. Das ist mein Wunsch an die nächste Legislaturperiode. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD,
Vincent Kokert, CDU, und
Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/5523. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD und CDU und DIE LINKE, dagegen stimmten die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der NPD, und es enthielt sich niemand. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/5523 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 100:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Umwelt vor Überdüngung schützen – Stickstoff-Überschüsse in der Landwirtschaft über ergänzende ökonomische Instrumente reduzieren, Drucksache 6/5520.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umwelt vor Überdüngung schützen –
Stickstoff-Überschüsse in der
Landwirtschaft über ergänzende
ökonomische Instrumente reduzieren
– Drucksache 6/5520 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir Bündnisgrünen stehen seit jeher für das Verursacherprinzip, so auch im Fall der Überdüngung der Landwirtschaft durch Stickstoff, denn es ist seit Langem klar – und ich habe in etlichen Reden darauf hingewiesen –, die

Stickstoffbelastungen der Umwelt sind weiterhin zu hoch. Die reaktiven Stickstoffverbindungen belasten unsere Gewässer und damit unsere Gesundheit, sie belasten unsere Atmosphäre und damit letztlich auch das Klima und sie belasten unsere Böden zu stark.

Ein Zuviel an Nitrat im Wasser ist für Menschen gefährlich. Kleine Kinder und ältere Menschen können durch zu viel Nitrat im Trinkwasser krank werden und unsere Artenvielfalt ist bedroht. Ein Zuviel an Stickstoff bedroht gerade die selteneren Pflanzenarten, die angesichts eines Stickstoffüberschusses einfach nicht mehr existieren können.

Über Kunstdünger, vor allem aber über die Gülle aus der Schweinehaltung gerät Nitrat in die Gewässer, denn das Umweltbundesamt stellt klar, Industrie, Verkehr und Energiewirtschaft haben in letzter Zeit die Freisetzung von Stickstoff deutlich reduziert, nicht aber die Landwirtschaft. Ihr Anteil an der Stickstoffemission beträgt gut 60 Prozent. Vor allem in Regionen mit intensiver Schweinehaltung erreicht die Nitratbelastung im Grundwasser alarmierende Werte.

(Thomas Krüger, SPD:
Gehören wir dazu aus Ihrer Sicht?)

In Mecklenburg-Vorpommern sind 51 Prozent der Grundwasserkörper in einem schlechten Zustand. 82 Prozent der Seen, 97 Prozent der Fließgewässer und, meine Damen und Herren, alle Küstengewässer, 100 Prozent der Küstengewässer sind von diesem Problem betroffen. Der Hauptverursacher ist die Landwirtschaft, in Regierungspapieren unter der Überschrift „Stickstoff aus diffusen Quellen“ verborgen.

Das Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie hat in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Jülich analysiert, wo in unserem Bundesland welche maximalen Stickstoffüberschüsse verträglich wären, um die Trinkwasserqualität noch gerade so einzuhalten, unter der Überschrift „Theoretisch maximal zulässige Bilanzüberschüsse für Grundwasserziel“. Die Experten vom Landesamt sagen aber auch, ich zitiere: „Die Nährstoffreduktion über die DüV-Novelle wird voraussichtlich nicht ausreichen, um die Gewässerschutzziele zu erreichen. Ergänzende Maßnahmen sind erforderlich.“

(Thomas Krüger, SPD: Werden aber
auch gemacht, das wissen Sie doch.)

Diese Aussage ist nach wie vor zutreffend. Die wenigen bereits eingeleiteten und die angekündigten Gegenmaßnahmen sind absehbar ungeeignet, diesem Umweltproblem wirksam entgegenzutreten. Und diese Auffassung vertreten nicht nur wir, die sich bekanntermaßen für den Umweltschutz einsetzen, auch der Europäische Gerichtshof hat vor Kurzem, Ende April, gegen die Bundesrepublik Deutschland das angekündigte Vertragsverletzungsverfahren wegen Missachtung der EU-Nitratrichtlinie eröffnet. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft – BDEW – spricht von einer „Ohrfeige“ für die Landwirtschaftspolitik. Es drohen Strafen in sechsstelliger Höhe pro Tag für Deutschland,

(Beate Schlupp, CDU: Nach dem Brexit glaubt das
doch nun wirklich keiner mehr, Frau Dr. Karlowski!)

die natürlich auch auf Mecklenburg-Vorpommern runtergerechnet werden. Die EU-Kommission sieht weiterhin

eine wachsende Nitratverunreinigung des Grundwassers und der Oberflächengewässer einschließlich der Ostsee.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und da hilft es auch nicht, nun die Kriterien nach unten zu regulieren, wie Sie, Herr Backhaus, es unlängst für die Wasserrahmenrichtlinie vorschlugen. Hier hilft nur eins: endlich wirksam handeln und so die Umwelt und die Menschen vor den schädlichen Stickstoffeinträgen schützen. Auch die angekündigte Verlegung von Messstellen für die Grundwasserqualität lässt mindestens misstrauisch aufhorchen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

soll hier im übertragenen Sinne die versalzene Suppe so lange mit frischem Wasser verdünnt werden, bis der Messwert wieder schmeckt.

Ein Fallbeispiel aus dem Raum Grimmen: Hier ist wegen der Gülle und der Düngeflut bereits der erste Grundwasserleiter komplett nicht mehr nutzbar. Die Wasserfassung liegt in einem intensiven Landwirtschaftsgebiet mit hohen Stickstoff- und Nitrateinträgen mit teilweise aus geologischen Gründen schlecht abgedeckten Grundwasserleitern. Die Stickstoffbelastung steigt und die Trinkwasserqualität von maximal 50 Milligramm Nitrat pro Liter kann nicht mehr eingehalten werden. Durch Eisenausfällungen setzen sich die Rohre zu und hier ist dem Wasserverband bereits klar, es braucht eine Begrenzung der Düngemenge.

In Trinkwasserschutzzonen müsste ein weiser Umgang mit dem Boden stattfinden. Zum Beispiel ein gut gemachter ökologischer Landbau wäre hier angezeigt.

(Beate Schlupp, CDU: Ja, ja, ja. –
Thomas Krüger, SPD: Leguminosen,
bei Trockenheit sieht das genauso aus.)

Daher fordern wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem heutigen Antrag auf, die Landesregierung soll sich ernsthaft dafür einsetzen, dass eine bundesweite Stickstoffüberschussabgabe geprüft und dann umgesetzt wird.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die Idee einer Verschmutzungsabgabe in Abhängigkeit von der Verschmutzungsintensität dürfte den meisten von Ihnen ganz gut bekannt sein. So basiert doch die Kfz-Steuer für Pkw seit dem Jahr 2009 unter anderem auf dem Prinzip, höheren Schadstoffausstoß mit einer höheren Steuer zu belegen und schadstoffärmere Fahrzeuge steuerlich zu entlasten.

Eine wichtige Rolle spielen bei dem Fallbeispiel der CO₂-Ausstoß, der Kohlenmonoxidausstoß, die Stickoxide und die Kohlenwasserstoffe sowie der Feinstaub in Form von Rußpartikeln. Wir wollen, dass dem Problem an seiner Quelle begegnet wird, anstatt mit steigendem Aufwand eine End-of-Pipe-Lösung nach der anderen auszuprobieren. Und wir wollen nicht, dass nach und nach aus jedem Wasserwerk eine Chemiefabrik wird, um die Trinkwasserqualität weiterhin einzuhalten. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Karlowski.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich weiß, wir haben Freitagnachmittag und auf der anderen Seite ist es ein hoch brisantes Thema, mit dem wir uns hier auseinanderzusetzen haben.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber mit 15 Minuten kommen Sie doch hin, ne?)

Ich bedauere es auch ein bisschen, weil wir uns gerade vor drei Monaten mit dem Thema intensiv beschäftigt haben, denn es war ja auch ein Antrag der GRÜNEN, der im Agrarausschuss vorgelegen hat. Ich glaube, Frau Karlowski, Sie haben dort hoffentlich Erkenntnisgewinne wahrgenommen, was wir im Lande umgesetzt haben.

(Egbert Liskow, CDU: Ich glaube, das klappt
nicht mehr. – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Weitere Vorschläge der GRÜNEN zur Stickstoffminimierung habe ich in der Landtagsitzung, die wir damals abgehalten haben, nicht wahrgenommen. Und wir waren uns einig, dass wir unsere Anstrengungen zur Minimierung und zur Verminderung der Stickstoffeinträge weiter fortsetzen. Im Übrigen ist die Ursache nicht allein die Landwirtschaft, aber es ist ja Ihr Feindbild, sondern es ist auch der Verkehr und selbstverständlich die ganze Energiewirtschaft, zumindest was auf fossilen Grundlagen basiert.

Selbstverständlich ist das nach wie vor ein Problem, wir haben das Problem mit den diffusen Nährstoffeinträgen aus der Landwirtschaft. Aber die Tinte des Landtagsprotokolls ist kaum trocken, da pickt man sich natürlich aus der GRÜNEN-Fraktion die nächste, wenn ich das so sagen darf, „Ökrosine“ raus, zieht den Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung zu Rate und versucht dann den „Gülle-Euro“ oder die „Stickstoffsteuer“ einzuführen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, Überschussabgabe! Überschussabgabe!)

Ich muss sagen, das treibt mich bei aller Einigkeit in der Sache wirklich zur Verärgerung, denn Sie tun immer so, als hätten wir beim Thema Stickstoffminimierung in den letzten Jahren hier nicht schon einiges erreicht. Fachlich und wissenschaftlich basierte Grundlagen zeigen, dass die Stickstoffüberschüsse in den Flächenländern in Deutschland bei durchschnittlich 77,4 Kilogramm je Hektar liegen

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und damit rückläufig sind. Sie waren nämlich 2003 bei über 90 Kilogramm.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, über 20 Kilogramm sind hier reduziert worden.

(Beifall Thomas Krüger, SPD –
Egbert Liskow, CDU: Das wollen sie nicht
begreifen, die GRÜNEN. Die sind vernagelt.)

Mecklenburg-Vorpommern – und das nehmen Sie bitte
zur Kenntnis – liegt dabei noch deutlich darunter. 2003
waren es nämlich 74,5 Kilogramm und wir liegen heute
bei 58,4 Kilogramm und sind damit vergleichsweise in
den GRÜNEN-geführten Ländern, was die Landwirt-
schaftsressourcen anbetrifft, deutlich darunter. Gucken
Sie sich das mal in anderen Bundesländern an! Dieser
Zwischenruf kam ja schon.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir in den neuen Ländern sind da bezeichnend. Bran-
denburg, Sachsen-Anhalt und ein älteres Bundesland,
ein Landkreis, nämlich das Saarland sind tatsächlich auf
dem Niveau der Absenkung. Die Gesamtstickstoffbilanz
in Deutschland ist weiter gefasst als die Flächenbilanz,
noch vergleichbar mit geforderten Hoftorbilanzen. Sie lag
1991 bei 131 Kilogramm. 131 Kilogramm – das heißt,
wenn man so will, wir haben fast die Stickstoffaufwand-
mengen halbiert. Bitte nehmen Sie das mal zur Kenntnis!

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der Europäische Gerichtshof spielt keine Rolle.)

Damit wurde der vom Bund vorgegebene und immer
noch gültige Zielwert von 80 Kilogramm Überschuss mit
den vorläufigen 84 Kilogramm in Deutschland schon fast
erreicht.

Ich will das bestehende Nitratproblem der Stickstoffüber-
schüsse und der Nitratbelastung im Grundwasser oder
auch in den Oberflächengewässern in keiner Weise als
gut bezeichnen. Erforderlich ist, Maßnahmen, die aber
wohlüberlegt sein müssen und letzten Endes dann auch
eine Langzeitwirkung entfalten müssen, umzusetzen.

Damit komme ich noch mal zu Ihrem Antrag. Jawohl, ich
schätze den Sachverständigenrat. Im Übrigen war ja
gerade ein Vertreter zu unserer 15-Jahr-Feier der Aka-
demie für nachhaltige Entwicklung hier und hat einen,
finde ich, sehr interessanten Vortrag gehalten. Er stellte
in seiner Stellungnahme für den Landwirtschaftsbereich
vor allem den Nachbesserungsbedarf bei den ordnungs-
rechtlichen Instrumentarien dar.

Eine Kernforderung ist die Novellierung der Düngever-
ordnung und damit ein stringenter Vollzug. Nun lassen
Sie uns das doch erst mal über die Bühne bringen!

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ihre eigenen Leute sagen
ja, dass das nicht ausreichend ist.)

Ich erwarte jetzt, dass der Bund diese endlich vorlegt, um
dann gegebenenfalls in stärkerem Maße verpflichtende
Maßnahmen zu ergreifen, zum Beispiel die Ausweisung
von Wasserschutzgebieten, oder nach dem Verursacher-
prinzip auch mit Sanktionen arbeiten zu können. Erst
dann wird von diesem Spezialistenrat die Einführung
einer Stickstoffsteuer überhaupt in Erwägung gezogen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist ja schlimmer als das,
was wir jetzt fordern. Das ist ja interessant.)

Es war richtig, dass der Sachverständigenrat für Umwelt
die Überschussaufgaben in einem breiten Instrumenten-
mix fordert.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Richtig.)

Er fordert jedoch nicht die sofortige Einführung einer
Abgabe, sondern empfiehlt in seiner Stellungnahme die
Förderung von Forschungsvorhaben, um die Wirkung
des Instruments mit unterschiedlichen Varianten zu mo-
dellieren.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau das ist unser Antrag.)

Das ist wissenschaftsbasierte Politik, und genau das machen
wir in diesem Land. Sie waren noch gar nicht im Landtag,
da haben wir das mit der Arbeitsgruppe für die diffusen
Nährstoffe auf den Weg gebracht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich halte es immer
für richtiger und wichtiger, die Landwirtschaft mitzunehmen.
Und auch unser Beratungsprogramm zeigt ja, dass wir
gerade bei Umweltfragen auf einem guten Weg sind.

(Egbert Liskow, CDU: Das leben wir.)

Über 3.000 Beratungsgespräche, die stattgefunden ha-
ben, führen dazu, dass das Verständnis für Natur und
Umwelt und auch Produktion deutlich besser wird. Es
bleibt zum Beispiel in Ihrem Antrag völlig offen, für wel-
che Abgabe sich nun die Landesregierung einsetzen soll,
für eine Emissionsabgabe, bei der die Düngung bilanziert
werden muss und, und, und.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie das alles kontrollieren, überwachen und letzten
Endes mit dem Personal abdecken wollen, ist, glaube
ich, zu kurz gesprungen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Auf Bundesebene, ich glaube,
Sie haben den Antrag nicht richtig gelesen.)

Ich darf in Erinnerung rufen, meine sehr geehrten Damen
und Herren, dass man in Deutschland nicht einfach so
daherkommen kann und eine Abgabe einführen kann.
Auch das funktioniert nicht.

(Beate Schlupp, CDU: Das stimmt,
Abgabenrecht und Abgabenordnung.)

Für eine derartige Überschussabgabe muss der Verursa-
cher erst einmal zweifelsfrei

(Thomas Krüger, SPD: Festgestellt werden.)

und rechtssicher ermittelt werden.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis! Selbst Ihre Kollegen
von Greenpeace, die ich zum Teil sehr gut kenne, kom-

men zu dem Ergebnis, dass die Erhebung einer Abgabe sehr aufwendig wäre. Es müssten Stickstoffbilanzen aller landwirtschaftlichen Betriebe genau dokumentiert werden. Das bedeutet, das ist dann wieder dieser „grüne Geier“,

(Heiterkeit bei Beate Schlupp, CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

der die Betriebe alle kontrollieren soll, womit letzten Endes Trittin auch Schiffbruch erlitten hat.

Ich sage Ihnen nur, wir müssen hier mit Wissen arbeiten und nicht mit einer Doktrin der Ideologie. Das funktioniert nicht. Ich denke, das haben Sie auch längst verstanden.

(Egbert Liskow, CDU: Ihre Einnahmequelle.)

Das bedeutet auch noch mal, das bedeutet einfach, dass wir im Dialog bleiben müssen, aber ich will an dieser Stelle natürlich auch nicht negieren, dass wir Probleme haben. Seit Monaten wird darüber debattiert, ohne dass wir zu einem Ergebnis kommen. Ich sage noch mal, die Düngeverordnung ist jetzt wirklich endgültig vorzulegen.

Ich glaube, aktuell kann ich auch sagen, es gibt den nächsten Brief der Kommission, der darauf hinweist, wenn jetzt nichts passiert, wird nicht das Pilotverfahren umgesetzt, sondern es kommt gegebenenfalls zu einer Verurteilung oder zu den Strafzahlungen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich höre ich auch vonseiten der Umwelt und des Wasserschutzes – das können Sie heute in der Zeitung sehr schön lesen –, dass wir hier weiterkommen müssen. Ich plädiere seit Jahren dafür, die Wasserschutzgebiete endlich festzusetzen und mit Maßnahmen zu arbeiten,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber ich sage hier sehr klar und deutlich: Selbstverständlich muss der Landwirt dann auch entschädigt werden, wenn er Mindererträge auf diesen Flächen erhält. Dass sie damit die Wasserpreise nach oben treiben, auch das nehme ich so zur Kenntnis.

Wir müssen und werden gemeinsam daran arbeiten, die Stickstoffbilanzen und die Belastung für die Umwelt sowie die Gewässer, die ganz besonders dazu zählen, weiter zu reduzieren und gleichzeitig eine bedarfsgerechte und auskömmliche Landwirtschaft und Landbewirtschaftung zu sichern.

Geben wir doch zunächst erst mal der Düngeverordnung eine Chance! Mir erscheint das allemal sinnvoller, als halbherzige Maßnahmen wie den „Gülle-Euro“ hier in den Raum zu stellen. Jeder Euro, den wir in Abgabenerhebungen ausgeben müssten, ist aus meiner Sicht in Vollzug unter einer Kontrolle tatsächlich besser angelegt.

Insofern glaube ich, dass unser Konzept zur Reduzierung der diffusen Nährstoffeinträge eine wirklich sehr gute Grundlage ist, und andere Bundesländer schreiben – wie Sie wissen, auch Niedersachsen – gerade unser Konzept ab. Ich glaube, wir beweisen damit, dass wir tatsächlich die Mechanismen sehr klar erkannt haben.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schlupp von der CDU-Fraktion.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Minister sagte es bereits, wir haben uns vor Kurzem mit dem Thema auseinandergesetzt. Ich habe hier eine Auflistung von mindestens vier Anträgen, die durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt wurden.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, aber jetzt vor
der Wahl muss das noch mal kommen.)

Heute allerdings geht die Forderung darüber hinaus, nur Stickstoffüberschüsse zu reduzieren, sondern eine Sondersteuer auf Stickstoffdünger steht jetzt ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist eine Abgabe auf Überschüsse.)

Eine Abgabe auf Überschüsse ist genauso geregelt in der Abgabenordnung, und warum das nicht funktionieren kann, hat Ihnen der Minister erklärt.

(Egbert Liskow, CDU: Die sind
unbelehrbar, die GRÜNEN.)

Ich meine nur, dass das jetzt zusätzlich aufgesetzt werden soll, und ich stelle hier schon einmal klar, dass es eine solche Sonderabgabe, in welcher Form auch immer, mit meiner Fraktion nicht geben wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Sowohl die Nitratrichtlinie der Europäischen Union als auch die Düngeverordnung und das Düngemittelgesetz sind ausreichend, um einen sorgsam Einsatz von Stickstoffdünger zu gewährleisten. Dazu bedarf es meines Erachtens keiner wie auch immer gearteten Sonderabgabe, welche die landwirtschaftlichen Unternehmen in einer ohnehin schwierigen Situation zusätzlich belasten würde. Klar ist, dass gerade die Milchproduktion aus dem Grundfutter zur erheblichen Kostensenkung beiträgt und so Wettbewerbsvorteile nach sich zieht. Gleichzeitig wird das Füttern von Eiweißfutter reduziert. Wenn die GRÜNEN den Import von gentechnisch verändertem Soja verteufeln, so können sie nicht gleichzeitig den Eiweißgehalt von Grassilage über mangelnde Düngung reduzieren wollen.

Und ich will es noch mal sagen, Sie halten ja die ökologische Landwirtschaft für das Allheilmittel. Wenn Sie sich dieses Messstellnetz und die Ergebnisse angeguckt hätten, Frau Dr. Karlowski, dann wäre Ihnen aufgefallen, dass eine besonders belastete Grundwassermessstelle in Vorpommern in einem Gebiet liegt, das seit Jahren ökologisch bewirtschaftet wird.

(Thomas Krüger, SPD: Freiland-
schweinehaltung zum Beispiel.)

Von daher würde ich Ihnen empfehlen, sich doch vielleicht etwas dezidierter und differenzierter mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

(Egbert Liskow, CDU: Das können die nicht.)

Sehr geehrte Damen und Herren, Dänemark hat bereits eine Abkehr von seiner restriktiven Haltung zur Stickstoffdüngung vollzogen. In den zurückliegenden Jahren konnte dort aufgrund der Vorgaben kein Brotgetreide mehr produziert werden, sodass die Landwirtschaft vor dem Zusammenbruch stand. Deshalb war die Rückkehr zur üblichen Düngung nur logisch.

Es ist auch schon vom Minister angeführt worden, dass der bürokratische Aufwand für die Ermittlung des Stickstoffüberschusses erheblich wäre. Die administrativen Kosten wären aus unserer Sicht genauso wenig gerechtfertigt wie der Grundansatz, den Sie mit Ihrem Antrag verfolgen.

Ich versuche es noch weiter zu verkürzen, denn es bringt ja nichts, dass wir Ihnen jetzt etwas erzählen, was Ihnen sowieso irgendwo völlig egal ist und auf das Sie nicht eingehen wollen. Von daher kann ich Ihnen nur sagen, dass für meine Fraktion sicher ist, dass das Land bei entsprechender Kompensation der Mindererträge und Einnahmen durch die Gesellschaft die Stickstoffdüngung durchaus reduzieren würde, und das wäre der aus Sicht meiner Fraktion angemessene Weg. Eine zusätzliche Belastung des Berufsstandes wird es mit meiner Fraktion nicht geben. Und Sie ahnen es schon, Frau Dr. Karlowski, auch diesen Antrag werden wir wie alle vorherigen Anträge ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der aufgerufenen Drucksache heißt es, ich zitiere: „Der Landtag möge beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass als Teil einer wirksamen Gesamtstrategie zur Reduzierung der Stickstoffbelastung der Umwelt, Möglichkeiten von Abgaben bei Stickstoffüberschüssen in der Landwirtschaft geprüft und bei Realisierbarkeit entsprechend umgesetzt werden.“ Ende des Zitats.

Das ist der gesamte vorliegende Antragstext. Meine persönliche Übersetzung lautet: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert heute zum wiederholten Mal eine Steuer auf Stickstoffdünger, das heißt eine Steuer auf Gülle, auf Festmist und verschiedene mineralische Düngemittel.

(Egbert Liskow, CDU: Die
Landwirtschaft kaputt machen.)

Um es klar zu sagen: Das ist nicht der Weg meiner Fraktion DIE LINKE.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Natürlich sehen wir auch, dass es gerade bei der Reduzierung der Nährstoffüberschüsse in der Landwirtschaft

noch erheblichen Handlungsbedarf gibt. Nicht zuletzt hat sich ja auch das Umweltbundesamt mit seiner Studie „Reaktiver Stickstoff in Deutschland“ erst am 23.06., also vor zwei Wochen – die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks – in die Debatte eingebracht.

Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN muss man dabei aus meiner Sicht zugutehalten, dass sie immer wieder Themen aufgreift, die mit der Art und Weise zusammenhängen, wie wir in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern Landwirtschaft betreiben sollten. So hat Ihre Partei, verehrte Frau Dr. Karlowski, einen nicht gerade geringen Einfluss auf die Landwirtschaftspolitik in Bund und Ländern. Immerhin stellen die GRÜNEN eine Reihe von Landwirtschaftsministern in den Ländern und trugen jahrelang Verantwortung im Bund auf diesem Gebiet. Trotzdem sind wir zum Beispiel bei der Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie – Sie haben es selbst gesagt – immer noch nicht recht vorangekommen und sehen uns einem Vertragsverletzungsverfahren ausgesetzt.

Deshalb kann ich nur immer wieder die Forderungen meiner Partei wiederholen: Die Bundesregierung muss umgehend die Novelle der Düngeverordnung beschließen. Die bisher bekannt gewordenen Vorschläge, zum Beispiel für maximal zulässige Düngerüberschüsse auf unseren Feldern, sind für uns nicht ausreichend.

Wir fordern eine Stall-Schlag-Bilanz für die Wirtschaftsdünger. Wir fordern ein Verbot für eine rein gewerbliche Nutztierhaltung, die nicht bodengebunden ist. Das hatte ich bei der Milch erst auch schon gesagt. Wir brauchen standortbezogene, regional abgestimmte Tierbestandsobergrenzen, die auf wissenschaftlicher Basis beruhen. Auch das haben wir wiederholt betont.

Wir fordern eine Aktualisierung der Regeln für die sogenannte gute fachliche Praxis hin zu mehr Boden- und Gewässerschutz. Wir fordern, dass auch Mecklenburg-Vorpommern seine Hausaufgaben erfüllt und zum Beispiel die Gewässerrandstreifen deutlich verbreitert. Wir fordern einen schnelleren, aber bedarfsgerechten Ausbau des ökologischen Landbaus in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern.

(Thomas Krüger, SPD: Genau, richtig.)

Wir fordern eine schnellere und weitere Ökologisierung der gesamten Agrarproduktion. Wir fordern eine weitere Anpassung der Verpachtungskriterien für landeseigene Flächen durch Umweltauflagen und wir fordern noch zielgenauere Agrarumweltmaßnahmen. Wir fordern – Sie sehen, es ist ein ganzer Forderungskatalog – eine weitere Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln auf das absolut notwendige Maß, wie wir das bei der Debatte über den Glyphosateinsatz erläutert haben.

Wir fordern aber auch, und ich unterstreiche jetzt noch einmal „auch“, dass alle Umweltleistungen der Landwirte, ob nun freiwillig erbracht oder gefordert, tatsächlich durch die Gesellschaft vergütet werden. Das sind für DIE LINKE die richtigen Wege, um auch zu einer deutlichen Verbesserung der Stickstoffbilanz zu gelangen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Aber, meine Damen und Herren, wir verlieren dabei nie die sozialen und die wirtschaftlichen Aspekte aus den

Augen. Nachhaltiges Wirtschaften heißt für uns, die Einheit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem zu sichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer Forderungen nach einer Stickstoffsteuer erhebt, sollte auch immer eine Folgenabschätzung gemacht haben. Mit einer solchen deutschlandweiten Steuer verschlechtern wir die ohnehin schwierige Situation unserer landwirtschaftlichen Betriebe weiter. Wir haben das in der vorherigen Debatte ausführlich besprochen.

Wenn wir über so etwas reden, kann das eigentlich nur europa- und weltweit funktionieren. Auch ein landwirtschaftlicher Betrieb, ob nun ökologisch oder konventionell ausgerichtet, muss sich am Ende des Tages und vor allen Dingen am Ende des Wirtschaftsjahres betriebswirtschaftlich rechnen, wie es so schön neudeutsch heißt. Die einseitige Einführung einer solchen Steuer wird zur Folge haben, dass noch mehr deutsche Betriebe in die Schieflage geraten. Ein Europa ohne Grenzen für landwirtschaftliche Produkte und Dienstleistungen, das wir sicher alle wollen, darf eben nicht dazu führen, dass nur noch die Großen und die Starken überleben. Ein Europa, das mit CETA und TTIP riesige Freihandelszonen schaffen wird, unabhängig von aller daran geübter Kritik, darf nicht dazu führen, dass kleine Familienbetriebe nicht mehr überleben können. Auch das wäre eine Folge eines solchen vorgeschlagenen einseitigen Schrittes.

Aus all den genannten Gründen wird meine Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE,
Thomas Krüger, SPD, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Tack.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Krüger für die Fraktion der SPD.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft befindet sich in ihrer schwersten Krise seit Bestehen unseres Bundeslandes. Da fragt man sich: Was fällt den GRÜNEN dazu ein?

Märzlandtagssitzung: Neuverpachtung nur noch an Ökobetriebe – das hieße, es käme zum Landentzug bei konventionellen Betrieben, heißt Verschärfung der Krise.

In der letzten Landtagssitzung forderten die GRÜNEN eine Verteuerung der Bewässerung.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verteuerung heißt eine Verteuerung der Produktion und das heißt Verschärfung der Krise.

In der Aprillandtagssitzung und auch in dieser Woche wieder forderten die GRÜNEN eine Begrenzung des Flächenkaufs, selbst bei mittleren Betrieben ab 500 Hektar, meine Damen und Herren, das heißt, die Krisen von morgen zu befördern, weil schlicht und einfach eine Diversifizierung in den Betrieben schlechter stattfinden kann.

Heutige Landtagssitzung: Die GRÜNEN fordern Strafzahlungen für Stickstoffüberschüsse, heißt Verschärfung der Krise.

Meine Damen und Herren, falls Sie nicht wissen, wie so ein Stickstoffüberschuss entsteht, vielleicht mal ein Beispiel: Der Landwirt bringt ja nicht den Stickstoff einfach so aus, sondern er überlegt sich sehr genau, wie viel Biomasse da wachsen wird, und bringt entsprechend den Stickstoff aus. Jetzt gibt es eine große Trockenheit oder welche Umweltereignisse auch immer, er hat eine schlechte Ernte, weil schlicht und einfach so viel Biomasse gar nicht aufgewachsen ist, und es bleibt ein Rest im Boden. Der Landwirt hat die Verluste dadurch, dass er natürlich nicht so viel Erntegut verkaufen kann, und wird von den GRÜNEN noch durch den Stickstoffüberschuss bestraft. Meine Damen und Herren, so kann man als Opposition arbeiten, Regierungsfähigkeit sieht anders aus.

Aber kommen wir zum Thema. Wir müssen – und da sind wir uns mit den GRÜNEN ja einig – zu einer Verringerung der Stickstoffüberschüsse kommen, nur eben nicht so, wie die GRÜNEN es machen. Die von den GRÜNEN vorgeschlagene Abgabe über das bestehende Ordnungsrecht hinaus halte ich jedoch für falsch und in der jetzigen Situation ist es für mich auch ein instinktloser Vorschlag. Emittenten von Stickstoff in die Umwelt sind neben der Landwirtschaft auch der Verkehr, Abwässer aus der Kanalisation und natürlich die Energieerzeugung im konventionellen Bereich. Wir befassen uns heute mit der Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren, richtig ist, dass seit Jahren an dem Thema gearbeitet wird, und nicht nur hier von uns im Land, sondern auch von der EU und im Bund, das haben wir in der Debatte hier alles schon mal erläutert, die EU mit den Maßnahmen rund um die ökologischen Vorrangflächen, den Pufferstreifen, die Eiweißpflanzen und Zwischenfrüchte. Wir haben rund um die Gewässer Maßnahmen auf Bundesebene, die Düngeverordnung. Sie wissen, dass es von 2006 an und Folgejahre – im dreijährigen Schnitt wird das ja dann gemessen – eine ständige Absenkung gegeben hat auf weniger als 90 Kilo, 2007 auf weniger als 80 Kilo, 2008 auf weniger als 70 Kilo und seit 2009 auf weniger als 60 Kilo je Hektar.

Die Düngemittelverordnung soll jetzt zu einer weiteren Reduzierung führen. Letztlich sollen wir ab dem Anbaujahr 2018 auf weniger als 50 Kilo je Hektar an Überschüssen im dreijährigen Mittel kommen. Zudem stellt die Düngemittelverordnung noch eine Reihe anderer Dinge klar, zum Beispiel, dass nicht gedüngt werden darf auf überschwemmten, wassergesättigten, gefrorenen, schneebedeckten Böden. Die Zeiten werden beschränkt, zu denen gedüngt werden kann, und eine genauere Abbildung der Stoffkreisläufe muss passieren.

Kritisieren kann man, dass die Düngemittelverordnung immer noch nicht in Kraft ist, das tue ich hiermit ausdrücklich. Dennoch wird die Düngemittelverordnung nicht schneller kommen, wenn wir immer neue Forderungen auf den Tisch legen. Auf Landesebene – darauf ist der Minister ausführlich eingegangen – hat es zwei Arbeitsgruppen gegeben. Das lasse ich jetzt hier einfach mal alles weg.

Meine Damen und Herren, wenn wir über eine effiziente Düngung reden, kommen wir am Einsatz von moderner sensorgesteuerter Technik nicht vorbei. Stichwort ist jetzt

Smart Farming und ich frage die GRÜNEN mal – Frau Dr. Karlowski hat ja noch Redezeit, sie schüttelt gerade den Kopf, offenbar sieht sie es anders, aber ich sehe es so, wir kommen daran nicht vorbei –, und ich frage die GRÜNEN mal, wie die kleinen Betriebe, die Sie am Mittwoch hier wieder gefordert haben, sich diese Technik leisten können. Oder liegt vielleicht nicht gerade darin ein Vorteil, dass wir große Betriebe haben, die diese teure Technik effizient einsetzen können?

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN fordern uns auf, die Betriebe mit Geldzahlungen zu bestrafen. Ich habe noch eine Frage an Frau Dr. Karlowski: Wie machen Sie das denn künftig, wenn Ihre Biobetriebe die Schweine in der Freilandhaltung haben? Da geht ja die Gülle ganz direkt in den Boden, ganz direkt in den Grundwasserspiegel rein. Wie machen Sie das? Sollen die auch bestraft werden? Vielleicht können Sie da ja noch mal für Aufklärung sorgen.

Meine Damen und Herren, wie sieht die Realität aus? Die Betriebe müssen ihre Nährstoffbilanzen aufstellen. Wenn Verstöße erfolgen, so wird der Betrieb beraten. Er wird beraten, wie er künftig effektiver den wertvollen teuren Dünger einsetzen kann. Das hilft nicht nur der Umwelt, sondern auch dem Portemonnaie der Landwirte.

Betriebe, bei denen Verstöße gegen die Grenzwerte festgestellt werden, stehen – und das ist auch richtig so – in einem besonderen Fokus. Sollte trotz Beratung keine Reduzierung der Nährstoffüberschüsse im Boden erreicht werden oder zumindest eine Trendumkehr erkennbar sein, dann sind auch heute schon finanzielle Sanktionen über das Ordnungsrecht möglich. Das ist geltendes Recht. Eine darüber hinausgehende obligatorische finanzielle Bestrafung der Landwirte halten wir für falsch und Ihren Antrag werden wir – das wird Sie nicht wundern – ablehnen.

Meine Damen und Herren, das ist meine letzte Rede in dieser Legislaturperiode, deswegen meinen herzlichen Dank an den Ausschusssekretär, an das Sekretariat, mit dem wir gut zusammengearbeitet haben. Dank auch an alle Agrarpolitiker. Ich glaube, wir haben im Agrarausschuss sehr vernünftig zusammengearbeitet und es war in vielen Fällen so, dass auch Vorschläge von der Opposition bei uns ernsthaft erwogen und angenommen worden sind, wenn sie vernünftig waren. Also dieses Regierungs-Oppositions-Spiel haben wir, glaube ich, so sehr vernünftig gehandhabt und mein ganz besonderer und ausdrücklicher Dank gilt dem Vorsitzenden Professor Dr. Tack. Es war mir eine Ehre, lieber Fritz, mit dir zusammenarbeiten zu dürfen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Krüger.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt noch mal die Gelegenheit, zum Thema zu sprechen und auf einige der Aspekte, die hier genannt wurden, einzugehen.

(Thomas Krüger, SPD: Auf meine Fragen.)

Ich gehe erst mal auf die Rede von Minister Backhaus ein, der ja auch sagt, er schätzt die Aussagen des Sachverständigenrates für Umweltfragen, wo genau diese Stickstoffüberschussabgabe, die wir hier als Prüfauftrag in den Landtag eingebracht haben, gefordert wird als Teil von vielen anderen Forderungen.

Für mich selbst ist diese Stickstoffüberschussabgabe – übrigens auch eine Pflanzenschutzmittelabgabe – ein sehr wichtiges Thema. Deswegen haben wir das heute noch mal in dieser letzten Sitzung des Landtages auf die Tagesordnung gesetzt und ich hoffe, dass das Thema weiter bewegt werden wird, wenn es auch wahrscheinlich, so, wie es sich schon abzeichnet, heute keine Mehrheit finden wird.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Herr Backhaus, Sie setzen auf die Novelle der Düngemittelverordnung. Herr Krüger, Sie taten das, gleichzeitig wissend, dass die Sachverständigen des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie jetzt schon abschätzen können, dass die Novelle, die ja auch im Bundesrat durch die GRÜNEN mitgetragen wird, so gut sie jetzt im Konsens miteinander abgestimmt ist, trotzdem das Problem nicht an der Wurzel packen und die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie weiter sprengen wird.

Ich bin mir relativ sicher, aber nicht ganz sicher, selbst wenn wir der EU unsere neue Düngemittelverordnung für Deutschland vorlegen würden, würde man nicht sagen, jetzt könnt ihr euer Vertragsverletzungsverfahren einstellen. Ob das passiert, ist überhaupt noch nicht entschieden.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD:
Und für eine Strafzahlung passiert das, ja?)

Es kann genauso gut passieren, dass die EU sagt, okay, jetzt haben wir eine neue Düngemittelverordnung. Gleichzeitig wissen wir, dass weiterhin weder die EU-Nitratrichtlinie noch die Wasserrahmenrichtlinie eingehalten werden können mit den dort gesetzten Werten. Deswegen halte ich weiterhin dieses Instrument – und das ist, wie gesagt, ein Prüfauftrag – für sehr wichtig. Eine Stickstoffüberschussabgabe, bei der alle Werte über die in der Düngemittelverordnung festgelegten Werte für Stickstoff hinausgehen, muss mit einer Steuer oder einer Abgabe belegt werden.

Dass das juristisch möglich ist, hat der Jurist Dr. Möckel vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig gezeigt. Er hat aufgeführt, dass es Bundesverfassungsgerichtsurteile gibt, die die Zulässigkeit von lenkenden Steuern,

(Udo Pastörs, NPD: Lenkenden Steuern!)

lenkenden Steuern und anderen Instrumenten zuverlässig beweist.

(Heinz Müller, SPD:
Man kann mit Steuern steuern.)

Richtig, man darf mit Steuern steuern. Das ist dort dargelegt. Man kann auch den Verbrauch von Betriebsmitteln besteuern.

(Beate Schlupp, CDU:
Oh, es gibt sicherlich hundert Juristen,
die widerlegen, dass das möglich ist.)

Das ist zulässig nach Grundgesetz Artikel 106. Diese Gesetzgebungskompetenzen stehen der Bundesrepublik, stehen dem Bund zu.

(Egbert Liskow, CDU: Glücklicherweise sind Sie nicht in der Bundesregierung.)

Eine Sonderabgabe als Lenkungsabgabe ist auch gedeckt durch das Grundgesetz Artikel 74.

Meine Damen und Herren, wir Bündnisgrünen sind der Überzeugung, dass Umweltkosten wirklich internationalisiert werden müssen. Das ist das Verursacherprinzip, was ich eingangs gesagt habe. Die Wasserrahmenrichtlinienziele müssen erreicht werden, auch die Ziele der EU-Nitratrichtlinie, und die rechtlich zulässigen Ausgestaltungsvarianten sind zum Beispiel eine Sonderabgabe auf Nährstoffüberschüsse oder auch Verbrauchssteuern auf zugekaufte Betriebsmittel. Das sind alles Instrumente, was wir jetzt aber nicht auf den Tisch gelegt haben als Vorschlag.

Sie, Herr Krüger, befürworten also die Verlagerung der Umweltkosten, die die Intensivlandwirtschaft verursacht, auf die Wasser- und Bodenverbände, die das dann wiederum den Verbrauchern aufbürden, und auf die Trinkwasserfassungen.

(Thomas Krüger, SPD: Wie kommen Sie zu dieser Schlussfolgerung?)

Sie, Herr Krüger, outen sich hier erneut als ein Vertreter eines Berufsstandes,

(Thomas Krüger, SPD: Ich bin kein Vertreter dieses Berufsstandes.)

ohne dabei, das muss ich wirklich bedauern,

(Thomas Krüger, SPD: Beantworten Sie doch lieber mal die Fragen, die wir gestellt haben!)

Sie outen sich aber als ein Befürworter der Aussagen eines Berufsstandes, ohne dabei das Wohl des ganzen Bundeslandes und damit aller Bürger und Bürgerinnen im Blick zu haben. Das finde ich wirklich sehr bedauerlich.

Sie haben die Beratung der Landwirte angesprochen. Ich war auch bei solchen Veranstaltungen dabei, wo bei zu hohen Nährstoffabgaben der Finger gehoben wird von der zuständigen Behörde und gesagt wird, das ist aber zu viel, was du ausgebracht hast. Das entspricht nicht der Hoftorbilanz, die eingehalten werden muss. Bitte pass im nächsten Jahr besser auf! Und wenn er das immer noch nicht tut, dann soll er ein Tagebuch führen. Und zwischen den Augen und zwischen den Zeilen zwinkernd wurde ...

(Thomas Krüger, SPD: Sie ignorieren völlig die Debatte. Sie reden an der Debatte vorbei.)

Ich gehe jetzt genau auf die Beratungsinitiative ein, die Sie vorhin in die Debatte eingebracht haben.

Und zwischen den Zeilen wurde klar gesagt,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

eigentlich wird einfach nur,

(Thomas Krüger, SPD: Freiland Schweinehaltung führt zur Verringerung des Nitrats.)

eigentlich wird bei dieser Beratung viel zu wenig durchgegriffen und es wird überhaupt nicht sanktioniert. Es wird nur gesagt, pass ein bisschen besser auf. Also das reicht uns GRÜNEN wahrlich nicht, um diesen gravierenden Umweltproblemen angemessen entgegenzutreten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Herr Tack ist als Einziger noch einmal auf den Antrag tatsächlich eingegangen, auf die Inhalte, die wir hier fordern.

(Beate Schlupp, CDU: Da haben wir ja noch Hoffnung.)

Ich betone noch einmal, dass es uns darum geht, eine Gesamtstrategie zur Reduzierung der Stickstoffbelastung auf den Tisch zu legen und eine Prüfung durchzuführen, dass es zukünftig eine Stickstoffüberschussabgabe geben kann. Das ist unser Anliegen. Ich bitte weiterhin um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Karlowski.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen von Frau Dr. Karlowski haben mich spontan bewogen, mich zu Wort zu melden.

Frau Dr. Karlowski von den GRÜNEN, das Problem, das Sie haben, ist ganz einfach, dass Sie auf der einen Seite globalistisch kapitalistische Politik betreiben wollen, denn Sie widersprechen bei keinem Punkt des Marktes, des Freihandels, auch nicht im Bereich der Versorgung mit gesunden Lebensmitteln der Völker auf dieser Erde. Und auf der anderen Seite wollen Sie dann nationale Regulierungen durchdrücken, die zum Nachteil der kleinen, mittleren und auch großen Bauern sowie agrarbetreibenden Unternehmen stattfinden. Das funktioniert nicht.

Ich will Ihnen Folgendes sagen: Stellen Sie sich einmal die Frage, warum denn die Betriebe überdüngen, warum die Betriebe Pflanzenschutzmittel benutzen, und das leider oft sehr intensiv zum Nachteil der Umwelt und der Verbraucher! Warum tun die das? Das tun die doch nicht, weil sie den Boden ausbeuten wollen bis zum Gehtrichtmehrer, sondern das tun die, weil das System, was ihr GRÜNEN wollt, eine Internationalisierung der Wirtschaft ist, eine Globalisierung der Wirtschaft, und ihr damit einen Wettbewerb schafft, der noch über diesen Wahnsinn der EU-Agrarverordnungen und der EU-Diktatur weit hinausgeht.

Stellen Sie sich doch hier hin und bekleiden Sie einmal nationale Positionen im Bereich der Landwirtschaft,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Ist das eigentlich Ihre letzte Rede hier? – Heinz Müller, SPD: Time to say goodbye.)

denn nur so ist eine vernünftige Bewirtschaftung unserer Flächen möglich.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wettbewerb entscheidet am Ende darüber, was die Leute kaufen. Und wenn Sie nicht zu einer nationalen Agrarwirtschaft zurückkehren, dann werden Sie keine vernünftige Landwirtschaft in diesem Lande durchsetzen können, weil nämlich im internationalen Wettbewerb die großen Konkurrenten wie Kanada, Australien, Neuseeland, Argentinien, Chile et cetera zu viel besseren Bedingungen klimatischer Natur ihre Lebensmittel beziehungsweise ihre Agrarprodukte absetzen können.

Sie täuschen und belügen hier mit Ihrem Antrag die Menschen in unserem Land, weil Sie sagen, wenn man das macht, dann ist alles in Ordnung. Sie vergessen, dass durch diese gesamten Maßnahmen, die Sie in diesem Hohen Haus fordern, es nicht nur in dem Antrag in der Summe dazu führt, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer Agrarbetriebe noch schlechter wird.

Deswegen ist das unehrlich, was Sie machen von den GRÜNEN, und erst recht, was Herr Backhaus von der SPD hier erzählt. Es gibt nur ...

(David Petereit, NPD: Er telefoniert gerade.)

Er telefoniert gerade, ja.

Es gibt nur die Möglichkeit, unseren Agrarraum zu schützen, indem wir wieder souverän und eigenverantwortlich Agrarpolitik betreiben können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist doch gut nun! Das interessiert doch keinen Menschen mehr hier.)

Und dann kann man auch diese Bestimmung einführen, die Sie fordern. Aber bei der Internationalisierung, die Sie von den GRÜNEN auch wollen, wird das hier nur zur großen Lebenslüge der GRÜNEN. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion ...

(David Petereit, NPD: Frau Doktor wollte noch sprechen. – Udo Pastörs, NPD: Die ist schon geschlossen, die Aussprache.)

Die Aussprache ist geschlossen.

(Beifall Tino Müller, NPD –
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Okay, dann nicht.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5520. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. –

(Vincent Kokert, CDU: Ein Kessel Buntes.)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5520 bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ablehnung durch alle anderen Abgeordneten des Landtages abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 101:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Forschung und Entwicklung auf Landes- und Bundesebene vorantreiben – Maßnahmen zur Wachstumsfinanzierung und Existenzgründung unterstützen, auf Drucksache 6/5524.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Forschung und Entwicklung auf Landes-
und Bundesebene vorantreiben –
Maßnahmen zur Wachstumsfinanzierung
und Existenzgründung unterstützen
– Drucksache 6/5524 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Waldmüller für die Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im letzten Wirtschaftsausschuss am 23.06. haben wir vom Wirtschaftsministerium Informationen bekommen zum Stand der Inanspruchnahme der EFRE-Mittel für Forschung, Entwicklung und Innovation. Wir haben unter anderem etwas erfahren über die bürokratische Abwicklung und über den Stand der Bewilligungen. Wir haben ganz klar Steigerungen vernehmen können. Und warum dieses Thema Wachstumsfinanzierung und Existenzgründungsfinanzierung gerade im Bereich von Forschung und Entwicklung für Mecklenburg-Vorpommern extrem wichtig ist, zeigen auch die vielen Beispiele, die schon auf den Weg gebracht worden sind.

Denken Sie an Cortronik in Rostock – 2006 waren das dort noch 73 Mitarbeiter, heute sind es über 250, oder bei EEW Special sind über 500 Mitarbeiter, bei RoMed werden über 110 Mitarbeiter gefördert –, die Ausgründung aus dem Leibniz-Institut oder PROPHYTA. Ich glaube, wir haben da eine ganze Menge exzellenter Beispiele, die durch diese Wachstumsfinanzierung und Existenzgründungsfinanzierung im Bereich der Forschung und Entwicklung auf den Weg gebracht worden sind.

Und Sie haben es vielleicht vernommen, Sie erlauben mir das zu erwähnen: Erwin Huber, der wirtschaftspolitische Sprecher aus Bayern – er war ja hier bei der wirtschaftspolitischen Sprechertagung –, hat sehr respektvoll resümiert, dass die Küste stark aufholt, und hat dies in einem Interview auch bestätigt. Also wir brauchen uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu verstecken. Ich glaube, „Made in M-V“ ist in, nur wir brauchen mehr davon.

Meine Damen und Herren, wir haben schon öfter in diesem Landtag, in dieser Legislatur über dieses Thema gesprochen. Ich erspare mir jetzt die Aufzählung der Drucksachen. Es waren vier Drucksachen, über die wir gesprochen haben, und immer hat uns eins beschäftigt, nämlich, dass Forschungs- und Entwicklungsgelder in kleinen und mittelständischen Betrieben eben nicht vorhanden sind beziehungsweise die Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Betrieben dadurch auch gehemmt ist. Es wurde reagiert, auch im Wirtschaftsministerium.

Sie wissen, es sind zwei Risikokapitalfonds aufgelegt worden, und ich möchte Ihnen sagen, welche For-

schungs- und Entwicklungsausgaben von 2006 bis 2013 getätigt wurden. Im Bund waren es mehr, also es ist eine Steigerung von 12 Prozent zu verzeichnen, in Mecklenburg-Vorpommern in diesem gleichen Zeitraum 29 Prozent, also mehr als doppelt so viel wie im Bund, was natürlich eine Wertschöpfungssteigerung herbeiführt und diese Wertschöpfungslücke, die wir noch schließen müssen, die das eben mit befördert.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist ein Mittel, um diese Wertschöpfungslücke zu schließen.

Wenn man jetzt mal auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern guckt, so haben wir in Mecklenburg-Vorpommern in 2013 0,48 Prozent. Im Bund haben wir 1,91 Prozent. Das ist genau das, was ich gerade gesagt habe, das liegt an unserer kleinteiligen mittelständischen Struktur. Und man muss zugeben, dass die maßgeblichen Finanzierungsquellen für Forschung und Entwicklung in Unternehmen über das EFRE-Programm finanziert werden. Wenn wir uns das EFRE-Programm angucken, da haben wir das Operationelle Programm von 2007 bis 2013. Davon waren in der damaligen Förderperiode – von den 1,2 Milliarden, ich verkürze das mal – für Forschung und Entwicklung 155 Millionen und in der jetzigen Legislatur von 2014 bis 2020 haben wir noch 968 Millionen und davon für Forschung und Entwicklung 168 Millionen.

Das heißt, wir haben eine Absenkung um 25 Prozent, haben aber eine Steigerung für Forschung und Entwicklung um 10 Prozent. Das heißt, die Weichenstellungen sind richtig erfolgt, wenn man immer davon ausgeht, die Wertschöpfungslücke auch schließen zu wollen. Aber klar ist, dass sich das nicht verstetigt. Die EU-Förderperiode wird auslaufen, das verstetigt sich nicht. Mittelfristig muss man sich darüber Gedanken machen, wenn das die Hauptfinanzierungsquelle ist, wie man das kompensieren kann, wenn man diesen Weg weiter beschreiten möchte, und deshalb unser Antrag.

Sie kennen die GRW-Förderung. Die GRW-Förderung ist ja primär für die wirtschaftsnahe Infrastruktur und für die gewerblichen Investitionen, also Ansiedlungs- und Erweiterungsinvestitionen oder Erweiterung bei Gewerbegebieten und, und, und. Und hier ist die Forderung, da über die GRW-Förderung nur bedingt Forschung und Entwicklung gefördert werden können, die Höchstgrenzen pro gefördertem Projekt zu öffnen, damit es als Ersatz für die auslaufenden EU-Fördermittel fungieren kann.

Das Zweite, was wir aufgeschrieben haben, was Sie aus dem Antrag sehen können, ist, dass wir neu zu schaffen die Bund-Länder-Instrumente brauchen. Hier geht es primär hauptsächlich um die Abstimmungserleichterung, die Zuständigkeit zwischen Bund und Land.

Und das Dritte, was in dem Antrag steht, ist, dass wir diese INNO-KOM-Ost, die Förderung externer Industrieforschungseinrichtungen – Sie wissen, das ist für die neuen Bundesländer, da ist ja die Forderung –, auf alle Bundesländer mit strukturschwachen Gebieten ausweiten können. Hier müssen wir aber darauf achten, dass die Mittelausstattung, weil die Mittel ja vom Bund kommen, vom Bund durch die Ausweitung so erfolgt, dass kein Projekt, was aus den neuen Bundesländern kommt,

hinten runterfällt. Gespräche dazu finden statt auf Arbeitsebene.

Wir wollen heute mit diesem Antrag der Landesregierung die Forderung mit übergeben, die Mittel schon perspektivisch für die Zukunft, für FuE-Ergebnisse über GRW zu erweitern, damit der Aufholprozess in der Wirtschaft auch über die EU-Fördermittelperiode hinaus weiter stattfinden kann. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Waldmüller.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin Bretschneider! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ende des Jahres 2019 wird der Solidarpakt II zugunsten der ostdeutschen Länder auslaufen. Eine Neuordnung sowohl der Bund-Länder-Finanzbeziehungen als auch der regionalen Strukturen und Förderpolitik stehen auf der wirtschafts- und finanzpolitischen Agenda. In diesem Zusammenhang wird auch diskutiert, das Instrument der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, kurz GRW, für Forschung, Entwicklung und Innovation stärker zu öffnen. Die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation gewinnt an Bedeutung, weil ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zunehmend von Produkt- und Verfahrensinnovationen, also zum Beispiel „Industrie 4.0“ getrieben wird und sich hier Förderbedarf und Fördermöglichkeiten zeigen.

Mein Haus hat gegenüber dem Bund bereits mehrere Vorschläge für verschiedene Fördermöglichkeiten der GRW, insbesondere im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation, unterbreitet. Beispielsweise haben wir einen Vorschlag zur Schaffung eines Fördertatbestandes „Forschungsinfrastruktur“ in die Diskussion eingebracht. Dieser Vorschlag wird aktuell erweitert um den Vorschlag zur Förderung von Forschungseinrichtungen. Mecklenburg-Vorpommern hat im Bereich Innovationen in besonderer Weise Handlungsbedarf. Es ist ersichtlich, dass in Mecklenburg-Vorpommern die Bund-Länder-Forschungseinrichtungen überwiegend sowohl von den wissenschaftlich-technologischen Ausrichtungen als auch von der Grundlagenforschung her nur wenig Bezug zu den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft entwickelt haben.

Die Auswahl der Forschungsinhalte, Standorte als auch Zielrichtungen ist nach 1990 eben nicht mit Blick auf die Notwendigkeit in der regionalen Wirtschaft getroffen worden. Die Erfahrung zeigt, dass auch die drei Hochschulen in Wismar, Stralsund und Neubrandenburg aufgrund des fehlenden Mittelbaus nur bedingt Partner der regionalen Wirtschaft sein können. Auch können ein Leibniz-Institut für Atmosphärenphysik sowie Katalyse, ein Max-Planck-Institut für Demografie oder Plasmaphysik nicht den Kern der Bedürfnisse der Wirtschaft im Land treffen.

Diese Lücke gilt es zu schließen. Ich denke hier insbesondere an den Ausbau der Fraunhofer-Institute im Land, die ihre Schwerpunkte in der anwendungsorientierten Forschung sehen, oder auch daran, dass die starke Bedeutung der Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften in der universitären Forschung nicht eine ausreichende Entsprechung im außeruniversitären Forschungsbereich hat.

Aus dieser Erkenntnis heraus sind wir im Land also aktiv geworden. Im Ergebnis wurden geänderte Rahmenbedingungen zu den Fördermöglichkeiten der GRW bereits im Mai 2016 im Unterausschuss für die GRW beschlossen. Die GRW kann sich nun an Forschungs- und Entwicklungsprojekten bis zu 1 Million und an der Markteinführung innovativer Produkte bis zu 200.000 Euro pro Förderfall beteiligen. Darüber hinaus sind die Felder „Schulung“ und „Angewandte Forschung und Entwicklung“ nunmehr auf Antrag meines Hauses auch für Großunternehmen geöffnet worden. Das Förderprogramm des Bundes INNO-KOM-Ost unterstützt außerschulische wissenschaftsnahe Forschungseinrichtungen, welche keine institutionelle Förderung vom Bund oder von den Ländern erhalten.

Bisher galt das Programm nur für die neuen Bundesländer. Wir in Mecklenburg-Vorpommern müssen feststellen, dass wir zu wenige außeruniversitäre wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen besitzen und dass die wenigen Einrichtungen dieses Programm auch nur in geringem Umfang nutzen. Unser Ziel muss es sein, die Konditionen des Programmes zu verbessern und die Nutzung des Programmes dann auch zu bestimmen. Dazu wird das Wirtschaftsministerium Gespräche mit dem zuständigen Bildungsministerium führen. Auf der Bundesebene gibt es die Diskussion, dieses Programm auf alle strukturschwachen Regionen in Deutschland auszudehnen. Hier kommt es darauf an, dass die Interessen der neuen Bundesländer bei diesem Thema nicht vernachlässigt werden. Darauf werden wir ausdrücklich bei den Verhandlungen Wert legen. Das Wirtschaftsministerium hat bereits mit der Deutschen Industrieforschungsgemeinschaft – also der Zuse-Gemeinschaft – Kontakt aufgenommen, um einen abgestimmten Prozess mit dem Bund zu führen. Die Zuse-Gemeinschaft als Vereinigung der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen aus ganz Deutschland ist nach unserer Auffassung ein kompetenter und wichtiger Partner. Das Thema „wirtschaftsnahe Forschung in Mecklenburg-Vorpommern“ muss weiter vorangebracht werden.

Meine Damen und Herren, das Zukunftsthema „Industrie 4.0“, die Digitalisierung der Wirtschaft, ist schwerpunktmäßig auf Großunternehmen in der Fertigungstechnik zugeschnitten. Die gewerbliche innovative Wirtschaft partizipiert bisher nicht ausreichend von der Digitalisierung der Wirtschaft. Da die Digitalisierung der Wirtschaft jedoch einen erheblichen Beitrag zur Erhöhung von Innovation, Forschung und Entwicklung und damit zur Schaffung und Erhaltung werthaltiger Arbeitsplätze leistet, ist eine Teilhabe der klein- und mittelständischen Wirtschaft an dieser Entwicklung unbedingt anzustreben und zu ermöglichen. Zahlreiche Studien zeigen, dass das Wissen über die Chancen und die neuen Geschäftsmöglichkeiten in der digitalen Wirtschaft und das Arbeiten insbesondere im Mittelstand bisher noch zu wenig verbreitet ist beziehungsweise kaum in Anspruch genommen wird. Kleine und mittlere Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, das zu bewerkstelligen.

Auch die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegebene Studie „Erschließen der Potenziale der Anwendung von ‚Industrie 4.0‘ im Mittelstand“ bestätigt, dass bisherige Forschungen und Projekte zur Digitalisierung der Wirtschaft und zu „Industrie 4.0“ zu stark auf die Entwicklung einzelner Technologien bezogen sind. Zudem mangelt es noch an der Zusammenführung, Aufbereitung und Vermittlung der Ergebnisse in einer Form, die für Mittelstand und Handwerk geeignet ist. Daher fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Einrichtung von „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren zur Information und Demonstration“, um mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe bei der Digitalisierung und Vernetzung sowie Anwendung von „Industrie 4.0“ bundesweit zu unterstützen.

Das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern ist gegenwärtig mit wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen aus Mecklenburg-Vorpommern im Gespräch und lotet Unterstützungsmöglichkeiten aus. Ziel ist es, Kompetenzzentren des Bundes in unserem Land zu etablieren. Darüber hinaus unterstützt mein Haus einen weiteren Ausbau des Fraunhofer-Anwendungszentrums in Rostock zu einem eigenständigen Fraunhofer-Institut für Großstrukturen in der Produktionstechnik. Das ist in besonderer Weise für die kommenden neuen Herausforderungen und Chancen im Schiffbau von großer Bedeutung. Ich habe daher bereits die Förderung der vierten Erweiterung des Fraunhofer-Anwendungszentrums und damit eine Förderung von bis zu 14 Millionen Euro in Aussicht gestellt.

Meine Damen und Herren, Forschung, Entwicklung und Innovation sind der Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg und damit für nachhaltige, attraktive Arbeitsplätze. Die sich hier auftuenden Chancen gilt es zu nutzen. Ich werde alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Entwicklung in diesem Bereich weiter intensiv zu unterstützen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Waldmüller, bevor ich im Einzelnen auf den Inhalt eingehe, möchte ich gern etwas Grundsätzliches voranstellen, ich habe das bei Ihren Anträgen hier schon mehrfach gesagt: Natürlich ist es legitim, dass Parteitanträge, Initiativen anderer CDU-Fraktionen in Deutschland oder, wie im Fall des vorliegenden Antrages, eine Erklärung der CDU- und CSU-Fraktionen hier zum Inhalt eines Antrages gemacht werden. Das machen alle, das hatte ich auch schon mehrfach gesagt, dass man irgendwo Futter saugt und das in einen Antrag gießt. Das ist alles in Ordnung, aber – ja, es kommt ein Aber – es geht immer um das Wie, und das habe ich schon mehrfach gesagt, Sie haben es sich zu einfach gemacht. Sie machen Copy-and-paste, formatieren das ein bisschen um und dann sind Sie damit fertig. Wenn es Ihnen gelungen wäre, diesen Antrag – das, was Sie dort besprochen haben, ist vollkommen in Ordnung –, was Sie da besprochen haben, auf die konkreten Bedingungen Mecklen-

burg-Vorpommerns herunterzubrechen und zu sagen, was Sie ganz konkret in Mecklenburg-Vorpommern machen wollen, dann sähe der Antrag erst mal anders aus und dann würden wir auch eine andere Debatte führen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das macht doch Arbeit, Helmut.)

Ja eben, weil es Arbeit macht.

Aber Sie lassen das einfach so stehen, fertig ist der Lack, und ich will das mal an zwei, drei Beispielen deutlich machen.

Ich darf zitieren: „Im GRW-Instrument selbst sind zeitnah die Obergrenzen für einzelbetriebliche FuE-Vorhaben als auch für Verbundforschungsvorhaben Wirtschaftswissenschaft zu erhöhen.“ Soweit das Zitat. Jetzt müssen Sie mir mal erklären: Was heißt denn nun „zeitnah“? Für den einen sind das drei Wochen, für den anderen ist es ein Jahr, für den nächsten sind das vielleicht fünf Jahre oder sogar erst 2019/2020, keine Ahnung. Das bleibt offen in Ihrem Antrag und auch in Ihrer bisherigen Rede.

(Egbert Liskow, CDU: Zeitnah ist zeitnah.)

Auf welche Höhe sollen die Obergrenzen erhöht werden? Warum steht da nichts von einer Höhe? In einem Papier à la CDU-Fraktion ist das dann klar, wenn man das studiert hat, weil es eben in den Ländern Unterschiede gibt. Deswegen konnten Sie hier keine Höhen reinschreiben oder Sie hätten sich für Mecklenburg-Vorpommern klar positioniert. Wo sind denn Ihre Forderungen, die Sie hier deutlich machen wollen, und die Erwartungen auch an die Regierung? Wir können hier gern konkret werden.

Ein nächstes Zitat: „Der GRW-Koordinierungsrahmen muss im Infrastrukturteil erweitert werden.“ Ende des Zitats. Klasse, da weiß doch jeder sofort Bescheid, was Sie genau wollen!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Ich erspare mir das jetzt, alle Einzelheiten aus dem Koordinierungsrahmen vorzutragen, aber es geht im Moment bei Infrastrukturmaßnahmen alles rund um Industrie- und Gewerbegebiete – Sie selbst haben es angedeutet in Ihrer Einbringungsrede –, Baufreimachungskosten, Kosten für die Errichtung von Straßen und Schienen und so weiter. Förderfähig ist die Anbindung von Gewerbebetrieben, auch Maßnahmen im Bereich Tourismus sind förderfähig, Gewerbezentren, Bildungseinrichtungen, all das kann gefördert werden. Kommunikationsverbindungen, die Errichtung von Abwasser- und Abfallanlagen und auch Häfen können gefördert werden.

Und jetzt kommen Sie. Worum muss dieser Teil erweitert werden? Sie können vorn am Pult natürlich viel erzählen, aber am Ende wird der Antragstext beschlossen und da sehe ich weit und breit keinen konkreten Inhalt, der uns in Mecklenburg-Vorpommern nützlich sein könnte. Ich bitte Sie um Entschuldigung, aber es ist wirklich Blabla und allgemeines Gewäsch. Werden Sie konkret, dann kann man sich auch dazu verhalten!

Wenn wir den Antrag gestellt hätten in der Form,

(Heiterkeit bei Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

Sie auch, wenn wir den Antrag ...

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ja, das ist auch klar, dass es Unterschiede gibt.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aber wenn wir jetzt – ich bleibe mal bei uns –, wenn wir den Antrag so gestellt hätten, hätte es aus Ihrer Sicht zwei Reaktionen gegeben:

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Erstens. Zu allgemein, werden Sie jetzt konkret, Herr Holter!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Genau, zu oberflächlich.)

Zweitens. Nach der Rede vom Wirtschaftsminister hätten Sie gesagt, den Antrag brauchen wir nicht, das haben wir schon alles im Griff. Wir sind da schon auf dem Weg, genau das, was Sie erreichen wollen. So machen Sie Politik in Mecklenburg-Vorpommern!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: So allgemein
darf man das jetzt auch nicht sehen. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Doch, doch, doch, doch!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach was!)

Doch, doch, sehr geehrter Herr PGF der CDU-Fraktion, lieber Wolf-Dieter, so ist das.

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Aber ich will mich noch mal ein Stück weiter mit dem Antragstext beschäftigen. Da fordern Sie noch die Ausweitung auf Investitionen, auf wirtschaftsnahe gemeinnützige Forschungseinrichtungen.

(Dietmar Eifler, CDU:
Vorwärts! Wo wir sind, ist vorne.)

Gut, da gehe ich mit, denn es ist Aufgabe der Landesregierung, weil das ja prinzipiell heute auch schon möglich ist. Die Verantwortung der Landesregierung insgesamt kommt in dem Antrag ohnehin viel zu kurz, denn viele neue Aspekte, die 2015 in den neuen Koordinierungsrahmen der GRW aufgenommen wurden, finden sich in der GRW-Richtlinie von Mecklenburg-Vorpommern nicht wieder. Wie auch?! Unsere Richtlinie wurde bereits ein Jahr davor geändert. Da muss die Landesregierung jetzt ran und es gibt deutlich mehr Aspekte, die aufgenommen werden können.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nach der Rede vom Wirtschaftsminister ist mir auch klar geworden, dass es richtig war, dass wir als LINKE fünf Jahre lang auf die Frage von Forschung, Entwicklung und Innovation aufmerksam gemacht haben. Ob in der Öffentlichkeit, im Wirtschaftsausschuss oder auch hier, es war einer unserer Schwerpunkte.

(Egbert Liskow, CDU:
Ihr habt schon alles gemacht.)

Selbstverständlich.

(Harry Glawe, CDU: Wir machen. Wir machen.)

Sie machen, ja, Sie machen! Wann machen Sie?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Im Sommer 2016, am Ende der Legislaturperiode. Sie haben fünf Jahre verschlafen, Herr Glawe!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Fünf Jahre und sich jetzt hinstellen, Harry macht das schon – das Konzept geht nicht auf.

(Beifall und Heiterkeit
bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Harry holt schon mal den Wagen.)

Zum Beispiel auf die Clusterförderung sind Sie, Herr Minister, gar nicht eingegangen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es gibt ja den Freiraum über eine Experimentierklausel. Der Koordinierungsrahmen gibt das ganz konkret her. Danach könnten wir bis zu zehn Prozent jährlich nutzen beziehungsweise maximal 10 Millionen frei einsetzen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

also frei im Unterschied zu dem, was im Koordinierungsrahmen vereinbart ist. Damit würden sich einige Ihrer Forderungen bereits umsetzen lassen, denke ich zumindest, weil ich im Detail ja nicht weiß, was Sie hier konkret fordern.

Zum ersten Teil, also zur GRW, habe ich jetzt etwas gesagt, zu Punkt 1 Ihres Antrages, meine Damen und Herren. Zu einem zweiten Teil, zu Punkt 2, möchte ich auch etwas sagen. Das sehe ich weniger kritisch, die Forderung ist in Ordnung, aber hier möchte ich auf ein Problem hinweisen:

Schauen wir uns doch einmal an, wie Mecklenburg-Vorpommern das Programm INNO-KOM-Ost nutzt. Über das Instrument wurden bisher 234 Unternehmen mit 823 Projekten in Deutschland gefördert. Davon waren 14 Unternehmen – 14 Unternehmen! – mit 26 Projekten aus Mecklenburg-Vorpommern. Also sechs Prozent der geförderten Unternehmen und drei Prozent der Projekte kamen aus Mecklenburg-Vorpommern. Das zeigt doch, dass wir eher über die bestmögliche Nutzung der bestehenden Instrumente reden sollten. Da liegt doch der Hase im Pfeffer. Und dieses Programm ist nicht das einzige. Wenn ich in Richtung Nutzung der Programme bei der Energieeffizienz denke, sieht es da noch schlimmer aus. Auch hier sehe ich die Landesregierung in der Pflicht, die kleinen und mittelständischen Unternehmen in unserem Land durch den Förderdschungel zu führen und die Möglichkeiten bekannter zu machen. Auch an dieser Stelle hat die Landesregierung nachweislich versagt.

Meine Damen und Herren, wir verlassen den Punkt 2 des Antrages, mehr ist nicht dazu zu sagen.

Kommen wir zum Punkt 3. Das ist eines meiner Lieblingsthemen, das wissen Sie, das ist die Digitalisierung.

Und wie so oft zeigt die CDU-Fraktion mit dem Finger auf den Bund oder hat die Landesregierung wieder mal alles in ihrer Kraft Stehende gemacht.

(Harry Glawe, CDU: Jawoll!)

Alles, was ich vernommen habe, ist, dass die Landesregierung mal wieder Studien in Auftrag gegeben hat. Genau das, Minister Glawe, haben Sie gerade wieder erzählt. Das scheint das Allheilmittel von SPD und CDU zu sein. Ich glaube, in 25 Jahren Geschichte Mecklenburg-Vorpommern wurden noch nie so viele Studien und Gutachten erstellt wie in den zehn Jahren Große Koalition.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch gar nicht das Thema. – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und damit ist das, was Sie gemacht haben in zehn Jahren, ein Konjunkturprogramm für Wirtschaftsberatungsgesellschaften.

(Beate Schlupp, CDU:
Da wäre ich mir nicht so sicher.)

Aber eine politische Zielstellung, konkrete Überlegungen in Richtung 4.0 gibt es bei Ihnen offenbar nicht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben in diesem Landtag, Herr Minister Glawe und meine Damen und Herren der CDU und SPD, sehr oft über die Frage von Innovation der Digitalisierung, der Chancen, die mit „Industrie 4.0“ verbunden sind, gesprochen. Aber wo ist Ihr Konzept? Auch hier haben Sie fünf Jahre verschlafen, wir hätten es längst schon haben können.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben nicht zugehört.)

Die Studie ist noch nicht fertig, das weiß ich. Ich habe sehr wohl zugehört. Die Studie ist noch nicht fertig, die Chancen ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich habe Ihnen ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Lieber Herr Minister, eins mache ich: Ich höre Ihnen aufmerksam zu und habe das auch mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, was Sie berichtet haben. Ich will Ihnen bloß sagen, wir sind am Ende der Legislaturperiode, faktisch, zumindest mit der parlamentarischen Befassung,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und wir hätten in Bezug auf Digitalisierung in Wirtschaft und Mittelstand, „Industrie 4.0“, viel weiter sein können,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wenn Sie konkrete Angebote gemacht hätten gegenüber der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Und das ist das Manko,

(Harry Glawe, CDU: Doch, klar haben wir die gemacht!)

was wir Ihnen in Ihr Hausaufgabenheft hineinschreiben. Das können Sie ja dann zu Hause oder auf dem nächsten CDU-Parteitag vorzeigen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber Sie waren sich selbst nicht darüber im Klaren in Ihrer eigenen Fraktion, was 4.0 eigentlich bedeutet. Wir reden hier über Breitbandausbau, das haben wir mehrfach gesagt, das ist die infrastrukturelle Voraussetzung, dass das überhaupt funktioniert. Und wenn Sie jetzt sagen, es reicht nicht aus, dass die Bundesinstitute, die wir beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern haben, die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen, Sie wollen mehr dieser Bundesinstitute, Sie wollen Kompetenz nach Mecklenburg-Vorpommern, unterstütze ich Sie vollkommen,

(Harry Glawe, CDU: Na, dann ist es doch gut.)

aber diese Forderung hätte schon vor fünf Jahren kommen müssen.

(Harry Glawe, CDU: Das hätten Sie doch gleich sagen können zu Beginn der Rede.)

Sie hätten schon längst die Forderung aufmachen müssen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

2012 hat DIE LINKE – ich in Person, mit anderen zusammen – die Forderung aufgemacht,

(Harry Glawe, CDU: Da könnten Sie uns doch ruhig mal loben. Das wäre auch mal nicht so schlecht.)

was nach 2019, nach dem Auslaufen des Solidarpaktes passieren soll.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da ging es um Innovation, da ging es darum, die infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Da haben Sie doch geschlafen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Jaja, von wegen! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ja, so ist das, Herr Glawe. Sie merken, der Antrag ...

(Harry Glawe, CDU: Von wegen!)

Ja, schön, wir haben ja nun versucht, ihn schon mal ein paar Tage vorher zu diskutieren, damit wir das nicht Freitagnachmittag machen müssen. Das ist nun leider nicht gelungen. Der Antrag selbst ruft bei mir keine Begeisterung hervor.

(Heiterkeit bei Dietmar Eifler, CDU: Aber Zustimmung, Herr Holter.)

Er hat aber einen Vorteil: Er ist so allgemein gehalten

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aber er ist unschädlich.)

und so unschädlich, dass wir ihm zustimmen werden, denn im Gegensatz,

(Beifall Dietmar Eifler, CDU)

im Gegensatz ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, ja, ja, Harry!

Im Gegensatz,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

im Gegensatz zur Koalition haben wir nämlich Größe

(Michael Silkeit, CDU: Oh, oh!)

und wir bewerten die Anträge nach Inhalt und nicht nach dem, was von Ihnen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

von Ihnen,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

von Ihnen,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

von Ihnen kommt. Wir bewerten den Inhalt und danach stimmen wir ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

(Egbert Liskow, CDU: Das war ja ein Märchenerzähler jetzt wieder. – Helmut Holter, DIE LINKE: Märchenerzähler ist Ihr Kollege Wolfgang Waldmüller. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Da wir den Antrag ja nun gestern Abend nicht behandelt haben,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, warum eigentlich nicht?)

sondern heute Nachmittag hier stehen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, so ist das.)

will ich mich auch angesichts des regen Interesses, das auf den Zuschauerrängen herrscht, jetzt vielleicht kurzfassen.

(Beifall Detlef Müller, SPD)

Es liegt nicht so sehr an den Drohungen des Kollegen Ritter und der Kollegin Drese. Herr Kollege Ritter hat mir angedroht, wenn ich länger als 30 Minuten reden würde, würde er mir die Freundschaft aufkündigen,

(Heiterkeit bei Helmut Holter, DIE LINKE:
Dafür gibt es Strafzölle.)

und Frau Kollegin Drese sagte, wenn ich länger als eine Minute und 30 Sekunden rede, schmeißt sie mich mit Bonbons tot.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE,
Stefanie Drese, SPD, Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es wundert ...

(Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD:
Das steht jetzt im Protokoll.)

Wenn ich Sie noch kurz stören darf, umso schneller geht das auch.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es wundert mich nicht, dass es eigentlich über dieses Thema – zumindest zwischen den Rednern, die bisher hier gesprochen haben, und ich will mich da gern mit einbeziehen – in der Sache, ich will das deswegen auch mal losgelöst von dem Antragstext sehen, keinen grundlegenden Dissens gibt. Ich glaube, wir haben – und damit meine ich jetzt in erster Linie diejenigen, die sich fachlich mit dem Thema beschäftigt haben, wie geht es wirtschaftspolitisch weiter in diesem Land, wie müssen die entsprechenden Strukturentscheidungen vorbereitet werden – in der Vergangenheit über die letzten fünf Jahre immer wieder über das Thema diskutiert und unterschiedliche Herangehensweisen formuliert. Das ist selbstverständlich zwischen demokratischen Fraktionen und ihren Vertretern, auch in diesem Haus, aber über die Zielrichtung, dass es sich entsprechend weiterentwickeln muss und wir natürlich die Mittel nutzen müssen, die uns, aus welchen Möglichkeiten auch immer, zur Verfügung stehen, glaube ich, gab es keinen grundlegenden Dissens.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nur auf einen Punkt in diesem Zusammenhang hinweisen: Die Fraktionen der SPD und CDU haben ja schon zu Beginn dieses Jahres, im Januar 2016, unter der Überschrift „Entwicklung eines integrierten gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen vorantreiben“ dieses Thema, wie man Strukturpolitik vor den Veränderungen und den Herausforderungen der Zukunft gestaltet,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

gerade im Zusammenhang mit einem digitalen Ausbau oder mit dem Ausbau der digitalen Infrastruktur und den Anforderungen aus den Unternehmen, die sich daraus ergeben, diskutiert und auch solche Fragen hier diskutiert, wie ein entsprechendes Fördersystem, das besteht oder in Teilen noch nicht so besteht, weiterentwickelt werden muss.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen will ich diese Debatte hier nicht noch mal führen. Auch vor dem Hintergrund, dass der Kollege Holter für die Fraktion DIE LINKE erklärt hat – und Herr Kollege Ritter guckt ja schon auf die Uhr –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

auch vor dem Hintergrund, dass der Kollege Holter für die Fraktion DIE LINKE erklärt hat, dass sie diesem An-

trag, weil er qualitativ entsprechend aus ihrer Sicht nicht abzulehnen ist, ich will es mal so herum formulieren,

(Heiterkeit bei Katharina Feike, SPD, und
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

ihre Zustimmung erteilen werden, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Die SPD-Fraktion wird selbstverständlich zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und
DIE LINKE und Wolf-Dieter Ringguth, CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag ist sicherlich nicht sonderlich konkret, trotzdem teilt auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Ziel des Antrages, gerade das, was in der Begründung steht.

(Jochen Schulte, SPD: Wenn ich das gewusst
hätte, hätte ich noch kürzer reden können.)

Noch kürzer, gut, aber du hast uns mit den wenigen Worten schon fast überzeugen können.

(Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU –
Jochen Schulte, SPD: Das wundert
mich nicht, Johann-Georg.)

Ich will übrigens auch noch die frohe Botschaft bringen,

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

gestern kam von einem Abgeordneten der SPD die Aussage, Anträge, die in der letzten Landtagssitzung gestellt werden, zeigen an, dass einem das Thema nicht am Herzen liegt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und DIE LINKE –
Zurufe aus dem Plenum: Ooh!)

Ich glaube, die Kollegen von der CDU wissen zu berichten, dass ihnen das mit Sicherheit trotzdem am Herzen liegt, und ich glaube, auch den meisten Kollegen der SPD. Wir sollten ein bisschen gucken, welche Argumente am Ende in so einer Debatte sinnvoll sind oder nicht.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Das Thema „kleine und mittelständische Unternehmen“ liegt uns ausdrücklich sehr am Herzen. Was ich vermisst habe, waren zum Beispiel klare Aussagen, über welche Summen wir am Ende insgesamt reden. Warum ist das ein Problem? Nichts ist schlimmer bei Förderinstrumenten, als wenn sie nicht auskömmlich finanziert werden, weil jeder betriebswirtschaftlich denkende Unternehmer sagt, das muss ich ja mit einplanen, die Förderung, an-

sonsten bin ich hinten dran, weil mein Konkurrent genau diese Förderung schon mit eingeplant hat. Wenn also nicht auskömmlich finanziert wird, dann kommt der eigentlich gut gemeinte Wille komplett zum Stehen, denn alle warten darauf, dass sie sozusagen noch beantragen können und vielleicht diese Förderung erhalten.

Ich will auch ausdrücklich die Richtlinie loben, die Richtlinie zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft aus der Gemeinschaftsaufgabe. Dort sind zum Teil Sachen vorgegeben an die Unternehmen, die gefördert werden sollen. Ökoaudit beziehungsweise Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, das sind Sachen, die man natürlich mit solchen Förderrichtlinien anreizen kann, damit Unternehmen sich über diese Fragen Gedanken machen können. Das ist sehr gut.

Ich will allerdings noch einen letzten Punkt zum Thema „kleine und mittelständische Unternehmen“ sagen und das ist eigentlich eine Debatte, die, wenn man diese Unternehmen fördern will, mit dazugehört, übrigens auch eine Debatte, die innerhalb der GRÜNEN sehr kontrovers geführt wird, nämlich die Frage nach Vermögen und Erbschaftssteuer, die gerade diese kleinen Unternehmen deutlich trifft.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Quatsch, es gibt Freibeträge.)

Wir alle haben den Anspruch, auch die SPD hat ja gerade ein Interview durch ihren Ministerpräsidenten geben lassen, in dem er nach der Vermögenssteuer gefragt wurde, und er sagte, das begrüßt er sehr.

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt große Freibeträge.)

Das ist bei vielen GRÜNEN genau das Thema, was wir machen wollen, aber auch die GRÜNEN diskutieren hart an der Frage, wie wir es schaffen, dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen zum Beispiel bei einer Vermögenssteuer uns nicht über die Klinge springen,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

sondern dass diese Arbeitsplätze gesichert bleiben. Und das ist eine Diskussion, bei der ich mir wünsche, wenn wir über die kleinen und mittelständischen Unternehmen sprechen, dass wir auch über diese Fragen hier im Landtag reden. Das gehört in eine neue Legislaturperiode, gehört in einen sicherlich etwas umfangreicheren Antrag, den ich mir auch wünschen würde. Hier ist nur ein Ausschnitt genannt, diesem können wir zwar zustimmen, aber beim nächsten Mal wünschen wir uns deutlich mehr Substanz. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Helmut Holter, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Jaeger.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag gelesen habe,

habe ich mir gedacht, na ja, spät kommen sie, aber sie kommen. Dieser Antrag von CDU und SPD, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nichts anderes, als dem Wirtschaftsminister und der Koalition noch einmal Gelegenheit zu geben, dass der Minister sich hier äußert und leider nichts Konkretes vorzutragen hatte, sondern Versprechungen machte, was sich in Zukunft alles positiv verändern wird.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Und das ist Wahlkampfgeklingel, nicht viel mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Auf ein paar Punkte möchte ich aber dennoch konkret eingehen, und zwar sagte Herr Glawe, dass aus den GRW-Mitteln auch für Großunternehmen – für Großunternehmen! – zukünftig Mittel abfließen könnten. Das sehen wir kritisch, weil wir glauben, dass man darüber nur diskutieren kann, wenn man weiß, wie das Gesamtvolumen aussieht. Das heißt also, wenn man jetzt diese Möglichkeit der Hilfe öffnet für Großkonzerne, für Großunternehmen, dann hätten wir schon erwartet, dass Herr Glawe sich hier hinstellt und sagt, wie das für die wirklich kleinen Mittelständler aussieht, was da noch an Finanzmitteln eventuell abfließt, was für die Kleinen nicht mehr zur Verfügung steht. Das ist ein konkreter Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass man natürlich auch mal einen Blick darauf werfen muss, was eigentlich hier in Mecklenburg und Vorpommern im Vergleich zu anderen Bundesländern an Patentanmeldungen erfolgt ist in den letzten fünf Jahren, weil das auch immer ein Indikator dafür ist, wie konkret die Forschung an der Praxis orientiert Ergebnisse liefert. Da müssen wir mal gucken, wie viel das pro Tausend Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern im Verhältnis zu anderen Bundesländern darstellt, und dann sehen wir, dass wir ganz, ganz hinten auf den letzten Plätzen mitschwimmen. Das ist nicht erst seit dieser Legislatur so, sondern das haben wir hier schon, solange ich im Landtag bin, immer zu beklagen, und das wurde ja auch hier und da im Wirtschaftsausschuss thematisiert, letztmalig vor einigen Wochen, als ich dazu Fragen an den Minister hatte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Absichtserklärungen sind an sich gut, man kann dem zustimmen. Wir werden das auch tun, denn das nicht zu tun, würde bedeuten, dass man wirklich eine Chance vergibt, dass dieser Standort hier durch Innovation und durch wirklich kluge Lösungen praxisorientierter Natur Arbeitsplätze sichert und auch vielleicht zukünftig schafft. Allerdings merken wir an, dass wir hier nicht in einer Volkswirtschaft hantieren, so, wie das im Antrag der CDU/SPD suggeriert wird, sondern das hat im Ergebnis mit Volkswirtschaft nichts mehr zu tun und ist ganz klar ein brutal kapitalistisches System, wo oft die Früchte der Unterstützung für Unternehmen, der Subventionen, der Zuschüsse nicht beim Arbeitnehmer und bei der Arbeitnehmerin ankommen. Und das beklagen wir sehr.

Lassen Sie mich abschließend noch sagen, ich hatte 2006 einmal ein etwas längeres Gespräch mit einem CDU-Abgeordneten, dem Herrn Petters, der war auch wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU.

(Minister Dr. Till Backhaus: Oh, ein Experte!)

Und der sagte mir auf meine Frage, auf meine konkrete Frage 2006: Was kann denn eigentlich ...

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bitte schön? Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Jaeger.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist dem jetzt
wahrscheinlich fürchterlich peinlich.)

Nein, das ist ihm nicht peinlich, der war ganz einfach ehrlich, der Mann, im Unterschied zu dem, was wir heute von der CDU gehört haben.

Das Motto hieß, was die CDU in der Wirtschaftspolitik will und was sie kann. Das war die Überschrift. Und da habe ich konkret gefragt: Was kann denn die CDU überhaupt – was sie will, ist eine Sache –, was kann sie denn überhaupt machen, um auch im Bereich der Forschung für die kleinen und mittleren Unternehmen praktisch etwas zu leisten? Seine Antwort hieß sinngemäß, dass die EU – ich zitiere mal sinngemäß – alle sinnvollen Maßnahmen verhindern würde, dass er über 86 Prozent aller Bestimmungen mit seiner Fraktion exekutieren müsste im Landtag und insofern da die Möglichkeiten sehr begrenzt sind.

Das hat sich heute hier wieder bestätigt, wenn man Herrn Glawe gehört hat und wenn man bedenkt, dass die EU-Mittel,

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass die EU-Mittel massiv abgeschmolzen werden und dann von dem Geld, was wir Deutschen zu Hunderten von Milliarden schon eingezahlt haben, wenn Sie mal zusammenrechnen, über diesen Moloch nur sehr wenig zurückfließt,

(Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

das immer weniger wird und wir dann alternative Finanzierungsquellen suchen müssen und der Herr Minister auf die Idee kommt oder darauf hinweist, dass ja der Bund schon was macht, aber noch mehr machen muss in der Zukunft.

Ich sage Ihnen: Lassen wir das Geld, was deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter, was deutsche Unternehmer und Angestellte erwirtschaften, erst gar nicht zukünftig in so großem Maße über diesen diktatorischen Moloch in Brüssel abrechnen, wo es immer versickert, durch Korruption weniger wird, sondern lassen Sie uns das Geld in unserer nationalen Kasse halten! Das ist dann im Volumen viel, viel mehr. Und lassen Sie uns über eine nationale Förderung von Forschung und Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen nachdenken! Das hat Zukunft. Ihr seid die Ewiggestrigen. Die EU ist tot, es lebe der Nationalstaat! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Michael Andrejewski, NPD –
Minister Harry Glawe: Na, nun ist es
wieder gut, es reicht jetzt wieder! –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich entnehme den Äußerungen, dass wir heute mit diesem Antrag auf breite Zustimmung stoßen.

(Beifall Vincent Kokert, CDU: Sehr gut,
das sehe ich auch so. Bravo! – Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh Gott!)

Herr Holter, Ihren Wortbeitrag tue ich einfach unter Wahlkampfgestöber ab.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wenn Sie sagen, nachweislich hat die Regierung versagt – ich weiß nicht, ob Sie mir nicht zugehört haben, ich habe ja auch dargelegt, dass wir von 2006 bis 2013 bei den Entwicklungs- und Forschungsausgaben ein Plus von 29 Prozent haben, dass dadurch eine Wertschöpfungssteigerung im Land entstanden ist, wo wir heute bei 39,9 Milliarden Euro stehen. Das kommt alles nicht von ungefähr, das ist doch die richtige Weichenstellung gewesen.

(Udo Pastörs, NPD: Woher wissen Sie das?)

Wenn Sie sagen, es ist nicht konkret genug,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ich glaube, Herr Glawe hat das konkret genug ausgeführt, indem er ganz klar sagt, wir wollen ein Fraunhofer-Institut für Schiffbau, wir wollen mittelständische Unternehmen in die Lage versetzen, Forschung und Entwicklung allein zu betreiben. Uns stehen im Land – das hatte ich ja ausgeführt – in dieser Förderperiode im EFRE-Programm 168 Millionen zu. Danach schmilzt das ab, und deswegen wollen wir die GRW-Förderung öffnen.

Herr Jaeger, momentan ist GRW-Förderung möglich. Da ist aber eine Höchstgrenze eingeführt bei 500.000 und es geht darum, diese Grenze von 500.000 aufzumachen – wie hoch, das muss genau verhandelt werden.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, aber dann wäre es doch
interessant, mal den Gesamtrahmen zu nennen.)

Man spricht jetzt davon, es pro Projektantrag auf 1 Million oder wie auch immer zu erhöhen. Fakt ist, und das ist klar, wir wollen in der Zukunft unsere kleine und mittelständische Wirtschaft nach wie vor in die Lage versetzen, eigenständig Forschung und Entwicklung betreiben zu können. Und Sie wissen auch selbst, wir haben das in anderen Anträgen gehabt, welche Forschungs- und Entwicklungsleistungen in anderen Ländern getätigt werden. Ich hatte heute gesagt, dass wir im Bund eine Quote haben von 1,9 Prozent, anzustreben sind 3 Prozent. Deswegen ist das der richtige Antrag in die richtige Richtung, für die Zukunft vorzusorgen, und deswegen dieser Antrag. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/5524. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Hand-

zeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/5524 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 102**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bildungsetat vollständig ausschöpfen – Einstellung von Lehrkräften vorziehen, Drucksache 6/5517.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bildungsetat vollständig ausschöpfen –
Einstellung von Lehrkräften vorziehen
– Drucksache 6/5517 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Berger.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit unserem Antrag wollen wir drei Linien der Bildungspolitik miteinander verbinden und drei großen Herausforderungen begegnen: Das wäre zum einen die stark angestiegene Zahl von Kettenbefristungen an den Schulen, wir wollen den hohen Einstellungsbedarf an den Schulen ab dem Jahr 2020 durch vorgezogene Einstellungen abpuffern, und wir wollen schließlich so den Unterrichtsausfall an den Schulen reduzieren.

In unserem Antrag geht es um einen sehr pragmatischen Vorschlag. Wir wollen künftig notwendige Einstellungen von Lehrkräften vorziehen, um die Chancen zu verbessern, überhaupt ausreichend Lehrkräfte für unsere Schulen zu finden. Ab 2020 steigt der Bedarf für neue Lehrkräfte wegen einer großen Berentungswelle auf ungefähr 800 Lehrerinnen und Lehrer pro Jahr an. Es ist höchst unsicher, ob wir diese Lehrkräfte auch nur ansatzweise tatsächlich finden werden. Im vergangenen Jahr wurden dagegen nur 231 Lehrkräfte eingestellt.

Aus unserer Sicht wäre es absolut sinnvoll, wenn wir bereits jetzt beginnen würden, diese Stellen auszu-schreiben. Würden wir jährlich nur 100 Lehrkräfte mehr einstellen als geplant, könnten wir die enormen Bedarfsspitzen zu Beginn des neuen Jahrzehnts spürbar abpuffern, denn wir dürfen nicht vergessen, die Renteneintrittswelle an den Schulen trifft in den nächsten Jahren nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, nicht nur uns allein, in ganz Ostdeutschland und auch in Berlin steigt der Bedarf ab dem Jahr 2020 enorm an. Es wird also ein bundesweites Hauen und Stechen um die Lehrkräfte geben und wir werden nicht das einzige Land sein, das da auf teure Lehrerwerbekampagnen setzt. Wir sollten bereits jetzt anfangen, dementsprechend zu handeln.

Selbstverständlich kostet es Geld, wenn man Lehrkräfte zwei, drei oder vier Jahre eher einstellt als ursprünglich geplant, aber die gute Nachricht ist, das Geld ist da, es ist im Etat des Bildungsministeriums schlichtweg übrig geblieben, und diese Überschüsse werden ziemlich genau für den Zeitraum fortbestehen, in dem mehr Geld für die vorzeitige Einstellung von Lehrkräften benötigt wird. Den Hauptgrund für diese Überschüsse hat der Bildungsminister ja in der Vergangenheit mehrfach eingeräumt: Weil die jungen Lehrkräfte, die wir in den letzten Jahren eingestellt haben, deutlich weniger verdienen als

im Haushalt angesetzt, wird der Etat nicht vollständig ausgeschöpft. Das führt dazu, dass dieses sogenannte 50-Millionen-Euro-Paket in Wahrheit im vorletzten Jahr ein 6-Millionen-Euro-Paket und im letzten Jahr ein 7-Millionen-Euro-Paket war. Wenn man das in Lehrerstellen umrechnet, kommt man auf zusätzlich 500 Stellen, die wir von diesem Überschuss finanzieren könnten.

Wir wissen, im Gesamtpaket waren die Einsparungen natürlich geringer, weil Fehlkalkulationen im Bereich der freien Schulen und der Altersteilzeit zu Mehrkosten führten. Diese Mehrkosten waren jedoch einmalig, die Spareffekte hingegen werden in den Folgejahren immer noch greifen. Insgesamt sind 2015 trotz der einmaligen Mehrkosten 26,5 Millionen Euro übrig geblieben. Das entspricht ungefähr 350 E13-Stellen. Wenn man jetzt bedenkt, dass Grundschullehrkräfte weniger verdienen, könnten wir 400 Lehrkräfte jedes Jahr vorzeitig einstellen. Und es ist ja nicht so, dass diese Lehrkräfte nichts zu tun hätten. Wir haben uns die Ausfallquoten der Schulen im ersten Halbjahr angesehen: Es gibt Grundschulen, die haben einen Unterrichtsausfall von 8 Prozent, an den Regionalschulen betrug die höchste Ausfallquote 12,2 Prozent.

Damit Sie eine Vorstellung haben, was diese Prozentzahlen überhaupt bedeuten, will ich Ihnen mal ein Beispiel geben. Der NDR hat im Mai berichtet, dass an einer Regionalen Schule in Pasewalk – die Unterrichtsausfallquote lag bei 2,4 Prozent, also deutlich unter dem Landesdurchschnitt – sogar auf dem Zeugnis in einigen Fächern Zensuren nicht gegeben werden konnten, weil so viel Unterricht ausgefallen ist, obwohl diese Schule mit dem Unterrichtsausfall unter der Landesquote lag. Da will ich mir überhaupt nicht vorstellen, welche Konsequenzen der Unterrichtsausfall an einer Schule hat, wenn die Ausfallquote bei 12,2 Prozent liegt. An den beruflichen Schulen hatten wir im letzten Jahr die höchste Unterrichtsausfallquote seit zehn Jahren.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und darum noch einmal: Auch wenn der Minister uns immer wieder Polemik unterstellt,

(Glocke der Vizepräsidentin)

natürlich sind nicht die erkrankten Lehrerinnen und Lehrer an den hohen Ausfallquoten schuld, sondern es ist die Unfähigkeit der Schulämter oder der Unwille des Ministeriums, hier nicht schnell zu reagieren. Das geht nicht immer, das wissen wir auch, aber es kann besser werden. Unser Antrag leistet dazu einen Beitrag.

Und darum sagen wir, allein deshalb können wir keinen Lehrer und keine Lehrerin zu viel an unseren Schulen haben. Schon jetzt beklagen sich die Schulen darüber, dass ihnen massiv Personalressourcen verloren gegangen sind, und das trotz steigender Schülerzahlen an den entsprechenden Schulen. Die vorzeitige Einstellung von Lehrkräften ist dabei natürlich kein Allheilmittel zur Deckung des Lehrkräftebedarfs – das gibt es nicht –, aber es wäre ein wichtiger Schritt, der den Schulen im Land auch unmittelbar weiterhelfen könnte.

In der Maisitzung hatten wir Ihnen bereits ein anderes Instrument vorgestellt, nämlich die Erhöhung der Lehramtskapazitäten, statt, wie es in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen geplant ist, die Lehramtskapazitätä-

ten zu senken. Für den Höchstbedarf im Jahr 2020 oder 2022 mag dieses Umsteuern zu spät kommen, aber wenn man sich die Lehrerbedarfsprognose anschaut, sieht man, dass wir auch im Jahr 2029 immer noch einen Bedarf von ungefähr 600 zusätzlichen Lehrkräften haben. Das heißt, das Instrument der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten steht für uns immer noch an wichtiger Stelle.

Die Landesregierung hatte in der Maidebatte dann auch erklärt, man soll dieses Problem nicht dramatisieren, weil ja schließlich in den westlichen Bundesländern nach KMK-Prognosen deutlich mehr Lehrer ausgebildet werden, als dort gebraucht werden. Aber wenn Sie beispielsweise mal in Ihren Suchmaschinen das Wort „Lehrermangel“ eingeben, dann werden Sie feststellen, dass die Prognosen der Kultusministerkonferenz inzwischen zeitlich etwas überholt sind. Dann kommt man zu Schlagzeilen wie „Lehrermangel in Bayern“, „Die Lehrer schlagen Alarm“, „Lehrermangel in Sachsen“, „Freistaat kann offene Stellen nicht besetzen“, „Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen“, „Unerwarteter Zuwachs im Klassenzimmer“ oder „Neue Prognose verschärft Lehrermangel in Berlin“, „40.000 Schüler gibt es mehr an den Schulen als erwartet“, „Lehrermangel spitzt sich zu“, „Sachsen-Anhalt kann offene Stellen nicht besetzen“. Das ist besonders gravierend im Bereich der beruflichen Bildung, aber wenn wir uns den Bereich der Sonderpädagogik anschauen, ist auch dort in den westlichen Bundesländern der Bedarf deutlich höher, als es die Ausbildungskapazitäten gewährleisten können.

Wie gesagt, der große Einstellungsbedarf im Osten geht gerade erst los. Darum lassen Sie uns, statt zu improvisieren, die reguläre Unterrichtsversorgung sichern. Dazu gehört unserer Ansicht nach auch eine Abkehr von dem Prinzip, Lehrkräfte ein Jahr lang befristet zu beschäftigen, um sie dann gleich nach den Sommerferien wieder einzustellen. Zwischendurch schickt man die Lehrerinnen und Lehrer in die Arbeitslosigkeit, was zum einen sehr belastend für diese Menschen ist, zum anderen belastet es aber die öffentliche Hand an anderer Stelle, indem wir nämlich Arbeitslosengeld zahlen.

Es gibt Lehrkräfte, die dieses Spiel von Entlassung und Wiedereinstellung schon über lange Zeit und Jahr für Jahr mitmachen müssen, und was einmal eine Ausnahme war, entwickelt sich mehr und mehr zum Regelfall an den Schulen. Die Fallzahl hat sich in den letzten drei Jahren mehr als verdreifacht, nämlich von 77 auf 240 betroffene Lehrkräfte. Wir finden, ein öffentlicher Arbeitgeber sollte mit seinen Angestellten so nicht umgehen können. Die öffentliche Hand muss ein verlässlicher Arbeitgeber mit fairen Arbeitsbedingungen sein. Darum sagen wir ganz klar, spätestens nach einem Jahr muss die Entfristung erfolgen. Schließen Sie sich also unserem pragmatischem Vorschlag an und lassen Sie uns gemeinsam der Herausforderung „Unterrichtsausfall und Lehrkräftebedarf“ begegnen!

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodtkorb.

(Zuruf aus dem Plenum: Gibt es hier keine Kleiderordnung mehr?)

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte dazu nur kurz drei Dinge sagen.

Erstens. Die Oppositionsabgeordnete Berger fordert, dass wir vorzeitig einstellen. Wir haben, glaube ich, schon in der letzten oder vorletzten Woche bekannt gegeben, dass wir das längst tun. Die Ausschreibungen dazu sind am 5. Juli ausgelaufen. Wir haben mit über 200 Stellen die frühzeitige Besetzung – genau in dem Sinne, wie Frau Berger das vorgeschlagen oder gefordert hat – längst vollzogen. Das Verfahren ist vor Monaten eingeleitet worden. Ich finde es einfach ein bisschen schade für die politische Debatte, dass Sie auf diese Tatsache gar nicht eingehen, sondern so tun, als wäre Ihr Anliegen immer noch relevant.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war ja auch erst die Einbringung,
Herr Brodtkorb, ich komme ja noch mal.)

Zweitens,

(Jochen Schulte, SPD: War das eine Drohung? –
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ein Versprechen.)

zweitens. Sie verweisen darauf, dass es relativ viele Befristungen in Mecklenburg-Vorpommern beim Lehrpersonal gibt. Das stimmt. Die Befristungen sind einerseits eine Folge der Tatsache, dass wir viele Vertretungslehrer für kranke Lehrkräfte einstellen – natürlich sind das befristete Arbeitsverträge, sie vertreten – und dass wir glücklicherweise einen Anstieg der Lehrerinnen und Lehrer in Elternzeit oder im Beschäftigungsverbot aufgrund von Schwangerschaften haben, eine Erhöhung in den letzten zwei, drei Jahren von 250 auf 600 Personalfälle im Jahr. Wir stellen fest, dass es offenbar vor allem im Kontext der Verbeamtung bei jungen Menschen jetzt die Bereitschaft und den Wunsch gibt, sich den Familienwunsch zu erfüllen. Das, finde ich, ist ein wunderbarer Umstand. Da sollten eigentlich alle jubeln, dass das so ist, dass junge Lehrer nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, hier Kinder bekommen und ihre Familien gründen. Dass wir natürlich dafür befristet Vertretungslehrer einstellen müssen, das ist vollkommen klar, aber das ist für mich eher ein freudiges Ereignis.

Der dritte Punkt, der übrig bleibt, ist die Frage der Bezahlung der Vertretungslehrkräfte. Da geht es um die Beschäftigung im Sommer. Das Thema hat mich schon deshalb seit mehreren Jahren beschäftigt, weil es eine Reihe von Vertretungslehrkräften gab, die mich in der Lehrersprechstunde darauf angesprochen haben. Wir haben für eine Reihe von Vertretungskräften dieses Problem bereits im Jahr 2013 durch einen Erlass gelöst, nämlich dergestalt, dass, wenn der Befristungsgrund auch im neuen Schuljahr andauert, diese Beschäftigung innerhalb der Sommerferien geschieht. Dort, wo das nicht der Fall ist, geschieht das aus einem einzigen Grund nicht, Frau Berger, aus einem einzigen Grund, und den würde ich gleich erklären, aber mir erst mal Fragen stellen:

Bin ich der Auffassung, dass es richtig wäre, alle Lehrkräfte, die Vertretungslehrer sind, auch in den Ferien zu beschäftigen? Klare Antwort: Ja.

Bin ich der Auffassung, dass es gerecht wäre, es zu tun? Ebenfalls klare Antwort: Ja.

Hätten wir dafür das Geld? Ebenfalls klare Antwort: Ja.

Und jetzt ist die Frage, warum tun wir es nicht. Hier gibt es zwei Gründe. Der eine Grund ist, nicht jeder Lehrer, nicht jeder Vertretungslehrer, dessen Vertrag bis zum letzten Schultag dauert, könnte gerechterweise Anspruch darauf erheben, auch im Sommer beschäftigt zu werden. Es gibt Verträge, die beginnen vier, sechs oder acht Wochen vor dem Beginn der Sommerferien, und wenn jemand vier, sechs oder acht Wochen einen Vertretungsjob hat, dann kann ich ihn natürlich nicht sechs oder sieben Wochen weiterbezahlen. Das wäre allen anderen gegenüber ungerecht. Das ist aber eher ein technisches Problem.

Das eigentliche Problem, woran ich bisher gescheitert bin, Frau Berger, ist – obwohl wir da sachlich gar nicht auseinander sind, die entsprechenden Juristen im Bildungsministerium schreiben mir Folgendes auf, und ich kann es leider nicht entkräften –, dass es Bundesarbeitsgerichtsurteile gibt, die klar feststellen, dass zur Befristung eines Vertrages der letzte Schultag ein sachliches Kriterium ist. Ausgeurteilt! Und die Juristen schreiben mir auf, in dem Moment, wo wir, ohne dass sich ein Befristungsgrund auch im nächsten Jahr anschließt, den Vertrag in dem Fall bis zum Ende der Sommerferien verlängern, haben wir eine sachgrundlose Befristung. Diese Gefahr besteht. Und wenn Sie sachgrundlos befristen im öffentlichen Dienst,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Müssen Sie entfristen.)

dann haben die Kollegen das Recht, sich auf unbefristete Stellen einzuklagen, die es aber gar nicht gibt, weil die Kollegin, die gerade schwanger ist, demnächst wieder auf ihre Stelle zurückkehrt. Das ist der einzige Grund, warum wir bei einer Reihe von Kollegen im Moment keine Beschäftigung in den Sommerferien haben.

Ich selber finde das nicht gut, ich selber finde das ungerecht, ich würde gerne das Geld ausgeben. Das ist aber im Moment die Rechtsauffassung der zuständigen Juristen der Landesregierung. Wir werden jetzt Folgendes machen, das kann ich gern ankündigen: Wir werden noch mal ein Rechtsgutachten bei einer unabhängigen Stelle in Auftrag geben und sehen, ob es einen Arbeitsrechtler gibt, der eine andere Konstruktionsmöglichkeit sieht, ob man es irgendwie anders beheben kann. Aber dieses Problem kann man nur mit Arbeitsrechtsargumenten aus der Welt schaffen.

Das hat nichts damit zu tun, dass wir sparen wollen, auch wenn Sie hier manchmal unterstellen, dass das Bildungsministerium oder besonders Herr Brodtkorb ganz böse ist und die Lehrer quälen will. Das ist alles Quatsch. Wir sind uns in der Sache einig – ich glaube, Frau Oldenburg, das würde hier niemand anders sehen –, dass es schön wäre,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Wenn er ein ganzes Jahr beschäftigt ist.)

wenn jemand ein ganzes Jahr beschäftigt wäre und er auch in den Sommerferien seinen Vertrag noch hat, auch wenn der Befristungsgrund vielleicht entfällt. Aber arbeitsrechtlich haben wir im Moment ein Problem, weil wir nicht in sach-

grundlose Befristungen reingehen können. Das wäre übrigens haushaltsrechtlich problematisch. Wenn ich das täte, würde vielleicht Herr Saalfeld mich beim nächsten Mal fragen, warum ich die Stellenermächtigung des Haushaltes durch fehlerhaftes Verwaltungshandeln überschreite.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich habe gesagt, vielleicht. Vielleicht!

(Marc Reinhardt, CDU: Hattest du nicht gesagt, drei Punkte?)

Das sind drei Punkte gewesen. Ich habe ja nicht gesagt, drei Sätze. Ich habe gesagt, drei Punkte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Insofern, meine Damen und Herren, ist der erste Punkt längst abgearbeitet. Beim zweiten Punkt gibt es keinen Grund zu jammern, sondern sich zu freuen, dass Lehrer Kinder kriegen. Und beim dritten Punkt gibt es rein arbeitsrechtliche Hürden – keine politischen –, an denen wir weiterarbeiten.

Und, Frau Berger, wenn Sie einen qualifizierten Vorschlag haben, der arbeitsrechtlich vertretbar ist,

(Egbert Liskow, CDU: Den hat sie nicht.)

würde ich ihn gerne sofort umsetzen, aber Sie müssten ihn bitte auch vortragen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Frau Berger, ein bisschen ist das wie mit dem Hasen und dem Igel: Ick bün all hier.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Der Minister hat Ihnen ja eben gesagt, was die wesentlichen Ablehnungsgründe für Ihren Antrag sind. Ich frage mich sowieso, warum Sie den so kurz vor Ende der Legislaturperiode noch stellen.

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drei kurze Gründe vielleicht dazu: Sie haben ja gehört, dass wir das bereits machen. Wenn Sie die Veröffentlichungen verfolgt hätten, hätten Sie bemerkt – der Minister hat es eben auch gesagt –, dass wir bereits, ich glaube, 247 Stellen dieses Jahr ausgeschrieben haben, die eigentlich erst im nächsten Jahr besetzt werden sollen, und wir dafür diese Personalmittel nutzen, von denen Sie sprechen. Es ist übrigens bei einem Personalkörper, der ungefähr 12.000 Mann beinhaltet, nichts Ungewöhnliches, dass am Jahresende tatsächlich auch Gelder übrig bleiben, weil wir ja durch Schwangerschaft, Krankheit, Versetzung oder durch Ausschreibungen nicht immer die vollen Stellen ganz ausnutzen können.

Ich glaube aber, dass wir hier auf einem guten, sehr guten Weg sind. Die letzten Einstellungswellen zeigten, dass der Lehrerberuf in Mecklenburg-Vorpommern attraktiv geworden ist. Das liegt nicht zuletzt daran, dass gerade auf Drängen der CDU-Fraktion endlich die Verbeamtung umgesetzt wurde.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich denke, der Bildungsminister ist uns auch dankbar dafür, dass wir da so hartnäckig waren.

(Heiterkeit und Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen für Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor dem ersten Lesen habe ich gehofft, dass der Antrag etwas hat. Nach dem Lesen stellte ich fest, dass der Antrag etwas hat,

(Dietmar Eifler, CDU: Nämlich nichts.)

nämlich Kurzfristigkeit bei Einstellungen,

(Dietmar Eifler, CDU: Nämlich nichts.)

ein Überbordwerfen von Planungsgrößen und ein vorübergehendes Stopfen von Löchern.

(Egbert Liskow, CDU: So sind die GRÜNEN.)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will zum einen nicht verbrauchte Mittel des Bildungshaushaltes, ich zitiere, für „eine kurzfristige Verbesserung der Unterrichtsversorgung und eine Senkung der Ausfallquoten“ verwenden. Ende des Zitats. Und zum anderen sollen befristet beschäftigte Lehrkräfte nach einem Jahr entfristet werden. Hier wird also ohne Rücksicht auf das Haushaltsgesetz, ohne Rücksicht auf das Teilzeit- und Befristungsgesetz sowie ohne Rücksicht auf die Dauer der sonderpädagogischen Qualifizierung der Seiteneinsteiger ein Antrag aus dem Hut gezaubert, der magische Zeiten verspricht, der allerdings die gesetzlichen, schulplanerischen, pädagogischen und auch haushalterischen Grundlagen außer Acht lässt.

(Egbert Liskow, CDU:
Was stört das die GRÜNEN?!)

Somit hat der Antrag etwas, allerdings nicht das, was meine Fraktion fordert, nämlich langfristige Lösungen gegen Unterrichtsausfall, langfristige Planungsmöglichkeiten für die Schulen, langfristige Vertretungsbudgets, um den nicht vermeidbaren Ausfall zu kompensieren, sowie langfristige Sicherheiten und Beständigkeit für die Lehrkräfte.

Vollkommen richtig ist, dass wir dringend Lehrkräfte benötigen und dass sich auch noch nicht überall das Bewusstsein entwickelt hat, dass Lehrkräfte keinen Über-

hang darstellen, dass sie keine Last sind, die man abschüttelt, sondern dass sie mehr denn je benötigt werden. Dafür ist meiner Meinung nach das Werben um Lehrerinnen und Lehrer besonders erforderlich.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Warum hat DIE LINKE denn dann unseren Antrag letztes Mal abgelehnt?)

Auch wenn ich nicht über jeden Werbeslogan schmunzeln kann, muss man ganz neidlos anerkennen, dass die freche und pfiffige Kampagne des Landes dazu beiträgt. Aber das sehen die Bündnisgrünen anders, denn sie haben kein einziges gutes Haar an der Werbekampagne gelassen und auch keine Möglichkeit ausgelassen, gegen die Lehrerwerbekampagne zu stänkern.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im August letzten Jahres äußerten sich die Bündnisgrünen gegenüber der „Schweriner Volkszeitung“, wie folgt, ich zitiere: „Grünen-Politikerin Ulrike Berger allerdings hält es „grundsätzlich für bedenklich, dass die Lehrerwerbekampagne bis 2020 mit Gesamtkosten von 3,8 Millionen Euro fortgesetzt wird.“ Ende des Zitats. Auch die Stelle der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, die hauptamtlich für die bundesweite Kampagne verantwortlich ist, finden Sie befremdlich. Das mag parteipolitische Gründe haben.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Was erzählt sie denn da?)

Ich kann nicht Lehrkräfte wollen, aber langfristige und dauerhafte Anstrengungen, diese zu finden, beständig kritisieren. Meine Fraktion weiß, dass es notwendig ist, um alle Fachkräfte und natürlich auch um Lehrerinnen und Lehrer zu werben. Deshalb hatten wir selbst eine Kampagne gestartet und konnten so erfolgreich Lehrkräfte in den Schuldienst vermitteln.

Sehr geehrte Damen und Herren, allein im noch laufenden Schuljahr sind derzeit über 100 Stellen nicht besetzt und ich befürchte, dass auch nicht jede Stelle für das kommende Schuljahr besetzt sein wird. Dafür gibt es unseres Erachtens mindestens zwei hausgemachte Gründe: Zum einen fehlt es eben an einer erweiterten Werbung, die sich zum Beispiel auch an die arbeitslosen Lehrkräfte wendet, und zum anderen durchlaufen zukünftige Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam mit den Schulleitungen einen bürokratischen Hindernislauf im Bewerbungsverfahren, bei dem viel zu viele stolpern.

In dem letztgenannten Bereich stellt sich Mecklenburg-Vorpommern selbst ein Bein, indem man acht, zehn oder gar zwölf Wochen einfach nicht die Bewerbungsübersichten der Schulen bearbeitet. Und wenn man sich dann endlich aufgerafft hat, sind die Auserwählten über alle Berge. Wir fordern hier ein zügiges Verfahren ohne wochenlange Wartezeiten und ein Verständnis dafür, dass es in den Einstellungsphasen nichts Wichtigeres gibt als Einstellungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag sieht vor, dass Stellen nur vorübergehend geschaffen werden sollen. Vorübergehende Stellen sind stets befristet, weil es ja eben nur einen vorübergehenden Grund gibt, der zur Schaffung dieser Stellen führt. Aber befristete Stellen

wollen die Bündnisgrünen im gleichen Antrag abschaffen. Sie fordern also im zweiten Punkt ihres Antrages das, was sie im dritten Antragspunkt kritisieren.

(Heiterkeit und Zuruf von
Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das Haushaltsgesetz besagt nämlich, dass, ich zitiere, „vorübergehend“ „zusätzliche Planstellen“ beziehungsweise „Stellen“ geschaffen werden können. Diese sind dann aber „mit dem Vermerk ‚künftig wegfallend‘ zu versehen“ und „grundsätzlich aus dem Personalausgabenbudget des“ jeweiligen „Einzelplans zu finanzieren“. Ende des Zitats. Keine einzige neue Stelle wurde geschaffen.

Außerdem kommen die GRÜNEN mit ihrem Anliegen von vorzeitigen Stellenbesetzungen zu spät. Der Minister erwähnte es bereits, seit Dezember letzten Jahres gibt es im Bildungsministerium einen Erlass „Vorzeitige Einstellungen von Lehrkräften in Mangelfächern und an abgelegenen Schulstandorten“, und dieser wird umgesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein Teil der nicht verausgabten Mittel aus dem Bildungshaushalt rührt im Übrigen aus der langfristigen Krankheit von Lehrkräften. Mehr als 700 Lehrerinnen und Lehrer sind je Schuljahr langzeitkrank. Wenn nur die Hälfte dieser Lehrkräfte ein komplettes Schuljahr aufgrund ihrer schweren Erkrankung fehlt, sind die im Antrag aufgeführten Reste schnell futsch. Meine Fraktion möchte nicht mit Resten im Bildungshaushalt rechnen, die durch Erkrankungen von Lehrkräften entstehen. Wir rechnen lieber damit, dass die Lehrerinnen und Lehrer wieder gesund werden und dass genau für dieses krankheitsbedingte Fehlen Vorsorge getroffen wird, anstatt mit fehlerhafter und schleppender Nachsorge zu hantieren.

Statt vorübergehend also Haushaltsrestlehrkräfte zu suchen, wollen wir langfristige und dauerhafte Veränderungen, indem wir ein Vertretungsbudget für alle Schulen verbindlich fordern. Die Schulen benötigen eine dauerhafte Vertretungsreserve und keine Einstellungen nach dem Zufallsprinzip. Dazu sind mehrere Hundert neue Lehrerstellen erforderlich, die wir im Rahmen der Haushaltsberatungen gefordert haben. Das wurde allerdings auch von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Das hält uns aber nicht davon ab, weiterhin auf einen Nachtragshaushalt und eine Änderung des Stellenplans nach der Landtagswahl zu drängen, weil wir ganz einfach wissen, dass das der richtige Weg ist. Denn nur dauerhafte Stellen werden die Unterrichtsversorgung so gewährleisten, dass Unterrichtsausfall verringert werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, meine Fraktion spricht sich gegen ein „Irgendwie-stellen-wir-irgendjemanden-irgendwo-ein“ aus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Wir verlassen uns nicht auf eine Momentaufnahme. Wir wollen Verbindlichkeit für Eltern, Lehrkräfte sowie für Schülerinnen und Schüler. Die Bündnisgrünen versuchen zu punkten, indem sie Ausgabenreste verwenden, damit vorübergehend Stellen schaffen und nach Art eines Flickenschusters an Schulen ohne Bemessungsgrundlage, ohne Vergleichbarkeit und Nachvollziehbarkeit Lehrkräfte einstellen, die es außerdem für diese Art von Stellen gar nicht gibt. Sie wollen genau das, was sie den Partnern

des Inklusionsfriedens seit Monaten vehement versuchen vorzuwerfen, denn im Gegensatz zu SPD, CDU und LINKEN wollen die Bündnisgrünen überhaupt keine neuen Stellen schaffen, sondern eine Resteverwertung aus dem bestehenden System heraus schaffen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist ja nun Quatsch.)

Auch da unterscheiden wir uns von ihnen, denn erstens verwenden wir im Rahmen der Inklusion keine Reste, zweitens sind die Stellen zusätzlich in den Haushalt eingestellt und separat ausgewiesen, drittens stehen die Stellen auf Dauer zur Verfügung und viertens ist bereits jetzt ein Teil der Stellen an den Schulen angekommen, zum Beispiel an den Gymnasien.

Da der vorliegende Antrag wirklich vieles hat, nur keine Kontinuität, keine Langfristigkeit und keine Stellenerhöhungen, ohne die aber die Unterrichts- und Arbeitssituation der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte nicht verbessert wird, können wir ihm nicht zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Wippermann.

Susann Wippermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie werden sich vielleicht wundern, warum ich hier stehe und nicht der werte Kollege Herr Butzki, der eigentlich zu diesem Thema referieren wollte. Was Sie vielleicht nicht wundern wird, ist meine Ankündigung, dass die SPD-Fraktion Ihren Antrag ablehnen wird. Wenn ich jetzt die Rede des Herrn Butzki vorlesen würde, würde ich nur wiederholen, was der Minister bereits ausgeführt hatte.

(Torsten Renz, CDU: Ich dachte,
Sie wollen erst mal sagen, wo er ist?!)

Insofern noch einmal: Wir lehnen Ihren Antrag ab.

Und in Anbetracht vier langer, harter Sitzungstage mache ich mich jetzt auch ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Vom Acker.)

„Vom Acker“ wollte ich jetzt nicht sagen, Frau Oldenburg, aber ich werde mich dann verabschieden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Berger.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie können schnell nach Hause wollen, aber wir beraten hier gerade ein wichtiges Thema,

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

ein wichtiges Thema für die Schulen in unserem Land,

(Jochen Schulte, SPD: Wer sagt das?)

und es sollte Ihnen, glaube ich, noch die eine oder andere Minute hier im Plenarsaal wert sein.

Ich kann also festhalten, der Minister ist mehr als am Handeln und folgt unserem Antrag schon längst.

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

DIE LINKE konstatiert, unser Antrag ist das Papier nicht wert, auf dem er steht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Leichter Widerspruch, Frau Oldenburg: Vielleicht sollten Sie sich da zukünftig ein bisschen besser abstimmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dieweil der Minister ja schon unterwegs ist, hätte man sich das ersparen können. Das ist eine logische Kette.)

Überhaupt finde ich interessant, Sie lassen an unseren Anträgen hier im Plenarsaal kein einziges gutes Haar, auf Podiumsdiskussionen tun Sie aber immer so, als würden Sie diese Position schon seit Langem vertreten. Ihre Antragsinitiativen in dieser Legislatur im Bildungsbereich – gerade in dem Bereich Lehrermangel/Lehrerbedarf und wie können wir dem begegnen – ließen die gesamte Legislatur über zu wünschen übrig.

(Marc Reinhardt, CDU: Wir quatschen nicht, wir handeln.)

Herr Minister, Sie sagten, dass es uns in unserem Antrag darum ginge, die Lehrkräfte sofort zu entfristen, die vielleicht vier, sechs oder acht Wochen vor Schuljahresbeginn eingestellt werden. Wenn Sie unseren Antrag richtig gelesen hätten

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und meiner Rede richtig zugehört hätten, dann wäre Ihnen aufgefallen, dass es uns gerade um die befristeten Lehrkräfte geht, die ein komplettes Schuljahr hier im Schuldienst waren, die ausschließlich für die Zeit der Sommerferien nicht angestellt waren

(Egbert Liskow, CDU: Das haben wir doch gerade erklärt, warum.)

und nach Beginn der Sommerferien wieder eingestellt wurden.

(Egbert Liskow, CDU: Da haben Sie wohl nicht zugehört.)

Da haben wir einen Anstieg von 77 auf immerhin 240 Lehrkräfte zu verzeichnen, für uns eher ein schlechtes Zeichen.

Wenn Sie sagen, Sie haben jetzt endlich ein Gutachten in Auftrag gegeben, das prüfen soll, wie man die Situation für diese Lehrkräfte verbessern kann, kann ich feststellen, Opposition wirkt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Susann Wippermann, SPD: Ach!)

Vor einem Jahr sind Sie noch nicht auf die Idee gekommen, so ein Gutachten in Auftrag zu geben. Auch wenn Sie jetzt im Juni endlich Ausschreibungen vorgenommen

haben, mit dem Bewerbungsschluss am 5. Juli klingt das für mich eher knapp bemessen und nicht sehr strategisch gesehen.

Wir konstatieren also: Konstruktiver Druck auf die Landesregierung kann zu etwas Bewegung führen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir hoffen, dass sich diese Bewegung auch in der nächsten Legislatur fortsetzt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5517. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5517 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und NPD, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

(Egbert Liskow, CDU: Alle dagegen.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – 6. Bericht über den Zustand der Wälder und die Lage der Forstwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/5327.

**Unterrichtung durch die Landesregierung
6. Bericht über den Zustand der Wälder
und die Lage der Forstwirtschaft
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 6/5327 –**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass wir diesen Bericht auf die Tagesordnung gesetzt haben, sehr geehrte Frau Präsidentin, und ich will das dann auch sehr kurz machen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich gehe davon aus und möchte die Bestätigung haben, dass Sie den Bericht gelesen haben.

(Zurufe aus dem Plenum: Ja!)

Am liebsten hätte ich jetzt meine Rede zu Protokoll gegeben, aber ein paar Sätze seien mir gegönnt.

Wir haben ja mal in der Legislaturperiode vereinbart, dass wir einen Waldbericht und einen Bericht zu dem Zustand der Wälder vorlegen. Und unterm Strich, glaube ich, kann man sagen, das ist auch wissenschaftlich unter-

legt, Mecklenburg-Vorpommern hat die gesündesten Wälder Deutschlands.

(Egbert Liskow, CDU: Das werden die GRÜNEN bestreiten. –
Udo Pastörs, NPD: Ihr Verdienst!)

Darauf können wir stolz sein und die Entwicklung hat sich auch sehr, sehr positiv dargestellt.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Zweitens. Der Wald ist ein Multitalent in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn man sich überlegt, in Deutschland haben wir 31 Millionen Hektar Wald. Er hat ein hohes Ansehen in der allgemeinen Bevölkerung. Und wenn ich die Frage stellen würde, wie viele Menschen in und mit den Wäldern in Deutschland und in der Verarbeitung beschäftigt sind, dann sind das immerhin 1,2 Millionen Menschen. Wir machen einen Umsatz in Deutschland von 400 Milliarden Euro, das ist also auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wenn man mal die Lebensmittelwirtschaft betrachtet, die macht 178 Milliarden Euro Umsatz. Im Wald und mit dem Wald, mit dem Rohstoff Holz werden 400 Milliarden Euro umgesetzt.

In Mecklenburg-Vorpommern – das, glaube ich, ist eine interessante Zahl – sind mit dem Rohstoff Holz 14.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befasst. Wir machen immerhin einen Umsatz in dem Cluster Holz und Forstwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern von 1,4 bis 1,6 Milliarden Euro. Das ist mittlerweile mehr als der Rohstoff aus der Landwirtschaft. Ich finde es bezeichnend, dass uns nach der Wende und auch in den letzten Jahren so viel gelungen ist.

Der Wald ist auf der anderen Seite aber in seiner Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion von elementarer Bedeutung. Er ist für mich tatsächlich Fitnessstudio, er ist Apotheke oder er ist letzten Endes auch Krankenhaus. Und wenn man sich das auf der Zunge zergehen lässt, dann ist mir jedenfalls eins noch mal wichtig, nämlich dass die Wälder Mecklenburg-Vorpommerns gerade wieder ausgezeichnet worden sind. Wir haben den schönsten Wald Deutschlands, und zwar auf der Insel Usedom.

Ich finde, wenn man sich das anschaut, historisch bedingt, glaube ich, darf man feststellen, Wald ist auch ein Kultur- und Kunstobjekt. Das ist mir immer wieder wichtig. Wenn man in die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland hineinschaut, dann ist es auch, was Kunst und Kultur anbetrifft, ein außerordentlich wichtiger Partner in diesem Bereich. Das kommt oftmals gar nicht so zur Wirkung, aber er ist natürlich ein wissensbasierter Bereich, der im Übrigen bei den Verhandlungen zum Klimaschutzabkommen, durch Mecklenburg-Vorpommern eingebracht, zu einem neuen, wichtigen Klimaschutzfaktor geworden ist. Insofern ist Wald tatsächlich ein Klimaschützer, er ist ein Garant für die Artenvielfalt, er ist aber auch ein Garant für Erosionsminderung. Auch das ist, glaube ich, nachvollziehbar.

Der Wald schreibt Geschichte und er schreibt Geschichten. Deswegen, glaube ich, kann man feststellen, auch wenn wir Veränderungen in der Landesforstanstalt in den letzten zehn Jahren durchlaufen haben, aber das Forstunternehmen des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit über tausend Beschäftigten und einem Umsatz von um

die 100 Millionen Euro hat damit eines der erfolgreichsten Unternehmen in diesem Lande entwickelt.

Insofern kann ich feststellen, dass dieser Bericht, wenn man sich damit auseinandersetzt, auch ein Regierungsprogramm auf den Weg gebracht hat, denn wir haben mit dem Gesetz das sogenannte Waldforum eingesetzt. Ich glaube, das ist einmalig in Deutschland. Das Waldforum besteht aus 30 verschiedenen Verbänden und Einrichtungen, die mehr oder weniger einen Masterplan Forst- und Waldwirtschaft aufgelegt haben. Und ich bin allen dankbar, die daran mitgewirkt haben. Im Übrigen hat das sehr im Verborgenen stattgefunden. Die Umweltverbände sind von Anfang bis Ende dabei geblieben. Ich glaube sagen zu dürfen, der Wald ist insofern ein stabilisierender Faktor in unserem Bundesland und für mich ist es eine der schönsten Aufgaben, auch Waldminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu sein.

Ich will dann auch zum Abschluss sagen, der Agrarausschuss und unser Ministerium haben gut zusammengearbeitet. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Wir haben richtungsweisende Gesetze auf den Weg gebracht und wir sind auch durch Krisen in diesem Lande ganz gut durchgekommen. Dafür will ich mich ausdrücklich bedanken.

Ich bedanke mich natürlich besonders beim Vorsitzenden des Agrarausschusses, bei Fritz Tack. Fritz, ich wünsche dir persönlich und für deine Familie alles, alles Gute! Ich habe dich immer als jemanden gesehen, schon bevor du überhaupt in den Landtag gekommen bist, der unser Land mit Wissen und mit wissensbasierten Entscheidungen vorangebracht hat, und wir haben gut zusammengearbeitet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich möchte mich natürlich auch beim Sekretariat bedanken. Mit Herrn Dr. Röhl arbeite ich ja schon 25 Jahre zusammen und ich glaube, man kann feststellen, dass Dr. Röhl mit seiner Mitarbeiterin auch ein Garant ist für schnelles Abhandeln und eine gute Zusammenarbeit im Rahmen der Umsetzung der Ziele, die wir uns gestellt haben. Das ist so.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dann ein Wort dazu: Tatsächlich beginnt für uns alle jetzt eine sehr arbeitsreiche Zeit, das ist im Übrigen die Parallele auch zur Landwirtschaft. Da beginnt eigentlich die arbeitsreichste Zeit, die wir im Jahr zu durchlaufen haben, und ich hoffe, dass wir eine gute Ernte bekommen. Im übertragenen Sinne wünsche ich mir natürlich auch, dass wir eine gute Ernte und eine gute Herbstbestellung haben, die dazu führen, dass wir stabile politische Verhältnisse in diesem Lande behalten und glücklich sein können, in Europa leben zu dürfen, und dass wir im übertragenen Sinne reich an Erkenntnissen

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

und letzten Endes vor dem Hintergrund der Aufgaben, die wir weiterhin haben werden, alles daransetzen werden, unser schönes Land voranzubringen. Insofern wünsche ich uns eine interessante Sommerphase und auch für den Wahlkampf alles, alles Gute! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion DIE LIN..., Entschuldigung, der CDU.

(allgemeine Heiterkeit)

Das wäre nicht so wünschenswert.

Bitte, Frau Schlupp.

(Dietmar Eifler, CDU: Na, das stell mal richtig!)

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schlupp von der CDU-Fraktion verweist Sie alle auf den hervorragenden Bericht, alle, die Interesse haben, sich dem Thema wirklich dezidiert zu widmen. Von daher werde ich Ihnen aus diesem Bericht jetzt auch nichts vortragen. Ich gehe davon aus, alle, die es wollen, werden sich das selbst vornehmen.

Ich möchte nur einen ganz kurzen Blick in die Zukunft wagen und wähle dazu die Ausführungen des Präsidenten des AGDW Philipp Freiherr zu Guttenberg aus Anlass der Verleihung des „Dinosauriers des Jahres 2015“ durch den NABU. Anlässlich dieser Preisverleihung sagte er auf dem Empfang des Waldbesitzerverbandes, dass die Forstwirtschaft in Deutschland es schaffe, Ökonomie und Ökologie zu vereinen, auch weil sie den intelligenten Rohstoff schlechthin produziere. Kein Rohstoff sei nachhaltiger, ökologischer und vielseitiger als Holz. Dieser werde in Deutschland allerdings zu wenig eingesetzt, obgleich Holz einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz und Energiewende leiste.

(Jochen Schulte, SPD: Es gibt doch genug Bretter vor den Köpfen.)

Die nachhaltige Waldwirtschaft und der Rohstoff Holz seien die Basis für eine Dekarbonisierung der Wirtschaft. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Ich wünsche uns allen eine angenehme Sommerpause. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat Frau Dr. Karłowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karłowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich nutze die Gelegenheit, mich für die Arbeit, die Herr Professor Tack in den vergangenen fünf Jahren als Ausschussvorsitzender geleistet hat, ganz herzlich zu bedanken. Ich habe seine Wahrnehmung dieser Rolle als Vorsitzender als fair und umsichtig erlebt.

(Beifall Katharina Feike, SPD)

Genau, da kann man ruhig zustimmen.

Und ich bedanke mich auch im Namen meiner Fraktion bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Agrarausschusses, des Ausschusssekretariats, für die fachlich fundierte und konstruktive Zusammenarbeit. Wir haben fünf sehr spannende und vielschichtige Jahre erlebt mit einer großen Bandbreite an Themen.

Doch kommen wir noch mal zum Waldbericht. Dieser Bericht war ja eigentlich schon für erledigt erklärt worden. Nun ist er mit unserer ausdrücklichen Zustimmung dennoch auf der Tagesordnung und durch die Teilnahme des Agrarausschusses am „Forstpolitischen Waldspaziergang“ in der vergangenen Woche am 30.06. in Sundhagen wurden für mich die Inhalte der hier zur Debatte stehenden Unterrichtung noch einmal konkreter in der Sache und präziser in der Aussage.

Natürlich werfen wir GRÜNE einen gründlichen Blick auf die ökologische Situation des Waldes in Mecklenburg-Vorpommern. Und das sieht auf über der Hälfte der Waldflächen doch eher düster aus, denn dort herrschen Hochleistungsmonokulturen aus Kiefer, Fichte, Lärche und Douglasie vor. Die natürlicherweise hier als heimisch anzusehende Hauptbaumart Rotbuche hat gerade mal zwölf Prozent. Wir haben am 30.06. mit der Arbeitsgemeinschaft naturnahe Waldbewirtschaftung diskutiert und ich meine, das Konzept einer kahlschlagfreien Waldwirtschaft mit Naturverjüngung ist wegweisend, doch gerade die Naturverjüngung stößt beim Thema Wilddichte schnell an ihre Grenzen, wenn, wie wir vom Landesforstbeirat erfahren, der Wildverbiss so intensiv ist, dass zum Beispiel nicht einmal ein Drittel der jungen Eichen aufwachsen kann, ohne vom Wild verbissen beziehungsweise angeknabbert zu werden.

(Vincent Kokert, CDU: Mach Schluss!)

Und schon sind wir beim Thema „Wald vor Wild“ oder „Wild vor Wald“ angelangt. Doch, meine Damen und Herren, diese Entweder-oder-Anschauung ist in meinen Augen zu kurz gegriffen.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist die Anschauung, die Sie vertreten als GRÜNE.)

Der hier denkbare Kompromiss heißt „Wald und Wild“. Klar ist dann aber auch, dass in vielen Fällen die derzeitige Jagd- und Hegepraxis so nicht weitergehen kann, denn eine naturgemäße Waldentwicklung mit Naturverjüngung kann nur dann funktionieren, wenn der Fraßdruck – also der Verbiss von jungen Eichen, Buchen und jungen Nadelbäumen – so niedrig ist, dass ein Aufwachsen zumindest einzelner Bäume stattfinden kann, sodass sich wieder eine geschlossene Kronendecke bilden kann.

Deswegen ein paar Worte zur Abschussplanung. Dabei greife ich auf die Vorschläge des erwähnten Forstbeirats zurück. Wenn man zum Beispiel die Jagdzeiten synchronisieren würde, dann könnten die notwendigen regulierenden Eingriffe in die zu hohen Rehbestände stattfinden und es könnte in den Schonzeiten mehr Ruhe eintreten, wenn sich die Jagdzeiten mit kompletten Schonzeiten wirklich abwechseln würden. Besonders negativ wirken sich die Fütterungen im Wald aus. Dies sollte endlich konsequent auf tatsächlich große Notzeiten beschränkt werden. Wie oft staune ich immer noch, dass in der Nähe von Hochsitzen Berge an Futter für Wildtiere ausgelegt sind, die dann im Übrigen ganz und gar unwaidmännisch erst angelockt und dann abgeschossen werden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?!)

und das mitten im Sommer, ohne jede Notzeit.

Als sehr wirksam erachte ich daher die Kontrolle und Durchführung entsprechender Gegenmaßnahmen, um dieser Praxis einen Riegel vorzuschieben.

Weil sich Rothirsche, Damhirsche und Mufflons im Grunde nicht zählen lassen, ist gegenwärtig bei der Abschussplanung keine konkrete Anzahl zu schießender Tiere sinnvoll

(Vincent Kokert, CDU: Abschussplanung, davon haben Sie auch Ahnung?!)

und deswegen sollten bis zur Erreichung waldverträglicher Zahlen stattdessen Mindestabschussplanungen stattfinden, deren Überschreitung dann aber bis zu dieser Schwelle sanktionsfrei möglich wäre.

Beim „Forstpolitischen Waldspaziergang“ in der vergangenen Woche wurde deutlich angesprochen, es gibt ernste, echte und folgenschwere Nachwuchsprobleme beziehungsweise Übergangsprobleme nach der forstlichen Ausbildung. Im vorliegenden Bericht liest sich das so, ich zitiere: „Probleme in der Nachwuchssicherung“, Zitatende. Meine Damen und Herren, das ist ein Understatement, also eine echte Untertreibung sondergleichen. Ich sage, es wird sichtbar, seit einiger Zeit läuft hier eine falsche Weichenstellung in der Personalpolitik.

Meine Damen und Herren, die Waldnutzung in Mecklenburg-Vorpommern steht im Ländervergleich nicht so rosig da, wie wir es in den Vorreden gehört haben. Sie steht an drittletzter Stelle. Nur Hessen und Bayern schneiden hier noch schlechter ab. Die Hauptursache für dieses schlechte Zeugnis ist, der Holzeinschlag in Mecklenburg-Vorpommern erfolgt auf viel zu hohem Niveau. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wird deutlich, dass kurzfristige wirtschaftliche Interessen vor Artenschutz und vor Klimaschutz gestellt werden.

Meine Damen und Herren, da wir eine deutlich kritische Haltung zur gegenwärtigen Wald- und Forstpolitik in Mecklenburg-Vorpommern haben, werden wir der Unterrichtung mit einer Enthaltung begegnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD-Fraktion.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es geht um das Thema „Wald und Forst“ und von Frau Dr. Karlowski ist noch mal richtig Dynamik in die Diskussion reingebracht worden.

(Egbert Liskow, CDU: Immer!)

Wenn man sich den Diskussionsverlauf anguckt, dann, denke ich, kann man meines Erachtens zwei Sachen feststellen: Frau Schlupp ist nach vorn gegangen und hat das Thema Wald sehr stark unter ökonomischen Gesichtspunkten vorgetragen. Bei Frau Dr. Karlowski war es genau das Gegenteil, da ging es darum, die ökologischen Aspekte des Waldes besonders in den Fokus zu nehmen. Der Wald ist sicherlich beides, er hat eine große ökologische Funktion, gerade hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern – Thema CO₂-Bindung, Thema Wasserhaushalt und so weiter und so fort –, aber er ist auch ökonomisch von großer Bedeutung.

Der Minister hat vorgetragen, wie viel hier bei uns am Thema Forstwirtschaft hängt, wie viele Arbeitskräfte, wie viel Ertrag im Wald erwirtschaftet wird, und ich denke, eine kluge Wald- und Forstpolitik besteht einfach darin, diese Dinge zusammenzuführen. Und da bin ich mit Ihnen nicht einer Meinung, Frau Dr. Karlowski, das passiert bei uns meines Erachtens in sehr guter Art und Weise. Wenn Sie sich unser Waldgesetz ansehen, dann werden Sie darin finden können, dass unsere Landesforstanstalt verpflichtet ist, den Landeswald unter naturnahen Wirtschaftsgesichtspunkten zu bewirtschaften. Wenn Sie sich da die unternehmerische Konzeption der Landesforstanstalt angucken, werden Sie Dinge finden wie Naturverjüngung und dergleichen.

Sie haben natürlich in einem recht: Wenn ich Naturverjüngung und naturnahen Waldbau will, dann muss ich auch bereit sein, massiv in Wildbestände einzugreifen. Das halte ich für die richtige Maßnahme und auch das ist in der unternehmerischen Konzeption der Landesforstanstalt für den Landeswald ganz klar geregelt und wird meines Wissens gut praktiziert. Das heißt also, die Abschusspläne haben die entsprechende Höhe und werden auch realisiert.

Wenn man sich die Frage stellt, was bedeutet das Thema „Wald und Forst“ für die Zukunft, glaube ich, muss man zwei Dinge sehen. Auf der einen Seite muss man unter ökologischen Gesichtspunkten der Frage nachgehen: Wie kommen wir zur weiteren Waldmehrung in Mecklenburg-Vorpommern? Da haben wir die Ziele, die mal gesteckt worden sind, nicht erreicht. Das ist aber auch ganz einfach zu erklären. Wenn Sie sich ansehen, wo die Preise für Grund und Boden, also für Ackerfläche in Mecklenburg-Vorpommern heute inzwischen angekommen sind, dann ergibt es sich zwangsläufig, dass nur wenige bereit sind, für Waldmehrung überhaupt noch Grund und Boden zur Verfügung zu stellen. Ich konnte mal in einer Anhörung des Agrarauschusses sein, wo das von Vertretern der Landwirtschaft ganz klar gesagt worden ist, wir geben keinen Quadratmeter freiwillig ab, das wollen wir alles weiter landwirtschaftlich beackern. Also da wird man gucken, wie es weitergeht.

Der nächste Punkt ist meines Erachtens das Thema Landesforstanstalt. Wir haben sehr kluge Entscheidungen getroffen, als wir gesagt haben, wir werden die Einheitsforst nicht auseinanderreißen, sondern wir bleiben bei einer Einheitsforst, wir wollen mehr wirtschaftliche Flexibilität und deswegen überführen wir den ehemaligen Eigenbetrieb in eine derartige Anstalt des öffentlichen Rechts, muss man sagen. Das hat gut funktioniert. Die Landesforstanstalt hat es sehr schnell erreicht, Gewinne zu erwirtschaften. Und auch da muss man sagen, diese Gewinne sind ja nicht in den Haushalt überführt worden, sondern stehen der Landesforstanstalt in Form von Rücklagen weiter zur Verfügung.

Im Augenblick haben wir eine Situation, die so ist, dass eine Gewinnerzielung wahrscheinlich in den nächsten Jahren nicht zu realisieren sein wird. Das hat mit den Holzpreisen zu tun. Deswegen muss man gucken, wie wir unsere Landesforstanstalt entwickeln. Das heißt, im Augenblick sind wir ganz stark abhängig, ausschließlich abhängig von Erträgen aus dem Wald. Künftig muss man gucken, ob es auch andere Geschäftsmöglichkeiten für die Landesforstanstalt gibt, und versuchen, die dann nach vorn zu bringen.

Was das Thema Personal angeht, auch das haben Sie angesprochen. Wir haben in der Landesforstanstalt vor einiger Zeit schon unter diesen Gesichtspunkten beschlossen, Verbeamtung wieder möglich zu machen. Das heißt also, die Forstleute, die nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, können sich verbeamten lassen, auch Leute, die da sind, haben diese Möglichkeit wieder.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meines Wissens hat das in nicht unerheblichem Umfang auch zu entsprechenden Bewerbungen geführt. Das ist meine Kenntnis.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den Forstwirten sieht es so aus, dass wir die Verjüngung beim Personal eingeleitet haben. Auch da, denke ich, sind wir auf einem guten Weg.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nee, nee, nee, das ist ein Irrtum!)

Wenn man das jetzt resümiert, muss man meines Erachtens gucken, dass man einen fortschrittlichen Weg mit der Landesforstanstalt weitergeht,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das wäre schön.)

und auf der anderen Seite versucht, Ökonomie und Ökologie bei der Waldnutzung zusammenzubringen.

Eins will ich Ihnen sagen: Wenn Sie sich mal ansehen, wie viel unseres Waldes in Mecklenburg-Vorpommern unter Schutzstatus steht, und dann gucken wir mal in andere Bundesländer, nach Bayern oder Hessen ...

(Minister Dr. Till Backhaus: Zehn Prozent!
Zehn Prozent außer Nutzung.)

Zehn Prozent der Landeswaldfläche sind außer Nutzung. Wie hoch ist das in anderen Bundesländern?

(Minister Dr. Till Backhaus: Unter fünf, unter fünf!)

Deutlich drunter. Also auch da können wir uns sehen lassen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern haben Sie herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin hier, glaube ich, so ziemlich der Letzte. Auch ich wünsche allen, dass wir uns hier möglichst vollzählig – also bis auf die Rechtsfraktion da – wiedersehen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und dann gucken wir mal, wie es nach der Sommerpause weitergeht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und eine angenehme Zeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss jetzt nach den vielen guten Worten, die mir schon zugekommen sind, meine Rede völlig verändern.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedanke mich zunächst einmal beim Minister für die guten Wünsche, ich bedanke mich bei den Agrarausschussmitgliedern – das habe ich aber neulich beim „Forstpolitischen Waldspaziergang“ schon getan –, ich bedanke mich bei dem Sekretariat für die langjährige gute Zusammenarbeit.

Und dann finde ich es gut, dass wir die Zahl drei haben. Das ist der dritte Tagesordnungspunkt,

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

es ist ja eigentlich mal die 103 gewesen, und drei Reden habe ich heute. Das ist nun die dritte und damit für mich auch die allerletzte, die ich hier in diesem Hohen Hause halten darf,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und dass es zum Wald ist, das macht mir natürlich auch noch Spaß.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Der turnusmäßige Waldzustandsbericht bietet meines Erachtens keinen politischen Sprengstoff. Er eignet sich auch nicht dazu, sich von den politischen Konkurrenten im Wahlkampf abzusetzen, aber ich finde es gut, dass wir heute darüber sprechen und zum Abschluss dieser Legislatur sozusagen.

Ich könnte es mir jetzt sehr einfach machen und das Vorwort von Minister Dr. Backhaus zum Waldzustandsbericht verlesen. Da sind die wichtigsten Fakten genannt und ein bisschen Romantik – das gehört ja auch immer zum Wald dazu – ist auch dabei. Aber ich möchte es dann doch nicht ganz so kurz machen, vielleicht zur Enttäuschung von Ihnen allen hier.

Die Entwicklung des Waldes in Mecklenburg-Vorpommern kann insgesamt als positiv betrachtet werden, wenn man die letzten 30 Jahre zugrunde legt. Davon konnte sich der Agrarausschuss in seiner letzten planmäßigen Sitzung beim „Forstpolitischen Waldspaziergang“ am 30.06. überzeugen. Es gelang, den Wald zu mehren und ihn gesünder zu machen, und der Wald ist öffentlich zugänglich. Der Wald im Besitz des Landes blieb erhalten

und es könnten zusätzliche Forsten aus dem Besitz des Bundes in Landeseigentum überführt werden, ganz so, wie es das Waldgesetz Mecklenburg-Vorpommern bestimmt.

In die Schlagzeilen geriet der Wald in Mecklenburg-Vorpommern nur, wenn es um Einzelereignisse wie Unwetterschäden, Schäden durch Starkregen und Frost, den Befall mit Borkenkäfern oder anderen Schädlingen wie dem Eichenprozessionsspinner, wenn es um den Tausch von landeseigenen Flächen mit privaten Waldbesitzern oder wenn es um die schwankenden Holzpreise der letzten Dekaden ging. Dagegen schreibt eine langsame und positive Entwicklung leider keine Schlagzeilen. Es ist also mitnichten nur ein Erfolg der derzeitigen Landesregierung, auch die Bestrebungen der letzten DDR-Regierung und aller Landesregierungen seit 1990 haben ihren Anteil an dieser positiven Entwicklung. Denn eines ist unbestritten: Änderungen in der Wald- und Forstpolitik haben meistens keine sofortigen Auswirkungen. Die Folgen zeigen sich meist Jahre später. Nicht umsonst stammt der Begriff der Nachhaltigkeit aus der Forstwirtschaft. Alles, was wir heute mit dem Wald und im Wald tun, hat größten Einfluss in der Zukunft.

Und dann will ich doch mal ein Zitat aus dem Bericht bringen: „Im Jahr 2013 jährte sich die Prägung des Begriffs der Nachhaltigkeit durch den sächsischen Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz zum 300. Mal. Sein Werk ... gilt als eine der ersten geschlossenen Abhandlungen über eine nachhaltige Waldbewirtschaftung in Deutschland und damit als Ausgangspunkt der Entwicklung einer auf forstwissenschaftlichen Grundlagen basierenden Forstwirtschaft.“ Ende des Zitats. Das soll auch das letzte Zitat gewesen sein, was ich heute gebracht habe.

In den letzten fünf Jahren war in Mecklenburg-Vorpommern ein Waldzuwachs von durchschnittlich 245 Hektar pro Jahr festzustellen. Einerseits ist das natürlich positiv, andererseits ist dabei leider anzumerken, dass gerade Ausgleichs- und Aufforstungsmaßnahmen für große Investitionsvorhaben wie die A14 oder die großen Erdgasleitungen durch unser Land keinen örtlichen Zusammenhang mehr aufweisen. Das mag forstpolitisch Sinn machen, es erschwert aber für den Bürger das Verständnis für Umwelt- und Waldpolitik. Wer im Zuge des Eisenbahnbaus notwendige Rodungen von Waldflächen direkt erlebt, hat weder etwas von den Aufforstungsmaßnahmen auf Rügen, noch bekommt er sie überhaupt mit. Hier muss die Landesregierung offensiver den Sinn und den Zweck solcher Maßnahmen erläutern und vertreten.

Auch macht mir Sorgen, dass es noch immer 21.000 Hektar Wald im Bundesbesitz gibt, die durch die BVVG privatisiert werden sollen. Wer die Privatisierungspolitik des Bundes zulasten der neuen Bundesländer und ihrer Einwohner kennt, dem schwant hier sicherlich nichts Gutes. Auch hier werden wieder die finanzstärksten Investoren und Privatpersonen zum Zuge kommen und in der überwiegenden Zahl sind das keine Bürger aus Mecklenburg-Vorpommern. Dem sollte klarer Widerstand aus unserem Hause wie auch bei der Bodenprivatisierung entgegenstehen. Wir wollen nicht, dass nach den Agrarflächen auch noch der Wald zum Spekulationsobjekt verkommt. Das ist eine Aufgabe ...

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Ist er aber längst geworden.)

Das ist leider so.

Das ist eine Aufgabe für alle demokratischen Parteien, die im September in den Landtag einziehen werden. Diese Aufgabe lege ich Ihnen allen ans Herz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zum Waldbestand, den Baumarten, der Altersstruktur der Bäume, dem Holzvorrat und dem Zuwachs muss ich nichts sagen, das kann jeder Interessierte selbst nachlesen in diesem vorgelegten Bericht. Der dargestellte Waldzustand ist zwar in den letzten fünf Jahren relativ stabil, aber mit aktuell 18 Prozent Nadel- und Blattverlust immer noch nicht gut und deutlich schlechter als zu Beginn des Erhebungszeitraums. Hier wartet beim Waldumbau und der Anpassung unserer Wälder an den Klimawandel noch eine Menge Arbeit. Maßnahmen zum Waldumbau sind heute schon dringend geboten und zum Glück wird vieles auch schon unternommen. Meine Fraktion konnte sich dabei von den Bemühungen der Landesforstanstalt überzeugen, als wir vor fast zwei Jahren das Thema „Auswirkungen des Klimawandels auf Mecklenburg-Vorpommern“ im Rahmen unserer Sommerklausur der Fraktion behandelten und dabei natürlich auch über den Wald im Speziellen mit kompetenten Vertretern aus dem Landwirtschaftsministerium diskutierten.

Seit zehn Jahren besteht in Mecklenburg-Vorpommern die Kulisse des Europäischen Schutzgebietskonzeptes Natura 2000. Hier müssen natürlich auch Waldflächen aufgenommen werden. Die vorgeschriebene Managementplanung ist auf gutem Wege und wird für die Wälder von der Landesforstanstalt umgesetzt. Die für die Offenland- und Vogelschutzgebiete zuständigen Fachbehörden für den Naturschutz haben aber auch noch eine Menge Hausaufgaben hinsichtlich der Planung zu erledigen. Hier muss noch mehr vonseiten der Landesregierung unternommen werden, um endlich zum Ziel zu kommen. Es reicht aus meiner Sicht nicht aus, dass gegenwärtig zwei, oder sage ich besser, „nur“ zwei Pilotprojekte für EU-Vogelschutzgebiete durchgeführt werden, in die die Landesforstanstalt mit eingebunden ist. Das ist zu wenig und das geht zu langsam.

Ich will nur an dieser Stelle festhalten, dass Mecklenburg-Vorpommern seinen Beitrag zum Biodiversitätskonzept des Bundes mit dem Ziel von zwei Prozent Wildnisgebieten in Deutschland bis 2020 verantwortungsvoll leistet. Aus meiner Sicht mangelt es allerdings an einer Vernetzung der vielen Naturschutzgebiete, der Nationalparke, der Biosphärenreservate, der Landschaftsschutzgebiete und anderer Schutzgebiete untereinander. Mehr Waldstreifen, mehr Hecken, mehr Knicks und Sölle können und sollen hier zu einem besseren Verbund führen. Ausgeräumte Landschaften helfen uns nicht.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Damit will ich es für heute fachlich bewenden lassen. Der Waldzustandsbericht zeichnet ein überwiegend positives Bild, macht aber auch klar, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern noch eine Menge Arbeit haben. Das ist eine große Aufgabe für uns alle, das ist eine große Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, einschließlich der privaten Waldbesitzer. Denken wir immer daran: Waldarbeit ist Arbeit für die Zukunft.

(Regine Lück, DIE LINKE: Richtig.)

Ich will sagen, ich wünsche den Agrarpolitikern der demokratischen Parteien für die Zukunft eine glückliche Hand. Denken Sie immer daran, das Land braucht für seine Zukunft die Landwirte, die Fischer und die Förster! Damit bin ich mit meiner Rede zum Thema am Ende.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, gestatten Sie mir noch einige wenige Worte, denn an dieser Stelle schließt sich der Kreis der Plenarsitzungen der 6. Wahlperiode und meiner Abgeordnetentätigkeit für meine Fraktion. Ausgangspunkt war für mich dabei die Rede, die ich als Alterspräsident bei der Konstituierung des Hohen Hauses halten durfte, das war im Oktober 2011. Endpunkt ist nun meine unwiderruflich letzte Rede während einer Landtags-sitzung, die zudem dem letzten Tagesordnungspunkt gegolten hat und zu diesem der letzte Beitrag einer Fraktion war. Doch wie schon Goethe seinen Faust in dessen letzten Worten sagen ließ: „Das Letzte wär’ das Höchsterrungene.“

Und so möchte ich zum Schluss meiner Ausführungen Danke sagen – ich wiederhole mich hier auch gern –, Danke für viele Jahre streitbarer, aber konstruktiver Zusammenarbeit im Agrarausschuss und auch hier im Plenum, Danke für den kollegialen Umgang miteinander, Danke für die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Ministerium und insbesondere auch dort mit den Mitarbeitern. Möge dieses den Agrariern und Agrarierinnen eigene Arbeitsklima auch während der folgenden Legislaturperiode Bestand haben! Möge es gelingen, den Rahmen für eine weitere gedeihliche Entwicklung des ländlichen Raumes, unseres schönen Landes Mecklenburg-Vorpommern weiter auszugestalten!

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja fast eine Honecker-Rede.)

Ich danke Ihnen allen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Frau Präsidentin, herzlichen Dank!

Und jetzt versuche ich es noch mal in Plattdeutsch: Teihn Johr sünd ne lange Tiet, wenn man se vör sik hett. Teihn Johr sünd ne korte Tiet, wenn man se achter sik hett. So sech ik denn nu adschüs ok, leife Lüüd!

(lang anhaltender Beifall
vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Die Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
erheben sich von ihren Plätzen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ganz herzlichen Dank, Herr Professor Dr. Tack.

Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 6/5327 verfahrensmäßig für erledigt erklären?

(Heinz Müller, SPD, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann wird so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie darüber informieren, dass sich die Einnahmen aus dem

Wertmarkenverkauf von gestern Abend auf 4.004 Euro belaufen und damit dem Behinderten- und Rehabilitationssport zugutekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD,
Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss einer sehr intensiven Arbeitswoche und auch am Schluss der letzten regulären Landtagssitzung der 6. Wahlperiode. Zwischenzeitlich blicken wir auf fast 26 Jahre Landtagsarbeit zurück. In dieser Zeit hat der Landtag dazu beigetragen, dass sich unser Land weiterentwickelt hat und immer lebens- und liebenswerter geworden ist. Es ist uns auch in dieser Wahlperiode gelungen, den Auftrag aus der Präambel unserer Verfassung mit Leben zu erfüllen. Dort heißt es, und ich zitiere, „entschlossen, ein lebendiges, eigenständiges und gleichberechtigtes Glied der Bundesrepublik Deutschland in der europäischen Völkergemeinschaft zu sein“.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Die NPD ist schon ausgezogen. Das ist auch gut so. –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

Die Intensität der parlamentarischen Arbeit war sehr hoch. Allein in dieser Woche haben wir 13 Gesetze in Zweiter Lesung beraten, insgesamt waren es 125. Mit großer Mehrheit haben wir im vergangenen Monat unsere Landesverfassung geändert und damit die Quoren für Volksbegehren und Volksentscheid der demografischen Entwicklung angepasst, den Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union auf die Ebene der Verfassung gehoben und damit der gewachsenen Bedeutung dieser Angelegenheiten für die Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Rechnung getragen.

Auch die folgenden Zahlen sprechen für sich: Wir haben in dieser Wahlperiode 126 Landtagssitzungen absolviert, die Plenarsitzungen dauerten in der überwiegenden Zahl von Mittwoch bis einschließlich Freitag. Der Ältestenrat hat 150-mal getagt, die Ausschüsse und die Enquete-kommission haben alle zusammen weit über tausend Sitzungen durchgeführt. Obwohl sich die Zahl der Kleinen Anfragen bereits in der vergangenen Wahlperiode im Gegensatz zu früheren Wahlperioden verdoppelt hatte, ist sie in dieser Wahlperiode nochmals um über 65 Prozent höher gewesen als in der 5. Wahlperiode. Die Arbeit des Landtages dokumentiert sich mittlerweile auf fast 6.000 Drucksachen in dieser Wahlperiode. In den vergangenen Wahlperioden wurde die Zahl 5.000 nicht erreicht. Neben den ständigen Gremien und dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss war auch in dieser Wahlperiode eine Enquetekommission tätig, deren Abschlussbericht wir heute beraten haben.

Wir waren als Landtag auch in den vergangenen Jahren wiederum für die Bürgerinnen und Bürger offen und das Interesse der Menschen, die die Arbeit des Landtages hier unmittelbar vor Ort erleben wollen, ist nach wie vor sehr groß. Wir haben in dieser Wahlperiode 1.425 Besuchergruppen mit knapp 45.000 Besucherinnen und Besuchern betreut, die Hälfte davon Jugendliche. Hinzu kommen mehrere Tausend Jugendliche, die zu Projekten in den Landtag kommen. Ich denke da an „Jugend im Landtag“, „Jugend debattiert“, den Jugendgeschichtstag oder unser Parlamentsspiel. Dass zu unserem jährlichen „Tag der offenen Tür“ zwischen 20.000 und 30.000 Gäste

kommen, haben wir alle vor knapp drei Wochen erneut erlebt.

Ich danke auch allen Abgeordneten, die sich an den Aktionen „Landtag vor Ort“ beteiligt haben, die wir als Beitrag des Landtages für die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ durchgeführt haben. Sei es bei den WIR-Aktionstagen, sei es bei „Der Ball ist bunt“, „Jamel rockt den Förster“, „Filmkunstfest Schwerin“ oder auch den Demokratiefesten in ganz Mecklenburg-Vorpommern, immer waren Abgeordnete der demokratischen Fraktionen mit vor Ort.

Mein besonderer Dank gilt aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, die das organisiert und betreut haben und oftmals am Wochenende freiwillig mit dabei waren. Dazu gehörten auch sechs Einsätze in Flüchtlingsheimen, bei denen die Verwaltungsmitarbeiter Kleidung sortierten und Kinder betreuten.

Wir haben auch in dieser Wahlperiode mit hohem Einsatz an der Verwirklichung des Staatsziels in Artikel 11 unserer Verfassung gearbeitet, die europäische Integration zu verwirklichen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern. Im Ostseeraum arbeitet der Landtag aktiv und intensiv im Parlamentsforum Südliche Ostsee sowie in der Ostseeparlamentarierkonferenz mit. In dieser Woche haben wir auch zu diesem Themenkomplex Beschlüsse gefasst.

Und – hier spreche ich für alle Mitglieder der demokratischen Fraktionen in diesem Landtag – unser Wirken war auch in dieser Wahlperiode, so, wie es die Präambel unserer Verfassung von uns verlangt, erfüllt von dem Willen, die Würde und die Freiheit der Menschen zu sichern, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, ein sozial gerechtes Gemeinwesen zu schaffen, den wirtschaftlichen Fortschritt aller zu fördern, die Schwachen zu schützen und die natürlichen Grundlagen des Lebens zu sichern.

Für die Erreichung dieser Ziele haben wir unsere unterschiedlichen Vorstellungen eingebracht, haben um die aus der jeweiligen Sicht bestmöglichen Lösungen gerungen, haben debattiert und auch gestritten. Aber – und das gehört auch zur Bilanz dieser Wahlperiode – unsere Arbeit im Landtag war oft genug von Situationen geprägt, die bitter waren, die schwierig waren und in einem nie da gewesenen Ausmaß die Würde dieses Hauses verletzt haben. Zudem hat die Fraktion der NPD, die sich ja nicht mal angeschickt hat, das Sitzungsende abzuwarten, aber ich habe den Eindruck, dass Sie zumindest davon auch nicht unangenehm berührt sind,

(Heinz Müller, SPD: Time to say goodbye. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

mit verschiedenen Aktionen versucht, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu behindern. Das haben wir gerade in dieser Sitzung am Dienstag in Größenordnungen erfahren. Vor allem vor diesem Hintergrund war auch in dieser Wahlperiode eine Reihe von Ordnungsmaßnahmen – über 300 Ordnungsrufe, 37 Wortentziehungen und 31 Sitzungsausschlüsse, teilweise für mehrere Sitzungen – notwendig, um sicherzustellen, dass die Beratungen in einer sachlichen, respektvollen Atmosphäre stattfinden konnten.

Ich danke allen Mitgliedern der demokratischen Fraktionen dafür, dass wir uns bei allen unterschiedlichen Auf-

fassungen in einzelnen Fragen gemeinsam im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung unseres Landes als wehrhafte Demokratie erwiesen haben. Wir sind allen Versuchen, das Ansehen und die Würde unseres Parlamentes zu schädigen oder unsere rechtlichen Grundlagen infrage zu stellen, entschieden und energisch entgegengetreten. Ich weiß, dass dabei die eine oder andere Entscheidung manchmal natürlich für die eine oder andere Fraktion, auch für einzelne Personen nicht ganz so einfach war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der kommenden Wahlperiode werden neue Herausforderungen auf uns warten. Ich hoffe aber sehr, dass wir uns in der 7. Wahlperiode wieder ausschließlich auf die politische Auseinandersetzung konzentrieren können und der demokratische Grundkonsens, Achtung der Würde des Hohen Hauses und Sicherstellung seiner Arbeitsfähigkeit, von allen Mitgliedern des neuen Parlaments getragen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke allen, die sich in dieser Wahlperiode für unser demokratisches Gemeinwesen engagiert haben. Ich danke neben den Abgeordneten auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen und der Landtagsverwaltung und natürlich allen unseren Partnern, aber das haben wir gestern Abend beim Sommerfest ja schon getan.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle auch bei den Vizepräsidentinnen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit, die immer von Sachlichkeit und Fairness geprägt war.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Zusammenarbeit war mir auch in dieser Wahlperiode besonders wichtig.

Regine Lück, die dem Landtag der 7. Wahlperiode nicht mehr angehören wird, wünsche ich für den vor ihr liegenden Lebensabschnitt

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

alles Gute, beste Gesundheit, viel Freude an den Dingen, die bisher alle zu kurz gekommen sind, und die sie nun, sage ich mal, alle tun kann. Beneidenswert, Regine, alles Gute für dich!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch andere Abgeordnete, die teilweise über mehrere Wahlperioden dem Landtag angehörten, das parlamentarische Leben zum Teil an entscheidender Stelle mitgestalteten, haben sich aus unterschiedlichen Gründen entschieden, nicht mehr für den Landtag der 7. Wahlperiode zu kandidieren.

Beim Vorsitzenden des Energieausschusses Rudolf Borchert können wir mittlerweile – und ich hoffe, er verzeiht mir, er ist ja nicht hier, er kann sich auch nicht wehren – von einem parlamentarischen Urgestein des Landtages sprechen, das uns verlassen hat. Er ist seit Beginn der 3. Legislaturperiode dabei und hat sich zuerst als aktives Mitglied im Finanzausschuss und später dann im Energieausschuss einen Namen gemacht. Herr Borchert hat gerade in Bezug auf die Energiewende in Deutschland

und im Land sein politisches Engagement als Überzeugungstäter, wie er sich selbst auch immer betitelt hat, erfolgreich ausgeübt.

Detlef Müller war ebenfalls vier Wahlperioden Mitglied des Landtages, zehn Jahre davon Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses sowie Mitglied des Landes im EU-Ausschuss der Regionen. Hier hat er vor allem für ein friedliches, wirtschaftlich starkes und gleiches Europa und die internationale Zusammenarbeit unermüdlich gearbeitet. Vielen Dank, Detlef Müller, dafür.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Norbert Nieszery gehörte dem Landtag drei Wahlperioden an. Zunächst war er Vorsitzender des Innenausschusses und seit 2008 Vorsitzender der Fraktion der SPD. Herr Dr. Nieszery hat in seinen unterschiedlichen Funktionen die Entwicklung des Parlamentarismus in Mecklenburg-Vorpommern mitgeprägt.

Auch mit Heike Polzin wird uns eine Abgeordnete verlassen, die dem Landtag vier Wahlperioden lang angehörte. Sie prägt seit 2008 als Finanzministerin die Finanzpolitik unseres Landes. Finanzminister zu sein, ist eine der schwierigsten Aufgaben, denn alle wollen Geld, das verantwortungsvoll eingesetzt werden muss. Konsequenz, aber auch pragmatisch und nie den Humor verlierend hat Heike Polzin kluge Finanzpolitik mitgestaltet. Imponierend war, dass sie auch schwierige finanzpolitische Sachverhalte prägnant und verständlich erklären konnte, sodass sie jeder – oder fast jeder – bis ins letzte Detail nachvollziehen konnte.

(Jochen Schulte, SPD: Jeder, der wollte.)

Vielen Dank, Heike.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Sicherheit gut in Erinnerung bleiben wird uns auch unser Kollege Wolf-Dieter Ringguth.

(Manfred Dachner, SPD: Na ja. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

War das jetzt Kritik an der Aussage der Präsidentin? Ich denke, nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wer war das?)

Er war erst kommunalpolitisch, dann innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion und seit 2011 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion. Im parlamentarischen Betrieb und insbesondere auch im Innenausschuss haben ihn besonders seine unkomplizierte Art und seine Spontaneität ausgezeichnet. Bei schwierigen Verhandlungssituationen setzte er erfolgreich auf kollegiale Zusammenarbeit. Gute Stimmung und ein tragbarer Kompromiss waren ihm immer wichtig und so habe ich ihn auch im Ältestenrat erlebt. Vielen Dank, Wolf-Dieter Ringguth.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, jetzt soll ich noch mal sagen, ein echtes Urgestein, aber es ist wirklich so. Herr Seidel, Sie nehmen mir das jetzt bitte nicht übel!

(Jürgen Seidel, CDU: Das überlege ich mir noch.)

Auch von Herrn Seidel verabschieden wir uns heute. Herr Seidel war von 1994 bis 1996 Minister für Bau, Landesentwicklung und Umwelt, 1996 bis 1998 Minister für Wirtschaft und 2006 bis 2011 Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und stellvertretender Ministerpräsident. Dass sein Herz insbesondere für die Entwicklung des Tourismus in unserem Land schlägt, das hat er bei seiner letzten Rede hier im Landtag am Dienstag bewiesen. Herr Seidel hat immer sachlich und fachlich kompetent argumentiert und mit seinem rhetorischen Talent in den Debatten, aber nicht nur da, so manches Highlight gesetzt. Und ich kann dem noch hinzufügen, ich kenne ihn ja nun schon seit ganz vielen Jahren aus der gemeinsamen Arbeit im Tourismusverband, es war immer fair, es war immer anständig und wir haben, denke ich, auch gut auf dieser Ebene zusammengearbeitet. Vielen Dank, Herr Seidel.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Die Abgeordneten Egbert Liskow, CDU,
und Bernd Schubert, CDU,
erheben sich von ihren Plätzen.)

Herr Heino Schütt hat dem Landtag seit 2011 angehört. Mit seiner ruhigen, bedächtigen Art hat er sich im Petitionsausschuss und im Agrarausschuss Achtung erworben und sich beharrlich für die Belange der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, und ich denke, das ist ja eine unserer vornehmsten Aufgaben, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, und zwar auch dann, wenn sie mit ihren Konflikten und Problemen zu uns kommen. Vielen Dank, Herr Schütt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Kollegin Barbara Borchardt hat in vier Wahlperioden im Landtag gearbeitet. Uns wird sie als streitbare Kollegin in Erinnerung bleiben, die nie ein Blatt vor den Mund genommen hat. Mit Herz und Verstand setzte sie sich im Petitionsausschuss von 2006 bis 2011 als dessen Vorsitzende für die Belange der Bürgerinnen und Bürger ein. Auch im Europa- und Rechtsausschuss war sie gefragte Diskussionspartnerin, die sich unbeirrbar für ihre Überzeugungen einsetzte. Vielen Dank, Frau Barbara Borchardt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Karen Stramm ist Mitglied des Landtages der 6. Wahlperiode. Im Fokus ihrer Arbeit standen und stehen Menschen, die besondere Unterstützung brauchen. So setzte sie sich als Mitglied des Sozialausschusses immer wieder für die Reform der Pflegeversicherung ein. Wir alle und auch ich ganz persönlich wünschen Frau Stramm für die kommende Zeit vor allen Dingen eins, ganz viel Gesundheit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Regine, du bist noch mal dran, weil du seit 2002 auch schon im Landtag immer in verantwortlicher Position in

deiner Fraktion warst. Fachlich engagiert hast du dich in den Bereichen Arbeitsmarkt und Stadtentwicklung. Seit 2011 ist Frau Regine Lück zweite Vizepräsidentin und, wie gesagt, sie hat auch in dieser Aufgabe dem Landtag nach innen und außen ein Gesicht gegeben. Danke für die konstruktive und von gegenseitigem Vertrauen geprägte Zusammenarbeit, Regine.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Professor Dr. Fritz Tack, der Alterspräsident des Landtages – Sie haben selbst schon einiges in Ihren letzten Worten gesagt zu diesem Kreis und ich will an der Stelle nur noch an die Schlagzeile der Medien nach Ihrer Rede als Alterspräsident erinnern. Da war nämlich zu lesen: „Tack erdet Landtag“,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

kommentiert, wie gesagt, auf diese Art und Weise. Auch Sie werden dem neuen Landtag nicht mehr angehören. Wir haben ihn in der Tat immer als erdverbunden wahrgenommen, sowohl was das von ihm beackerte Politikfeld, die Landwirtschaft, als auch was die plattdeutsche Sprache angeht. Hervorzuheben ist, dass er als Vorsitzender des Agrarausschusses immer um konsensorientierte Lösungen bemüht war. Dabei ist die von Kolleginnen und Kollegen derweil geäußerte Kritik, seine Ausschusssitzungen seien eher ein agrarwissenschaftliches Seminar als ein Ort der politischen Auseinandersetzung,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

denke ich, als Kompliment für das Bemühen um wissenschaftliche Entscheidungen zu bewerten. Vielen Dank, Professor Tack.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass auch unsere Kollegin Jutta Gerkan aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht wieder kandidieren wird. Und ich denke, dass ich in Ihrem Namen spreche, wenn wir ihr von dieser Stelle aus alles, alles Gute wünschen und ganz viel Kraft!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will an dieser Stelle auch darauf verweisen, ich hoffe, ich habe jetzt niemanden vergessen, dass alle Abgeordneten, die dem 7. Landtag nicht mehr angehören – und das wissen wir ja noch nicht, wie es dann insgesamt aussieht –, im Anschluss an die konstituierende Sitzung des 7. Landtages gesondert verabschiedet werden.

Am 4. September 2016 haben die Wählerinnen und Wähler das Wort. Bis dahin wünsche ich uns allen einen fairen Wahlkampf. Ich wünsche allen demokratischen Parteien, dass sie mit ihren Argumenten möglichst viele Wählerinnen und Wähler überzeugen, damit die Medien am 4. September über eine hohe Wahlbeteiligung berichten können, die auch ein positives Ergebnis für die Demokratie in unserem Land bringt und diese weiter stärkt und festigt. Ich sage den Bürgerinnen und Bürgern auch immer, Leute, es wird doch wohl einer oder eine dabei

sein von den Kandidatinnen und Kandidaten aus dem demokratischen Spektrum, dem man vertrauen kann. Und ich gehe davon aus, es sind auch mehr als einer, aber man wird einen finden, wenn man jemanden sucht, den man dann auch wählen kann. Dazu wünsche ich uns gutes Gelingen.

Jetzt wünsche ich Ihnen natürlich erst mal ein wenig Luftholen, Verschnaufen, ein wenig Urlaub und dann, wie gesagt, geht es in die letzte Phase. Ich bedanke mich ganz persönlich noch einmal bei Ihnen für die Unterstützung in den letzten fünf Jahren, auch bei unserer Amtsführung. Es war nicht immer leicht, aber ich glaube, wir haben das zusammen ganz gut hingekriegt. Alles Gute für Sie! Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schluss: 15.31 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Lorenz Caffier, Henning Foerster, Jutta Gerkan, Tilo Gundlack, Burkhard Lenz, Detlef Lindner, Dr. Norbert Nieszery, Nils Saemann, Heino Schütt, Erwin SELLERING und Jürgen Suhr.